



LEGENDE

 GELTUNGSBEREICH DES BEB.PL. GEM. BESCHLUSSVORLAGE

 GELTUNGSBEREICH BESTEHENDER

 RECHTSVERBINDL. BEB.PL.

 STADTGRENZE



M=1:5000



ÜBERSICHTSPLAN

ZUM BEBAUUNGSPLAN
MIT GRÜNORDNUNG NR. 2118

BEREICH:

MÜNCHBERGER STR. (ÖSTLICH)

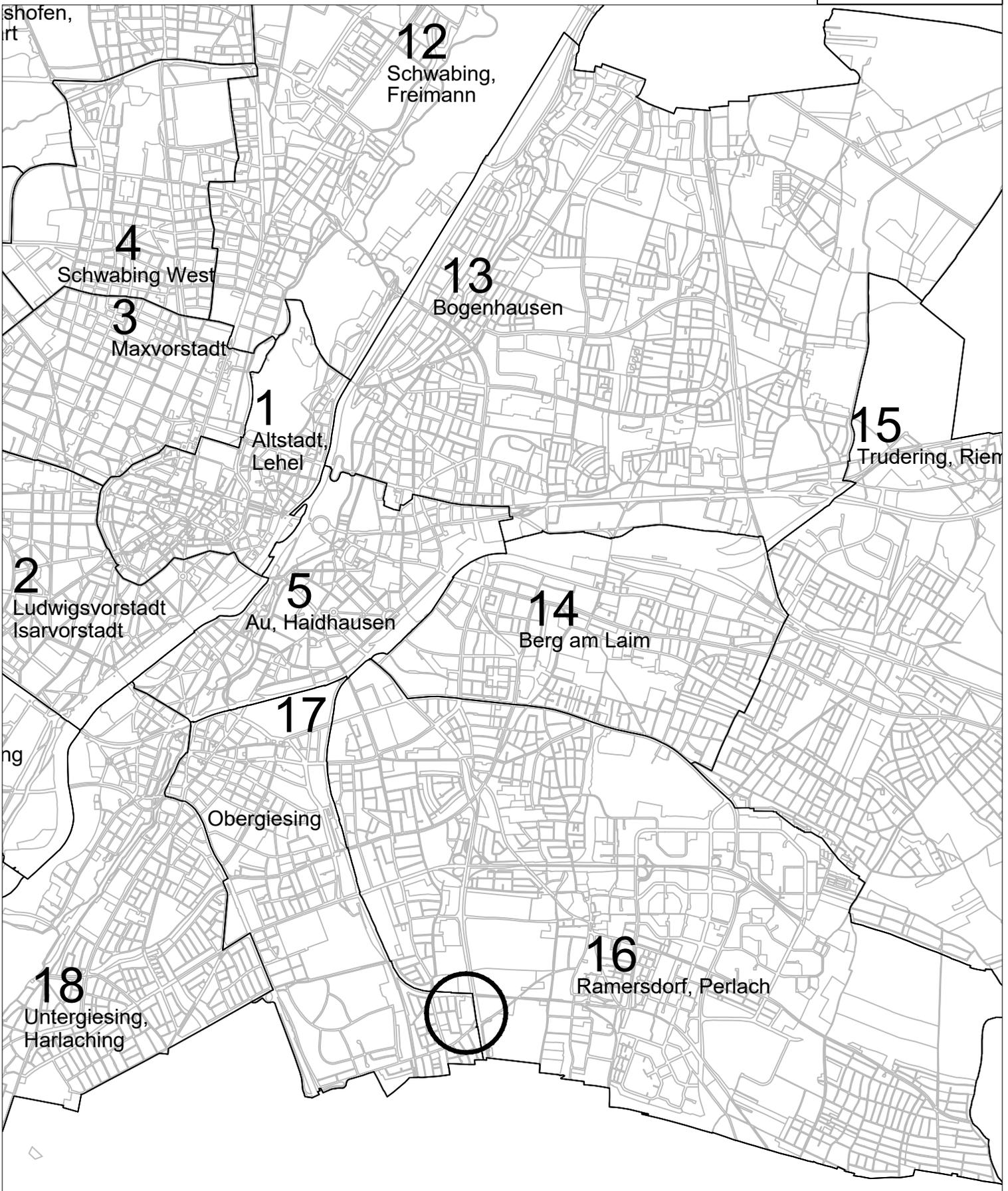
KRONACHER STR. (SÜDLICH)

BAB MÜNCHEN SALZBURG (A8) (WESTLICH)

FASANGARTENSTR. (NÖRDLICH)

LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN
REFERAT FÜR STADTPLANUNG
UND BAUORDNUNG HA II/33P

AM 03.02.2020



1:50000

REFERAT FÜR STADTPLANUNG
UND BAUORDNUNG

BEZIRKSÜBERSICHT
ZUM BEBAUUNGSPLAN
MIT GRÜNORDNUNG NR. 2118

 LAGE DES PLANUNGSGBIETES

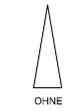


Ergänzung zur Zeichenerklärung:

- A) Festsetzung
- Fassaden mit Maßnahmen zum Schallschutz gemäß § 11 Abs. 2 und Abs. 3 der Satzung
 - Fassaden mit Maßnahmen zum Schallschutz gemäß § 11 Abs. 11 der Satzung
 - Kraft-Wärme-Kopplung
- C) Hinweis
- Bauverbotszone
 - Maßzahl Bauverbotszone / Baubeschränkungszone
 - Gärtnereische Nutzung
 - gesonderter Hinweis
Bezeichnung einzelner Bauräume
 - gesonderter Hinweis
Private Spielfläche

Entwurf
Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2118
der Landeshauptstadt München

Bereich:
Münchberger Straße (östlich),
Kronacher Straße (südlich),
BAB A 8 München - Salzburg (westlich),
Fasangartenstraße (nördlich)



HA II / 33P
HA II / 33V
HA II / 53
Referat für Stadtplanung und Bauordnung
am 14.02.2020

ANLAGE 4

Bürgerversammlung des . Stadtbezirkes am . .

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Neubaugelbiet Münchberger Straße / Überlastung der lokalen Infrastruktur

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlicher Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Neubaugebiet Münchberger Straße / Überlastung d. lokalen Infrastruktur

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "Ich stimme zu" oder "Ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Ich beantrage die sofortige Einstellung der weiteren Planung des Bauvorhabens an der Münchberger Straße solange von der Stadt München keine schriftliche, belastbare, konsequent zu Ende gedachte und realitätsnahe Planung zur Bewältigung der massiven infrastrukturellen Auswirkungen durch das Bauvorhaben vorliegt.

- Zu den wichtigsten und dringlichsten Infrastruktur-Problemen gehören:
- Die öffentlichen Schulen
 - Der öffentliche Personennahverkehr
 - Die lokale Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs.

Insbesondere werden die Probleme der Eltern und Schulkinder bei der Planung des Wohngebiets an der Münchbergerstraße nicht berücksichtigt und ohne Konzept in die Zukunft verlagert.

Die Versorgung der Anwohner mit der notwendigen Infrastruktur muss Vorrang vor der Ausweisung neuer Wohnbebauung haben!

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> ohne Gegenstimme angenommen | <input checked="" type="checkbox"/> mit Mehrheit angenommen |
| <input type="checkbox"/> ohne Gegenstimme abgelehnt | <input type="checkbox"/> mit Mehrheit abgelehnt |

Textfeld für Kontaktdaten 

Anlage zum Antrag „Neubaugebiet Münchberger Straße / Überlastung der lokalen Infrastruktur“

Schon heute können wir fast täglich erleben, dass die vorhandene lokale Infrastruktur an der Grenze ihrer Belastbarkeit und Aufnahmefähigkeit angekommen ist.

Zu den wichtigsten und dringlichsten Infrastruktur-Problemen gehören:

- Die öffentlichen Schulen
- Der öffentliche Personennahverkehr
- Die lokale Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs.

Die öffentlichen Schulen und Kindergärten

1. Asam-Gymnasium

- Das Asam-Gymnasium war neben dem Heinrich-Heine- und Theodolinden-Gymnasium das Hauptopfer der schulischen Fehlplanungen im Zuge des Wohnungsbaus am alten Flughafengelände in München Riem.
- Klassen von 30 Schülern und mehr waren am Asam-Gymnasium plötzlich die Regel denn die Ausnahme.
- Auch heute noch, d.h. über 10 Jahre später, operiert das Asam-Gymnasium in puncto Schülerzahlen am Limit seiner Aufnahmefähigkeit und Belastbarkeit.
- Die Kapazitäten für zusätzliche Gymnasiasten stehen de-facto nicht zur Verfügung.

2. Grundschule an der Balanstraße, kurz Balanschule

- Das Neubaugebiet gehört zum Schulsprengel der Balanschule.
- Bereits zum heutigen Zeitpunkt ist eine Versorgung der momentan in diesem Sprengel wohnenden Grundschulkinder mit einer ordnungsgemäßen Beschulung und Betreuung nicht mehr gewährleistet, da die Balanschule bereits heute aus allen Nähten platzt.
- Die Balanschule verzeichnet bereits ohne ein derart großes Neubaugebiet stark steigende Schülerzahlen. So wurden vor 6 Jahren noch 3 erste Klassen eingeschult. Im kommenden Schuljahr werden es erstmals 5 erste Klassen sein. Diese Entwicklung wird sich weiter fortsetzen: Zum einen ziehen im Einzugsgebiet ständig Familien mit Kindern in bereits bestehende Strukturen nach, zum anderen wird bereits jetzt überall nachverdichtet.

- Schon jetzt kommt die Stadt München ihrer Pflicht, die Kinder angemessen zu betreuen, nicht nach. Der städtische Hort an der Balanschule ist seit Jahren überlastet, ebenso wie die dort ansässige Mittagsbetreuung und auch die angrenzenden Einrichtungen. Bereits im kommenden Schuljahr gibt es fast eine ganze Klasse, die trotz Bedarf keine Nachmittagsbetreuung mehr erhalten konnte.
- Die Anzahl der Klassenzimmer ist ebenfalls bereits zum heutigen Zeitpunkt ausgereizt. Ab dem Schuljahr 2018/19 werden demnach nicht mehr genügend Klassenräume zur Verfügung stehen. Eine Vergrößerung der einzelnen Klassen ist auch ausgeschlossen, da an der Balanschule nicht mehr als 25 Kinder pro Klasse zulässig sind.
- Bleibt die allseits beliebte Lösung der temporären Schul-Container, wobei zu befürchten steht, dass die Container von der temporären zur Dauerlösung mutieren.
- Trotz dieser Zustände plant die Stadt ein Neubaugebiet im Sprengel mit 220 Wohneinheiten. Dies bedeutet mindestens 600 neue Bewohner und somit mindestens 50 - 100 Kinder im Grundschulalter. Dies entspricht 2 - 4 weiteren Klassen, für die weder Schulräume noch Hortplätze vorhanden sind.
- Die Schulleitung der Balanschule selbst hat gemäß unserer Nachfrage vom 18.07.2017 keinerlei Informationen über die anstehende Vergrößerung ihrer Schülerzahlen oder über irgendwelche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation.
- Beim Informationsabend zum Neubaugebiet im Frühjahr 2017 hat die Stadt München uns Anwohnern auf Nachfrage erklärt, dass die Balanschule demnächst ausgebaut werden soll.
Etwas komplett Gegenteiliges ist im „Eckdaten –und Aufstellungsbeschluss“ der Stadtverwaltung vom 21.09.2016 festgehalten: (Zitat) „die Versorgung der Grundschulkinder in der Sprengel-Grundschule an der Balanstraße ist unter der Maßgabe einer zeitlich gestaffelten Realisierung gesichert.“ (Zitat Ende) Ein Ausbau der Balanschule ist hier nicht erwähnt.
- Des Weiteren erschien am 01.07.2017 ein Artikel im Münchner Merkur über die Schulbauoffensive München. Diese hat ein Volumen von ca. 2,5 Milliarden Euro. Auf der in der Zeitung abgebildeten Karte mit den begünstigten Schulstandorten ist die Balanschule NICHT verzeichnet.
- Stand heute ist die Grundschule Balanstraße nicht durch die Neubausiedlung an der Hochäckerstraße betroffen. Wie wenig mündliche Zusicherungen und Versprechen in diesem Zusammenhang wert sind, konnte gerade wieder an der Neubausiedlung an der Hochäckerstraße festgestellt werden. Tatsache ist, dass die geplante Grundschule in eben jener Neubausiedlung aus welchen Gründen auch immer unterblieben ist.

Der öffentliche Personennahverkehr

1. S-Bahn S3

- Überfüllte S-Bahnen zu den Stoßzeiten allen voran werktags in ab 7.00 Uhr.
- Schüler z.B. vom Asam-Gymnasium oder von der Realschule am Ostbahnhof kommen nicht rechtzeitig zum Unterricht, weil sie teilweise wegen Überfüllung nicht mehr einsteigen können und so eine manchmal auch zwei S-Bahnen auslassen müssen.

2. Bus-Linien 139 und 145 stadteinwärts

- Der tagtägliche, morgentliche Berufsverkehr auf Balanstraße stadteinwärts bewegt sich schon heute am Rande des Verkehrskollapses.
- Ein Rückstau von der Fasangartenstraße bis zur Chiemgaustraße ist kein Seltenheit.
- Hauptverursacher ist der Zuzug der neuen Anwohner in der Hochäckerstraße, der aber Stand heute erst zu ca. 1/3 abgeschlossen ist.
- Von diesem tagtäglichen, morgentlichen Verkehrs-Chaos auf der Balanstraße sind auch Bus-Linien 139 und 145 stadteinwärts betroffen, die von vielen Grundschulern als Zubringer zur Balanschule genutzt werden.
- Um nicht zu spät zum Unterricht zu kommen, sind viele Schüler gezwungen, den Bus 2 Stationen vorher zu verlassen, um sich gezwungenermaßen zu Fuß auf den Weg zur Balanschule zu machen.
- Verantwortungsvolle Schulpolitik besteht nicht nur aus der Bereitstellung von genügend Lehrern und geeigneten Räumlichkeiten, sondern umfasst auch das Vorhandensein sicherer und gefahrenfreier Schulwege.

Die lokale Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

1. Eine Verbesserung der Verkehrssituation in der Balanstraße kann nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn die Anwohner bei der Erledigung der Besorgungen des täglichen Bedarfs auf die Nutzung eines KFZs verzichten können.
2. Mangels lokaler Geschäfte, Arztpraxen, etc., die auch für ältere Anwohner problemlos erreichbar sind, kann davon Stand heute keine Rede sein.

ANLAGE 5

Bürgerversammlung des Stadtbezirkes am 2017.

2

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag selbst vortragen / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Neubaugebiet Münchberger Straße: Sicherheit für Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderung

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseltigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Neubaugebiet Münchberger Straße: Sicherheit für Kinder, Senioren und

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Antrag:

Wegen der Sicherheit für Kinder, Senioren und Menschen mit Behinderung muss auf die vorhandene Spielstraße Münchberger Straße und die Obernzellerstraße als reine Anliegerstraße Rücksicht genommen werden.

Die Bauplanung Münchberger Straße (d.h. Änderung des Flächennutzungsplanes mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich Münchberger Straße sowie Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2118) soll in der bisherigen Größe mit 220 Wohnungen sofort gestoppt werden und nicht gebaut werden.

Sollte das Bauprojekt trotzdem zustande kommen, darf dies nur mit folgenden Eckdaten realisiert werden:

1. maximal 50 Wohneinheiten
2. maximal 2 Stockwerke (E+1+D) analog der Bestandsbebauung
3. keine Zufahrt bzw. Erschließung über die Obernzeller Straße oder Münchberger Straße

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Begründung für Antrag auf der Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirks am 20.07.2017 zum Wortmeldebogen von _____

I. Überproportionale Belastung durch Einwohner-Wachstum heute bis 2030:

Der Bebauungsplan führt zu einer weit überproportionalen Belastung des Bestandsviertels zwischen Fasangarten-, Balan-, Kronacher- und Münchbergerstraße durch Einwohner-Wachstum. Laut der in der Informationsveranstaltung am 30.03.2017 genannten Zahlen prognostiziert die Stadt München ein Wachstum von heute ca. 1,5 Mio. Einwohnern bis 2030 auf ca. 1,8 Mio. Einwohner. Dies entspricht einem Zuwachs von +20 %.

Demgegenüber soll die Einwohnerzahl in unserem o.g. Bestandsviertel von heute 476 Einwohnern (laut Melderegister, Zahl wurde von der Stadt in der Informationsveranstaltung am 30.03.2017 genannt) auf fast 1.000 Einwohner steigen.

Dies ergibt sich durch 2,1 bis 2,3 Einwohner pro Wohneinheit bei 220 neuen Wohneinheiten = + 462 bis 506 Einwohner. Es ist davon auszugehen, dass im Interesse von Bauträger und Stadt eher noch mehr Wohneinheiten realisiert werden. Der Bebauungsplan Nr. 2118 führt somit zu einem Zuwachs der Einwohnerzahl in unserem o.g. Bestandsviertel von mindestens +100 %.

Anzumerken ist, dass unser Bestandsviertel auch bisher schon kontinuierlich durch Nachverdichtung einen Anstieg der Einwohnerzahl verkraftet, meist durch Abriss von Einfamilienhäusern und Ersatz durch 4 - 6 neue Wohneinheiten. D.h. es gibt bei uns keinen Nachholbedarf bei der Steigerung der Einwohneranzahl.

Insgesamt soll unser Bestandsviertel durch den Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2118 bis 2030 die 5-fache Steigerung der Einwohnerzahl gegenüber dem Stadt-Durchschnitt verkraften. Dies ist nicht tragbar und eine einseitige massive Benachteiligung der heutigen Einwohner unseres Bestandsviertels.

Eine angemessene Dimensionierung einer Wohnbebauung auf dem Umgriff des Bebauungsplans Nr. 2118 würde ein Fünftel der geplanten Größenordnung betragen, das wären ca. 44 Wohneinheiten.

II. „Mikro-Verkehrsbelastung“ durch die geplante Erschließung über die Obernzeller Straße:

- a. Die „Mikro-Verkehrsbelastung“ für uns als Anlieger durch die geplante Erschließung über die Obernzeller Str. steigt um mindestens 100 %. Dies bedeutet **Emissionen** (Lärm, Abgase, Staub) und Gefahr für Kinder und Haustiere. Der Erholungswert unseres Gartens sinkt hierdurch drastisch.
- b. Zusätzlich steigt auch das **Unfallrisiko**, für uns relevant sind vor allem:

- i. Die unfallträchtige Abzweigung der Obernzeller Straße zur Kleinfeldstraße. Die Ecke Obernzeller Straße zu Kleinfeldstraße ist besonders kritisch, da hier hohe Hecken die Sicht versperren, siehe Bilder 1,2. Es gab hier schon mehrere Unfälle. Erforderlich ist hier die Aufstellung von

expliziten Parkverbotsschildern gegenüber der Einmündung Kleinfeldstraße oder mindestens von Spiegeln.

- ii. Die unfallträchtige Abzweigung von der Balanstraße zur Oberzeller Straße. Die Einfahrt in die Oberzeller Straße von der Balanstraße ist oft bis zum Radweg zugeparkt, dadurch ist das Einbiegen von der Balanstraße gefährlich.

c. Es ist mit einer massiver Belastung der Oberzellerstraße durch Baustellenverkehr über ca. 3 Jahre zu rechnen: Lärm, verdreckte und beschädigte Straßen, Stau.

III. Kreuzungsfreie Zufahrt von Fasangartenstraße:

Auch wenn ich das Bauvohaben komplett ablehne, so habe ich für den Fall einer mit ca. 44-80 Wohneinheiten vernünftig dimensionierten Bebauung einen neuen Vorschlag für die Zufahrt zu dem neuen Wohnbaugebiet über die Fasangartenstraße s. in einer Skizze im beigefügten Bild konkretisiert. Dieser ermöglicht eine kreuzungsfreie und damit sichere Zu- und Abfahrt von der Fasangartenstraße. Dabei erfolgt die Zufahrt durch eine Fahrspur, die unter der Brücke geführt wird. Gegebenenfalls kann dies in Synergie mit einem wegen Alter bzw. zu geringer Straßenbreite erforderlichen Neubau der Brücke über die Bundesautobahn 8 umgesetzt werden.

Die Durchfahrt von der Oberzeller Straße ab Münchberger Straße muss durch dauerhafte Poller oder durch Feuerwehr-Pfosten unterbunden werden.

München, 20.07.2017

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 20. 07. 2017

3

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Erneute Abstimmung des Stadtrats über Flächennutzungsplan nach Klärung des Klimaeinflusses der Lärmschutzwand

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine in der Behandlung weiche, zeitaufwändige und kostengünstigere Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen

Bürgerversammlung des . Stadtbezirkes am . .

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Flächennutzungsplan Nr. 2118 - erneute Abstimmung
des Stadtrats

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) oder Anfrage:

Siehe Anhang

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften

ohne Gegenstimme angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit angenommen

mit Mehrheit abgelehnt

Bürgerantrag

Erneute Abstimmung des Stadtrats über Änderung des Flächennutzungsplanes mit integrierter Landschaftsplanung und Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2118 nachdem geklärt wurde, welchen Einfluss die Lärmschutzwände auf das Klima im Fasangarten haben werden.

Bitte als Gewissensentscheidung, also namentliche Abstimmung ohne Fraktionszwang!

Damit wir ihnen später einmal ein Denkmal setzen können.

In dem Beschluß zur Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 2118 steht viel über Lärmschutzmaßnahmen mit 10 m hohen Lärmschutzwänden, hinter denen dann multifunktionale Freiflächen mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen sollen.

Die dann leicht zur neuen Lärmquelle werden können.

Auch dass die Stadt München ihre CO₂-Emissionen verringern möchte wird erwähnt und das man sich um Klimawandel und Klimaschutz sorgt.

Aber kein Wort dazu, wie sich Lärmschutzwände und Bebauung auf das Klima im Fasangarten bzw. die Stadt auswirken werden.

Ich habe selber einige Jahre in der Münchberger Str. gewohnt. In der Wohnanlage neben der neu errichteten Kita.

Auf meinem täglichen Weg zur Bushaltestelle konnte ich die kühlende Wirkung des, damals noch unverbauten, Feldes zu allen Jahreszeiten spüren.

Und nicht ohne Grund haben wir als erstes eine Senkrechtmarkiese Richtung Feld montiert, damit man abends länger draußen sitzen konnte.

Dieser kühlende Effekt ist nicht nur direkt in Münchberger Straße spürbar.

Im Fasangarten ist es grundsätzlich 2 bis 3 Grad kälter als in der Innenstadt.

Jeder der in der Dämmerung einmal die Balanstraße stadtauswärts radelt kann das wahrnehmen.

Im Winter, bei Schneefall kann man es sogar deutlich sehen, wie nach dem Bushalt Plössenberger Straße der Schnee plötzlich immer mehr liegen bleibt.

19.07.17

Dort beginnt der Bereich in dem zwischen A8 und der Wohnbebauung noch Felder oder Kleingartenanlagen liegen und wo östlich der A8 wegen Nutzungsbeschränkungen keine Bebauung außer der umstrittenen Kompostieranlage besteht.

Der kühlende Effekt kommt also eher von dem regionalen Grünzug „Gleißental / Hachinger Tal.

Er wird verschwinden, wenn 10m hohe Lärmschutzwände errichtet werden.

Die kühle Luft von jenseits der Autobahn wird die Lärmschutzwände nicht überwinden. Um 10m zu überstiegen, müsste sie sich erwärmen. Das geht erst wieder nach Sonnenaufgang.

Ohne Temperaturunterschied erfolgt kein Luftaustausch.

Mit ein paar Ausgleichsbäumen zwischen der geplanten Bebauung lässt sich die so verursachte Erwärmung des Bereichs Fasangarten nicht ausgleichen.

Gleichzeitig fehlt der Luftaustausch mit der weniger abgasbelasteten Luft aus dem Grünzug.

Mehr Stickoxide plus Erwärmung. - Vielen Dank liebe Stadtplaner.
Wie stark wird die Erwärmung im Fasangarten ausfallen? 2 Grad oder noch mehr.
Hausgemachter Klimawandel zusätzlich zum weltweiten Klimawandel. -

Wenn man den Stadtrand aufheizt, wird es dann im Zentrum nicht auch wärmer?

Liebe Stadtratsmitglieder bitte klären Sie welchen Einfluss die Lärmschutzwand auf das lokale Klima und die Stickoxidwerte haben wird, bevor Sie das Projekt weiter vorantreiben.

Können Sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren, das Sie mit Ihrer Entscheidung hier eventuell einen Klimawandel einleiten der Folgen für die gesamte Stadt haben kann?

Sind Sie bereit mit Ihrem Namen für Ihre Entscheidung einzustehen?

Ich kann verstehen, dass Sie dem Projekt zunächst einmal zugestimmt haben.

Der Änderung des Flächennutzungsplans wirkt auf den ersten Blick als wäre an alles gedacht worden.

Auf Seite 13 (Mitte) möchte man mit Baumpflanzungen und Dachbegrünungen „den Naturhaushalt, insbesondere das Klima stärken.“

19.07.17

Dass man mit der Lärmschutzwand eher den Naturhaushalt stört und die Klimaerwärmung beschleunigt, wurde nicht bedacht.

Wie auch? Den Kühleffekt kann man ja nur wahrnehmen wenn man längere Zeit hier wohnt.

Liebe Stadtratsmitglieder wem nutzt immer mehr Wohnraum im Stadtgebiet, wenn es anschließend nicht mehr lebenswert ist, dort zu wohnen?

Übrigens:

Seit 1958, also fast 60 Jahren hätte man die Baulücken entlang der Münchberger Str. bereits schließen können, denn für die gab es Baurecht und erst jetzt rücken die Grundstückseigentümerinnen den Baugrund heraus!

Und das auch erst nachdem im September letzten Jahres der Flächennutzungsplan zu ihren Gunsten geändert wurde, damit sie ihr gesamtes Ackerland als Bauland verkaufen können.

Und wenn man zustimmt dass ein 30%-iger Anteil des neu zu schaffend Wohnraums öffentlich gefördert wird nennt sich das Ganze „sozial gerechte Bodennutzung“.

Ein Schelm wer Böses dabei denkt!

Wir Fasangartler kämpfen hier für den Erhalt der Lebensqualität unsere Heimat.

Und auch ihrer, denn wenn schon im Fasangarten die Durchlüftung nicht mehr gewährleistet ist, dann wird es stadteinwärts sicher nicht besser.

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 20. 07. 2017

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Für Sicherheit und Lebensqualität, gegen noch mehr Verkehrsstau und gegen die jetzige Neubauplanung M

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Für Sicherheit und Lebensqu., gegen mehr Stau, gegen die Neubauplanung

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Damit die Straßenverkehrssicherheit und die Lebensqualität in unserem Bezirk Obergiesing-Fasangarten erhalten bleiben, beantrage ich die aktuelle Bebauungsplanung Münchberger Straße zu beenden, denn noch größere Verkehrsstaus, bei denen weder Busse noch Rettungsfahrzeuge weiter kommen und mehr Lärm und Abgase müssen verhindert werden.

Daher bitte ich die anwesenden Bürger FÜR meinen Antrag zu stimmen, damit die Bebauung in der jetzt geplanten Form nicht stattfindet.

Antragsbegründung siehe bitte beigefügtes Blatt.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten 

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 20. Juli 2017

Antragsbegründung zu dem Thema

„Für Sicherheit und Lebensqualität, gegen den Verkehrsinfarkt und gegen die jetzige Neubauplanung Münchberger Straße“

Die bestehende Verkehrs-Infrastruktur ist schon jetzt an ihrer Grenze:

1) Schon jetzt bestehen problematische Verhältnisse bei der Verkehrsanbindung

a) um überhaupt in den Fasangarten zu gelangen:

- Erhebliche Rückstaus insbesondere auf der Balanstraße,
- ein überfüllter öffentlicher Bus (145) und eine überfüllte S-Bahn (S3) trotz dichtest möglichem Fahrtakt in der Stoßzeit.

Ebenso problematisch bis gefährlich ist es

b) dann zu dem angedachten Neubaugebiet zu gelangen:

- Es führen nur zwei schmale Wohnstraßen in die kleine Siedlung hinein,
- Dort ist schon jetzt der Verkehr effektiv nur einspurig möglich
- (wegen bereits stattgefundener Nachverdichtung muss am Straßenrand geparkt werden
- Alle neuen Bewohner müssen die bestehende Wohnsiedlung komplett durchqueren, genauer gesagt sich hindurch schlängeln
- an der Kreuzung zwischen beiden Anliegerstraßen treffen sämtliche Autos der neuen Siedlung aufeinander, so dass ein
- Nadelöhr zu dem neuen Wohnquartier entsteht. Hier ist schließlich die Obernzeller Straße nur 5,5 m schmal, kein Gehsteig!

All dies hat zur Folge: mehr Lärm, mehr Abgase, stehenden Verkehr, Verlust der Wohn- und Lebensqualität für alle im Viertel

2) Erhöhte Unfallgefahr – mehr Stau

- beim Einbiegen von der stauträchtigen Balanstraße in die Obernzeller Straße muss der Gegenverkehr wegen der beengten Verhältnisse jetzt schon oft zurücksetzen.
- Die Einmündung der Münchberger in die ~~Obernzeller~~ ^{Fasangarten} Str ist schlecht einsehbar und daher unfallgefährlich.

Schon jetzt sind die Fasangartenstraße und noch mehr die Balanstraße stark verkehrsbelastet mit schon jetzt überschrittenen Stickoxidgrenzwerten, doch der Verkehr dort wird noch weiter steigen (Neu gebaute Europäische Schule, neu gebauten 1200 Wohneinheiten an der Hochhäckerstraße, beides noch nicht voll in Betrieb).

Schon jetzt kommt die Müllabfuhr im Viertel nicht ohne Stauentstehung weiter.

Wenn die Einwohnerzahl dieses kleinen Gebietes auf mehr als 200 % ansteigt, gibt es kein Durchkommen mehr wegen dem Durchgangsverkehr zu dem Neubaugebiet dem Parkplatzsuchverkehr, die Be- und Entsorgungsfahrten, Müllabfuhr, Notarzt, SEK, KIT... schon gar nicht realistisch erscheint die Bewältigung des zunächst anstehenden Baustellenverkehrs mit den Großgeräten, auf die diese kleinen Wohnstraßen nicht ausgelegt sind.

Zusammenfassung und Antrag: bitte wenden

Zusammenfassend ist festzustellen:

Der bisher vorhandene Flächennutzungsplan wurde unter Berücksichtigung der aktuell bestehenden örtlichen Verhältnisse, insbesondere wegen der beengten Zuwege so und nicht anders aufgestellt.

Durch den Bebauungsplan Nr. 2118 mit 220 Wohnungen und entsprechenden Kfz-Stellplätzen würde die vorhandene Infrastruktur erheblich überlastet. Die geplante Erschließung über eine nur 5,5 m breite Wohnstraße (Obemzeller Strasse) gewährleistet nicht den ungehinderten Begegnungsverkehr z. B. von Rettungsfahrzeugen (Feuerwehr, Krankenwagen) bei ihrem Einsatz.

Daher beantrage ich, den bisher gültigen Flächennutzungsplan für den Bereich Münchberger Straße nicht zu ändern und den Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2118 im derzeit geplanten Umfang, mit 20.000 qm Wohnfläche zuzüglich ca.1100 qm Fläche für eine soziale Infrastruktur / Kita sowie den geplanten Kfz-Stellplätzen nicht weiter zu führen sondern sofort zu stoppen.

Ich bitte den Stadtrat um Berücksichtigung dieser Fakten.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit
mit freundlichen Grüßen

ANLAGE 8

Bürgerversammlung des . Stadtbezirkes am . .

6

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag selbst vortragen / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Neubaugebiet Münchberger Straße / Gesundheitsgefahren für die Anwohner.

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlicher Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift:

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines förmlichen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Neubaugelbiet Münchberger Straße / Gesundheitsgefahren für die Anwohner

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Das neue Wohnquartier soll in einem Abstand von nur ca. 70 m zu einer offenen Kompostieranlage (das Gesetz sieht einen Mindestabstand von 500 m vor) und ca. 40 m zur BAB A8 errichtet werden. Es ist daher davon auszugehen, dass die Staub-, Keim- und Schadstoffkonzentrationen in den geplanten Wohnungen bereits bei natürlicher Lüftung hoch und gesundheitsschädigend wären. Durch die zusätzlich geplante Wohnraumlüftung würde die verunreinigte Außenluft angesaugt und fortlaufend in die Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmern eingeleitet werden, weshalb mit Gesundheitsschäden, insbesondere für Kinder zu rechnen ist. Für die Anwohner der Bestandsbebauungen würde ebenfalls das Risiko für Gesundheitsschäden steigen, da weitere Schadstoffquellen hinzukommen würden (Tiefgaragenabluftöffnungen, Umgebungsverkehr).

Weitere Ausführungen siehe beigegefügte Anlage.

Ich beantrage daher die **SOFORTIGE** Einstellung des Verfahrens und die Erstellung von Fachgutachten durch unabhängige Umweltmediziner.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Anlage zum Antrag „Neubaugelbiet Münchberger Straße / Gesundheitsgefahren für die Anwohner“

Die geplante Wohnbebauung soll in einem Abstand von nur ca. 70 Meter zu einer offenen Kompostieranlage und ca. 40 Meter zur Autobahn A8 errichtet werden. Das Bundesimmissionsschutzgesetz (*Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft*) schreibt jedoch vor, dass eine offene Kompostieranlage einen Mindestabstand von 500 Meter zu Wohnbebauungen einhalten muss, um die Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen oder erheblichen Belästigungen zu schützen. Selbst eine geschlossene Anlage müsste mindestens einen Abstand von 300 Meter zu den nächsten Wohnbebauungen einhalten und mit Abgasreinigungseinrichtungen / Biofiltern ausgestattet werden.

Die Anwohner des Bestandsviertels sind bereits von den Auswirkungen der Kompostieranlage in einem nicht hinnehmbaren Maß betroffen, weil der gesetzlich geforderte Mindestabstand selbst in Bezug auf die Bestandsbebauungen unterlaufen wurde. Nun soll sich die Situation für die Anwohner durch den Erschliessungsverkehr für das neue Wohnquartier und die geplanten Tiefgaragen weiter verschlechtern.

Die Landeshauptstadt München hat bis heute keine Messungen aller luftverunreinigenden Stoffe (Gesamtstaub, einschließlich Feinstaub, staubförmige anorganische Stoffe, Keime, Endotoxine, Schwellmetalle, gasförmige Emissionen, geruchsintensive Stoffe etc.) durchführen lassen. Demzufolge liegen auch keine gesundheitlichen Bewertungen durch Fachgutachten vor. Weiter fehlen bis heute Aussagen zu den zu erwartenden Zusatzbelastungen.

Bezüglich der Autobahn, der Kompostieranlage, des Erschliessungsverkehrs für das neue Wohnquartier (es sollen mindestens 1000 Kraftfahrzeuge täglich zusätzlich über die Münchberger Strasse fahren) und der geplanten maschinellen Abluftanlagen der geplanten Tiefgaragen geht es um folgende gesundheitsschädigende Luftschadstoffe und gasförmige Schadstoffe:

Staub, insbesondere Feinstaub, Benzol, Benzopyren, Kohlenmonoxid, Ozon, Stickoxide, Pilze, Viren, Wurmeier, Protozoen, Bakterien, Endotoxine, Schwermetalle, polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, Phosphate, polychlorierte Biphenyle, Schwermetalle (Blei, Cadmium, Chrom, Kupfer, Nickel, Quecksilber, Zink), exzessive Geruchsstoffe, Ausschwemmungen von Fäkalien und Tierkadavern, chemische Verbindungen wie Chlorverbindungen (halogenierte Kohlenwasserstoffe), Pestizide, Imprägniermittel, Methan, Schwefelverbindung (Schwefelwasserstoff); stickstoffhaltige Verbindungen, wie Ammoniak etc.

Ausserdem wurde auf der Kompostieranlage heimlich eine Abwasserrecycling-Anlage eingebaut. Das in einem unterirdischen Becken gesammelte und gespeicherte Abwasser soll zur Befeuchtung des zu kompostierenden Materials eingesetzt werden. Aerosole / Wassernebel können jedoch auf große Entfernungen hinweg durch die Luft getragen werden, weshalb nicht vorgereinigtes Wasser zur Bewässerung in unmittelbarer Nähe von Wohnbebauungen nicht verwendet werden darf. Das Wasser ist exzessiv mit Bakterien und Endotoxinen belastet. Eine mir vorliegende Sickeranalyse bestätigt, dass Schwermetalle (Blei, Cadmium, Chrom, Kupfer, Nickel, Quecksilber, Zink) und Haut, Atemwege und Schleimhäute ätzende Salpetersäure im Wasser enthalten sind. Der festgestellte pH-Wert ist mit 7,88 sehr hoch, bei Kontakt mit dem basischen Wasser können Hautunverträglichkeiten, Augen- und Schleimhautreizungen auftreten. Der ermittelte hohe CSB ist ein Indiz für schädliche Wasserinhaltsstoffe.

Es ist daher mit folgenden Gesundheitsschäden zu rechnen:

Allergien, Schleimhautreizungen, Hauterkrankungen; chronischen Atemwegserkrankungen, wie Asthma bronchiale, COPD; Infektionserkrankungen (z.B. Lungenentzündung), die tödlich enden können, vor allem bei älteren und geschwächten Menschen (z.B. Patienten mit Aids, Leukämie oder Strahlenkrankheit, nach Transplantation oder während einer Krebstherapie); Blutarmut; Knochen- und Knochenmarksschädigungen; Krebserkrankungen; Multiorganversagen. Auch toxische Wirkungen (z.B. Lungenödem) sowie Schädigungen von Erbgut und Leibesfrucht sind möglich.

Eine Studie des GSF-Forschungszentrums für Umwelt und Gesundheit in Neuherberg aus dem Jahr 2010 ergab, dass überdurchschnittlich viele Münchner Neugeborene, deren Mütter während der Schwangerschaft viel Feinstaub durch Strassenverkehr ausgesetzt waren, mit Untergewicht zur Welt kamen. Bei 42 untergewichtigen Babys wohnte die Mutter an einem Ort in München mit hoher Feinstaubbelastung. Das entspricht einem um 40 Prozent höheren Risiko in den Belastungszonen.

Die neuen Bewohner des geplanten Wohnquartiers, also auch Schwangere, würden sogar von vier „Staubschleudern“ (Kompostieranlage, Autobahn, Tiefgaragen mit Abluftöffnungen, Umgebungsverkehr) umzingelt sein. **Dies ist verantwortungslos.** Hinzu kommt, dass die Staub-, Keim und Schadstoffkonzentrationen in den Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmern bereits bei natürlicher Lüftung hoch wären. Durch die geplante Wohnraumlüftung könnte es zu weiteren relevanten Staub- und Schadstoffanreicherungen in den Räumen kommen. **Denn eine solche Anlage würde die verunreinigte Außenluft ansaugen und fortlaufend in die Räume einleiten, wodurch hohe gesundheitsgefährdende Immissionskonzentrationen in den Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmern erreicht werden können.**

Den Verantwortlichen der Landeshauptstadt München sind all unsere Einwände bekannt, dennoch wird hierzu fortgesetzt geschwiegen. Ausserdem werden gebotene Feststellungen durch unabhängige Gutachter / Umweltmediziner unterlassen.

Die Belange von Bürgern und die körperliche Unversehrtheit von Anwohnern – selbst die von (kleinen) Kindern! – scheinen nicht zu interessieren.

Ich beantrage daher die **SOFORTIGE** Einstellung der Planungen bzw. des Verfahrens und die Erstellung von Fachgutachten durch unabhängige Umweltmediziner.

Die Messungen und gesundheitlichen Bewertungen sollten über und unter Aufsicht des **Bayerischen Landesamts für Umwelt (LfU) in Augsburg** und/oder das **GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit in Neuherberg** erfolgen und öffentlich bekannt gemacht werden.

ANLAGE 9

Bürgerversammlung des . Stadtbezirkes am . .

7

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den **Betreff** auf der Rückseite wiederholen)

Neubaugebiet Münchberger Straße, Gebäude für "Soziale Infrastruktur"

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift _____

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines förmlichen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Neubaugebiet Münchberger Straße, Gebäude für "Soziale Infrastruktur"

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Im Zuge der Planungen für das neue Wohnquartier an der Münchberger Straße erfahren die Anwohner nebenbei, dass auch ein Gebäude für "Soziale Infrastruktur" errichtet werden soll. Diesbezügliche Anfragen der Anwohner wurden von der Stadtverwaltung bis heute nicht beantwortet. Eine ordentliche Öffentlichkeitsbeteiligung bezüglich der Einrichtung wurde bisher unterlassen, Details zu Art und Umfang der baulichen Nutzung werden nicht bekanntgegeben. Schriftliche Unterlagen hierzu werden nicht vorgelegt. Die betroffenen Anwohner sollen offenbar von qualifizierten Einwendungen abgehalten werden, um damit Betroffenen auch den Klageweg zu erschweren.

Weitere Ausführungen siehe beigefügte Anlage.

Ich beantrage, dass die bisher unterlassene Öffentlichkeitsbeteiligung zu diesem Vorhaben nachgeholt wird, um die Zulässigkeit des Vorhabens prüfen zu können und dass das geplante Gebäude bis auf weiteres nicht errichtet wird.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Name
Adresse

Anlage zum Antrag „Neubaugebiet Münchberger Straße, Gebäude für „Soziale Infrastruktur“

Obwohl es bisher weder eine Zustimmung des Stadtrates noch des Bezirksausschusses 17 für die Errichtung eines Gebäudes für „Soziale Infrastruktur“ an der Münchberger Strasse gibt, steht für die heutige (20.07.2017) Bürgerversammlung der Neubau einer Kindertagesstätte in der Münchberger Strasse auf der Tagesordnung.

Eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu diesem Vorhaben wurde bisher nicht durchgeführt.

Lediglich im Zuge der Planungen für das neue Wohnquartier an der Münchberger Strasse erfuhren die Anwohner nebenbei, dass auch ein Gebäude für „Soziale Infrastruktur“ errichtet werden soll. Sämtliche diesbezügliche Anfragen der Anwohner wurden von den Verantwortlichen der Landeshauptstadt München bis heute nicht beantwortet. Es wird nicht einmal die Frage beantwortet, ob das geplante Gebäude tatsächlich als weitere Kindertagesstätte in der Münchberger Strasse oder für andere Zwecke genutzt werden soll.

Die Verantwortlichen wollen sich hierzu ganz offensichtlich nicht positionieren, um Bürgerproteste/-widerstände zu umgehen und stattdessen vollendete Tatsachen schaffen, um ein an sich unzulässiges Vorhaben durchziehen zu können.

Denn in der Münchberger Straße – einer reinen Anliegerstrasse – wurde bereits eine Kindertagesstätte für 98 Kinder errichtet. Diese Anzahl ist bereits absolut betrachtet zu hoch. Nun soll in der Münchberger Straße eine weitere Grosskindertagesstätte errichtet werden. Hierzu liegen trotz unzähliger Nachfragen der Anwohner weiterhin keine detaillierten Informationen vor.

Die Verantwortlichen der Landeshauptstadt München gaben bisher **nicht einmal die Altersgruppen der Kinder bekannt, die in der Kindertagesstätte betreut werden sollen.** Lärmintensives Spielen durch eine grössere Anzahl älterer Kinder, die in einer Kita betreut werden, ist auf einem Grundstück in einer reinen Anliegerstrasse ohne Abstand zu Nachbarn nicht sozialverträglich.

Weiter sind der durch die Kindertagesstätte zu erwartende Zu- und Abfahrtsverkehr sowie der Park- und Parksuchverkehr und die hierdurch bedingten Immissionen für die Anwohner als unzumuthar und rücksichtslos anzusehen zumal in der Münchberger Straße bereits

wegen der bestehenden Kindertagesstätte ein erhöhtes Verkehrsaufkommen zu verzeichnen ist und weil über die Münchberger Straße die Tiefgaragenzufahrten des neuen Wohnquartiers erschlossen werden sollen.

Außerdem würde das Gebäude direkt bzw. ohne Abstand an das Anwesen Münchberger Str. 5 angrenzen, **ohne dass irgendwelche Vorkehrungen zur Lärminderung** vorhanden wären. Die Kinder würden im Außenbereich auf einem schmalen Streifen entlang des Maschendrahtzaunes auf der gesamten Grundstückslänge des Anwesens Münchberger Str. 5 spielen. **Ein solches Vorgehen kann nur noch als rücksichtslos angesehen werden**, da die Kindertagesstätte auch im neuen Wohnquartier bzw. sozialverträglicher integriert werden könnte. Dort sollen jedoch „Ruhe- und Erholungsräume“ für das neue Wohnquartier – offenbar zu Lasten der Anwohner der Münchberger Straße – geschaffen werden, wohl um die Wohnungen hochpreisiger verkaufen zu können.

Ausserdem steht noch nicht einmal fest, ob tatsächlich eine zweite Kindertagesstätte in der Münchberger Strasse entstehen soll oder eine andere „Soziale Infrastruktur“. Denn zum einen machten Mitarbeiter der Landeshauptstadt München hierzu unterschiedliche Angaben und zum anderen wird im Planentwurf der beabsichtigte Bau als ein Bau für „Sondernutzung“ bezeichnet. Es würde also ein Gebäude ohne konkrete Zweckbestimmung erst einmal errichtet, also vollendete Tatsachen geschaffen, und dann nach Gusto bestimmt, was darin untergebracht werden soll.

Die Anwohner müssten diese Gegebenheiten dann dauerhaft – mit all seinen etwaigen erheblichen Nachteilen – hinnehmen. Je nach Art der Einrichtung (Jugendzentrum, Gebetshaus etc.) können erhebliche **Immissionen bzw. Lärm / Ruhestörungen und sonstige Nachteile** für die benachbarten Anwohner auftreten.

Hier wird ganz offensichtlich gegen den Grundsatz des ordnungsgemäßen Verwaltungshandelns verstossen, um Bürger in ihren Rechten zu beschneiden und ein an sich unzulässiges Vorhaben durchzudrücken. Denn nicht jede Art von Einrichtung ist in einem reinen Wohngebiet zulässig.

Ein ordentliche Öffentlichkeitsbeteiligung bezüglich der Sozialeinrichtung wurde bisher unterlassen, Anfragen von dennoch aufmerksam gewordenen Bürger werden seitens der Verwaltung nicht beantwortet, Details zu Art und Umfang der baulichen Nutzung werden nicht bekanntgeben. Schriftliche Unterlagen hierzu werden ebenfalls nicht vorgelegt.

Die betroffenen Anwohner sollen offenbar im Unklaren über die Art und den Umfang der Nutzung des Sonderbaus gelassen werden, wohl um die Bürger von qualifizierten Einwendungen abzuhalten und damit auch den Klageweg zu erschweren oder zu vereiteln.

Solche Vorgehensweisen der Stadtverwaltung dürfen sich die Münchner Bürger nicht gefallen lassen!

Ich beantrage daher, dass **die bisher unterlassene ordentliche Öffentlichkeitsbeteiligung zu diesem Vorhaben nachgeholt wird**, um die Zulässigkeit des Vorhabens prüfen zu können und dass das Gebäude für „Soziale Infrastruktur“ in der Münchberger Strasse bis auf weiteres nicht errichtet wird.

Bürgerversammlung des . Stadtbezirkes am . . 2017

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den **Betreff auf der Rückseite wiederholen**)

Neubaugebiet Münchberger Straße / Verkehrslärm, Strassenschäden

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift _____

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Neubaugebiet Münchberger Straße / Verkehrslärm, Strassenschäden

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage**:

Die Stadtverwaltung plant offenbar 2 Anliegerstraßen und 1 private Wegefläche in Erschließungsstraßen für das neue Wohnquartier umzuwandeln, jedoch ohne ein ordentliches Verfahren durchzuführen, um Bürgerproteste und etwaige Klagen zu umgehen. Die Verkehrslärmpegel würden durch das Vorhaben an den Bestandsbebauungen gesundheitsgefährdende Werte erreichen. Die LH München unterließ die Einholung von Gutachten nach der Verkehrslärmschutzverordnung.

Weitere Ausführungen siehe Anlage

Ich beantrage daher die SOFORTIGE Einstellung der Planungen bzw. des Verfahrens und dass zunächst unabhängige Fachgutachten nach der Verkehrslärmschutzverordnung für die Obernzeller und Münchberger Strasse erstellt und öffentlich bekannt gemacht werden, um die Zulässigkeit des Vorhabens prüfen zu können und dass das ein ordentliches Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wird, wenn die reinen Anliegerstrassen und die private Wegefläche zu Quartierstrassen höhergestuft werden sollen.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Name
[Adresse

Anlage zum Antrag „Neubaugbiet Münchberger Straße / Verkehrslärm, Strassenschäden“

In reinen und allgemeinen Wohngebieten, wie das betroffene Bestandsquartier, sind bezüglich Verkehrsreräusche 59 Dezibel (A) tags und 49 Dezibel (A) nachts einzuhalten. Es ist davon auszugehen, dass diese höchstzulässigen Lärmpegel durch das zusätzliche Verkehrsaufkommen durch das geplante Wohnquartier in der **Obernzeller und Münchberger Strasse** nicht eingehalten werden können und insbesondere dann nicht, wenn diese beiden reinen Anliegerstraßen und ein privater Wohnweg zu Erschließungsstraßen höhergestuft werden würden. Bezeichnenderweise wird ist in den Planungsunterlagen bereits von Erschließungsstraßen die Rede.

Formal müssten die beiden betroffenen Anliegerstrassen und der Wohnweg also zunächst zu Erschliessungsstrassen umgewandelt werden und dies in einem eigenen Verfahren.

Wohnquartiere, wie das geplante Wohnquartier, sind über **Quartierstrassen** zu erschliessen, die **direkt in Hauptverkehrsstrasse münden** müssen. Da nur die Münchberger und die Obernzeller Strasse in Hauptverkehrsstrassen münden – in die Balanstrasse und die Fasangartenstrasse – sollen offenbar diese beiden Anliegerstrasse und der Wohnweg **ohne ein ordentliches Verfahren(!)** in Quartierstrassen umgewandelt werden mit all seinen negativen Auswirkungen, wie Wegfall des Tempolimits von 30 km/h und Parkverbot auf den beiden betroffenen Strassen und dem Wohnweg.

Die Stadtverwaltung will ein solches Verfahren offensichtlich umgehen und hofft offenbar damit Klagen zu verhindern.

Hinzu kommt, dass durch das Überfahren dieser Straßen mit Baufahrzeugen (40-Tonner) über mehrere Jahre hinweg, die Münchberger und die Obernzeller Straße zerstört werden würden, da deren Fahrbahnuntergrund für diese Verkehrsmengen und Lasten nicht ausgerichtet ist. Strassenzerstörungen würden auch durch Aufgrabungen für Kanalisation, Fernwärme-, Gas- oder ähnlichen Leitungen für das neue Wohnquartier und durch den dauerhaft hohen Wohnquartierverkehr entstehen.

Für die Kosten von Erneuerungsmaßnahmen / Neubau müssten weitgehend die Eigentümer der Bestandsbebauungen aufkommen und Zehntausende Euro zahlen. Wenn der Fahrbahnuntergrund ebenfalls erneuert werden müsste, kämen weitere Zehntausende Euro hinzu, die die Eigentümer teilweise in den Ruin treiben könnten.

Viele Gärten der Münchberger Strasse sind der Strasse zugewandt, was – als die Häuser gebaut wurden – vertretbar war, weil nur wenige Autos in der Anliegerstrasse ohne Durchgangsverkehr fahren. Wenn die Münchberger Strasse jedoch in eine Erschliessungsstrasse für ein Wohnquartier umgewandelt werden würde, ist ein Aufenthalt im Garten für die Anwohner nicht mehr möglich. Denn je nachdem, ob ein Pkw eine konstante Geschwindigkeit fährt oder beschleunigt, erzeugt er beim Vorbeifahren in 7,5 m Entfernung einen Lärm von etwa 65 bis 80 dB(A), ein Lkw kommt auf bis zu 90 dB(A) und ein Motorrad kann sogar bis zu 100 dB(A). Hinzu kommt, dass vielerorts nicht einmal ein 7,5 Meter Abstand zu den Bestandsbebauungen eingehalten werden könnte und von daher noch mehr Lärm für die Anlieger zu erwarten wäre.

Wenn die private Wegefläche ebenfalls zu einer Erschliessungsstrasse umgewandelt werden würde, würde eine Kreuzung entstehen (Münchberger Straße / Obernzeller Straße). An dieser Kreuzung würde es zu **erheblichen Lärmpegelanstiegen durch Bremsen und Anfahren** kommen. Betroffen hiervon wären insbesondere die Bewohner der Anwesen an dieser Kreuzung.

Die Verkehrslärmpegel würden an den Bestandsbebauungen gesundheitsgefährdende Werte erreichen. Bezeichnenderweise hat es die Landeshauptstadt München bisher unterlassen, Gutachten nach der Verkehrslärmschutzverordnung einzuholen. Dieses Vorgehen verstößt eklatant gegen den Grundsatz des ordnungsgemäßen Verwaltungshandelns.

Ich beantrage daher die **SOFORTIGE** Einstellung der Planungen bzw. des Verfahrens und dass zunächst **unabhängige** Fachgutachten nach der Verkehrslärmschutzverordnung für die Obernzeller und Münchberger Strasse erstellt und öffentlich bekannt gemacht werden, um die Zulässigkeit des Vorhabens prüfen zu können und dass das ein **ordentliches Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung** durchgeführt wird, wenn die reinen Anliegerstrassen und die private Wegefläche zu Quartierstrassen höhergestuft werden sollen.

Bürgerversammlung des . Stadtbezirkes am . .

9

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

VERKEHRS LAGE

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift: _____

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

20. 7. 2017

An die Bürgerversammlung am 20. 7. 2017 zum Thema Bauvorhaben Wiese zwischen Münchbergerstraße und Autobahn A8 (Bebauungsplan Nr. 2118)

Ich stelle folgenden Antrag:

Vorrangige Erstellung eines Konzeptes für den Verkehr im neu zu erschließenden Wohnviertel, daß insbesondere die jetzt bestehenden **Anliegerstraßen im alten Wohnbereich** zwischen Balanstraße und Fasangartenstraße beläßt, da eine Verbreiterung bzw. bauliche Veränderung nicht möglich ist.

Ebenso wichtig ist es vor der Bebauung ein tragbares Konzept für den **ruhenden Verkehr** vorzustellen; ein Konzept welches den 220 Wohneinheiten realistisch entspricht !

ANLAGE 12

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 20. 07. 2017

M

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Gesonderte, neue, Zufahrt zum Bauvorhaben zw. Münchberger Str. u. AB

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Gesonderte, neue, Zufahrt zum Bauvorhaben zw. Münchberger Str. u. A8

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Betreff: Gesonderte, neue, Zufahrt zum Bauvorhaben zwischen Münchberger Str. und A8

Falls das Bauvorhaben im Fasangarten zwischen der Münchberger Str. und der A8, Bebauungsplan Nr. 2118, realisiert wird (trotz aller Bürgerproteste), stellen wir dazu folgende Forderungen:

- ~~• Erschließung des neu zu bebauenden Gebietes ausschließlich über eine neue Zufahrt von der Fasangartenstr. oder der Balanstr. aus, vorzugsweise von der Fasangartenstr.~~
- ~~• Bewegung von Baufahrzeugen und Zu-/Abfahrt zur Tiefgarage ausschließlich über diese neue Anbindung.~~
- ③ • Keine Aufhebung der Spielstraßen-Regelung in der Münchberger Str. Keine Aufhebung von Parkplätzen an der Obernzeller und der Münchberger Str.

Raum für Vermerke des Direktors – bitte nicht beschriften

ohne Gegenstimme angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit angenommen

mit Mehrheit abgelehnt

23

21, 2

Textfeld für Kontaktdaten

ANLAGE 13

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 20. 07. 2017

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Bauevorhaben Münchbergerstraße

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift _____

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Bauprojekt Münchbergerstraße

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) oder Anfrage:

Siehe Anlage

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten 

Antrag

Ich, _____ beantrage, die Münchbergerstraße in dem Zustand zu belassen wie sie derzeit ist, damit ein gefahrloser Zugang zu der erst kürzlich hier errichteten Kindertagesstätte möglich bleibt.

Wenn die Münchbergerstr. zur Durchgangsstraße erhoben wird und der Verkehr durch diese Straße zu der neuen Siedlung geführt wird ist damit zu rechnen, dass Ein- und Aussteigen bei dem Bringen der Kinder vor der Kindertagesstätte zu gefährlich wird.

Außerdem sollte die Kindertagesstätte nicht den Emissionen eines starken Verkehrsaufkommens ausgesetzt werden.

Die Gesundheit der Kinder muss Vorrang vor verkehrstechnischen Überlegungen haben.

München, den 20.07.2017

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 20. 7. 17

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Bauvorhaben an der Münchbergerstr.

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

siehe Anlage

Raum für Vermerke des Direktors - bitte nicht beschriften

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 20. 07. 2017

128

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen**

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

A.

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift: _____

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Antrag

Die Anliegerstraßen die direkt an das geplante Neubaugebiet angrenzen, bzw. zu diesem Gebiet hinführen sollen als Anliegerstraßen in der bestehenden Gestalt unverändert bleiben.

Es sind dies die Münchbergerstraße, Obernzellerstraße und Kronacherstraße.

Sie sollen nicht als Zufahrtsstraßen zu Durchgangsverkehrsstraßen hochgestuft werden und sollen nicht als Zuwegung zu dem Neubaugebiet verwendet werden.

Begründung: Diese Straßen sind nicht breit genug um einen Durchgangsverkehr in beide Richtungen zu gewährleisten. Sie können auch nicht verbreitert werden, ihr Charakter als Anliegerstraßen macht das unmöglich, sie sind für einen in beide Richtungen gehenden Verkehr zu schmal. Außerdem ist der Zugang zur Münchbergerstraße von der Fasangartenstraße ausgehend besonders eng (Flaschenhals), hier kann ein zweispuriger Verkehr erst recht nicht stattfinden. Wenn hier ein erhöhtes Verkehrsaufkommen geschaffen wird ist auch die Versorgung des Reviers mit Polizei- Krankendiensten und Feuerwehr nicht mehr sicher gewährleistet.

Insbesondere die Münchbergerstraße mit ihrem Spielstraßenbereich in dem sich die von der Stadt München erst kürzlich errichtete Kindertagesstätte befindet darf mit Rücksicht auf die Kindertagesstätte keine Straße für den Durchgangsverkehr werden. Hier müssen Parkmöglichkeiten für die Besucher der Kindertagesstätte bestehen bleiben was nicht möglich wäre, wenn die Spielstraße zu einer Straße für den Durchgangsverkehr verwendet würde.

Außerdem würde fließender und stehender Verkehr eine Emmissionsbelastung durch Abgase und Lärm in der Münchbergerstraße verursachen der mit den Anforderungen für die Gesundheit der Kinder nicht in Einklang zu bringen ist.

Die Stadt München ist verpflichtet, das Wohl der Kinder in der Kindertagesstätte als oberste Priorität vor den Besiedlungsplänen zu berücksichtigen.

Sollten hier Maßnahmen mit Veränderung der Münchbergerstraße ergriffen werden die mit all diesen Problemen behaftet sind wird der Rechtsweg beschritten werden um dies zu verhindern, bzw. rückgängig zu machen.

Zur Durchführung der Siedlungserweiterung müssen andere, sichere Zufahrtswege geschaffen werden. Der Antrag richtet sich auf die Schaffung anderer Zufahrtswege zu der geplanten Neubausiedlung.

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 20. 07. 2017

13

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag selbst vortragen / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Errichtung einer Kleingartenanlage an der Hundsbogenstraße, auf dem Gelände, das der LHM München gehört (Bebauungsplan 2.118)

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name:	Vorname:
Straße, Nr.:	
PLZ:	
Staatsangehörigkeit:	Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Errichtung einer Kleingartenanlage an der Münchberger Straße auf dem Gelände, das der Lh München gehört (Bauplan 2118)

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) oder Anfrage:

(Empty space for additional text)

Die Bürgerversammlung möge beschließen:

Die Lh München wird aufgefordert, auf dem Grundstück in ihrem Besitz an der Münchberger Straße (Bauplan 2118) eine Kleingartenanlage in Fortsetzung der bereits bestehenden nördlich der Bahnlinie der S 7 zu errichten, wie es die ursprüngliche Planung vorsieht.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften

- ohne Gegenstimme angenommen
- mit Mehrheit angenommen
- ohne Gegenstimme abgelehnt
- mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten 

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 20. 07. 2017

14

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Sicheren Zugang zur Kindertagesstätte Münchberberger Straße weiterhin gewährleisten

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Sicheren Zugang zur Kindertagesstätte Münchberger Straße weiterhin

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Siehe Anlage

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit angenommen

mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten 

Antrag:

Vorausgeschickt wird, dass ich als Antragsteller das Bauprojekt mit der Bebauungsplan Nr. 2118 Münchberger Straße, komplett ablehne.

Hilfswise fordere ich aber folgendes:

Neubau einer separaten Straße zur Erschließung des geplanten Wohngebietes, damit eine sichere Zufahrt zur Kindertagesstätte in der Münchberger Straße erhalten bleibt.

Problem ist, dass bei der derzeitigen Planung der sichere Weg von und zur Kindertagesstätte für fast 100 Kinder zukünftig nicht mehr gewährleistet ist.

Hintergrund:

Mit der Bebauung der Wiese hinter der Münchberger Straße sind die Münchberger Straße und die Oberzeller Straße zukünftig die einzigen Zufahrtswege für ca. 700 neue Anwohner.

D.h. der komplette Verkehr für diese 700 Anwohner erfolgt dann über eine Spielstraße, die Münchberger Straße, und eine Anliegerstraße, die Oberzeller Straße.

Die Ursache liegt darin, dass bei dem über 100 Mio. € geschätzten Bauvorhaben, keine separate Zufahrtsstraße für die neue Siedlung vorgesehen wurde.

Die Folge hiervon ist, dass der Verkehr durch die Münchberger und Oberzeller Straße extrem zunehmen wird.

Die neuen Anwohner können zwar verkehrsberuhigt wohnen, die jetzigen Anwohner müssen aber unter dem Durchgangsverkehr leiden.

Die Sicherheit der Eltern und Kinder, die die Münchberger Straße nutzen müssen, um ihre Kinder zur Kindertagesstätte zu bringen, und auch die der Eltern und Kinder, die in der Münchberger Straße wohnen, ist nicht mehr gewährleistet.

Die Münchberger Straße ist eine reine Spielstraße, sie ist schmal und ohne Gehwege und deshalb nicht dafür vorgesehen, als Durchgangsstraße für zusätzliche 700 Anwohner zu dienen.

Was kann getan werden?

Wenn schon nicht die weitere Versiegelung der Böden unserer Stadt und die Vernichtung einer weiteren Grünfläche im Fasangarten vermieden werden kann, so bietet sich doch eine Lösung des Problems an.

Der Stadt München gehört ein Streifen Land parallel zur Autobahn.

Dieses Land kann genutzt werden, um eine Straße neben bzw. parallel zur Autobahn zu errichten, durch die das Wohngebiet erschlossen wird.

Die eh schon stark belastete Balanstraße könnte damit ebenfalls entlastet werden.

Damit wäre nicht nur den potentiellen neuen Anwohnern gedient, die somit eine passable Zufahrtsstraße nutzen können, sondern auch den Eltern und Kindern der Kindertagesstätte.

Vielleicht haben Sie selbst Kinder oder Enkelkinder dort oder möchten sie zukünftig dort unterbringen?

Und vor allem möchten Sie dann ihre Kinder und Enkelkinder sicher hin und auch wieder sicher nach Hause bringen.

Deshalb stelle ich folgenden Antrag:

Sollte das geplante Bauprojekt mit der Bebauungsplan-Nr. 2118 umgesetzt werden, dann beantrage ich, dass zur Erschließung des geplanten Wohngebietes eine separate Straße gebaut wird, damit zum einen eine sichere Zufahrt zur Kindertagesstätte in der Münchberger Straße erhalten bleibt und zum anderen die Balanstraße nicht noch stärker belastet wird.

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

ANLAGE 17

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

KINDER, TIERE UND PFLANZEN BRAUCHEN LEBENSRAUM

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigelegter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlicher Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift: _____

Wohnen Sie im Stadtbezirk?
 Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?
 Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?
 Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?
 Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?
 Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?
 Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?
 Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

KINDER, TIELE UND PFLANZEN BRAUCHEN LEBENSRAUM

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) oder Anfrage:

SIEHE ANLAGE

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Das ist mein Antrag:

Kinder, Tiere und Pflanzen brauchen Lebensraum – keine Bebauung der Wiese hinter der Münchbergerstraße

Mein Name ist [REDACTED]. Ich bin 9 Jahre alt und wohne im Fasangarten. In unserem Wohnviertel gibt es zum Glück noch viel Grün: Gärten, Hecken und Wiesen mit tollen Blumen. Dort sind viele Tiere zu Hause: Eichhörnchen, Spechte, Meisen, Marder, Eidechsen, Kröten, Bienen und viele mehr.

Wenn wir Kinder ein Tier in Not finden, helfen wir ihm: eine Meise, die ans Fenster geflogen ist, haben wir zurück in die Hecke gesetzt. Für einen vom Auto angefahrenen Marder haben wir die Tierrettung gerufen. Ein Eichhörnchenbaby haben wir in die Auffangstation gebracht.

Damit die Tiere und Pflanzen auch in Zukunft einen Platz bei uns haben, müssen ihre Lebensräume, die Wiesen, Büsche und Bäume unbedingt erhalten bleiben. Außerdem darf nicht noch mehr Verkehr durch unsere kleinen Straßen fahren: Die Autos sind eine große Gefahr für die Tiere!

Für uns Kinder sind die Grünflächen auch sehr wichtig! Auf der Wiese suchen wir Pusteblumen und Löwenzahn für unsere Hasen, in den Büschen bauen wir uns Verstecke und überall finden wir tolle Schätze. Wir brauchen freie Flächen, auf denen wir spielen können, Verstecke, die die Erwachsenen nicht kennen und Plätze, an denen wir unsere eigenen Abenteuer erleben können. Es gibt in unserem Stadtviertel keinen einzigen Spielplatz, wo auch etwas größere Kinder spielen können.

Deshalb brauchen wir auch unsere Straßen: jetzt können wir noch überall Roller, Fahrrad oder Kettcar fahren, ohne Angst haben zu müssen, dass uns gleich ein Auto überfährt. Wir können Federball spielen oder mit Kreide auf der Straße malen. Wenn jeden Tag viele hundert Autos und Lastwagen durch unsere Straßen fahren und alles zuparken, ist dafür kein Platz mehr und es wird zu gefährlich für uns. Nicht einmal in der Spielstraße können wir noch in Ruhe spielen.

Die Erwachsenen sagen uns immer, wir sollen nicht so viel Fernsehen oder Computer spielen, sondern mehr nach draußen gehen. Wenn ihr uns aber alle Flächen zubaut oder mit Autos verstopft, können wir das ja gar nicht mehr.

Wenn wir morgens in die Schule gehen oder fahren wollen, wird es auch zu gefährlich für uns: der Gehweg an der Obernzellerstraße ist viel zu schmal, wenn dort viele Autos und Lastwagen fahren. Unsere Eltern werden Angst haben, dass uns etwas passiert und sie werden uns mit dem Auto zur Schule fahren oder müssen uns überall hinbegleiten. Dann sind die Straßen noch mehr verstopft und die Luft wird immer schlechter. Wir Kinder lernen nicht mehr, wie man allein zur Schule oder zu Freunden kommt.

Wir Kinder und alle Tiere und Pflanzen, die bei uns leben, brauchen Platz. Wir wollen nicht noch mehr große Häuser, die uns diesen Platz wegnehmen und keine Autos, die durch unsere Straßen rasen und alles zuparken.

Ich stelle deshalb den Antrag, die Wiese hinter der Münchbergerstraße nicht mit den großen Häusern zu bebauen.

Wenn ihr etwas bauen möchtet, baut einen Park für unsere Eltern und die alten Leute und einen schönen großen Spielplatz für uns Kinder. Und lasst die Büsche, die Bäume und einen großen Teil der Wiese mit den Wildblumen für die Tiere stehen.

Bürgerversammlung des . Stadtbezirkes am . . 2018

273

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Vorlage eines der Planung entsprechendem Verkehrsgutachten

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname: Straße, Nr.: PLZ: Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail
(freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift 

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Vorlage eines der Planung entsprechendem Verkehrsgutachten

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Ich beantrage die Vorlage eines der aktuellen Planung entsprechendem Verkehrs- und Emissionsgutachten mit Berücksichtigung der offenen Kompostieranlage .

Das mir vorgelegte Gutachten geht von 180 WE aus.

Da die 220 WE das von 180 WE ausgehende Verkehrsgutachten um 22 % überschreitet wurde in einem Ergänzungsblatt zum Verkehrsgutachten einfach auf 220 WE hochgerechnet.

Dabei wurden einige nicht zu vernachlässigende Zahlen nicht berücksichtigt.

Es fehlen:

- der sich einstellende Parkplatzsuchverkehr, da das vorgelegte Gutachten von einer Straßenführung (Ringstraße oder zwei Stichstraßen) auf dem Neubaugebiet ausgeht.
Diese Ring- bzw. Stichstraßen sind in der jetzigen Planung nicht vorhanden.
- der Verkehr zu der nicht näher definierten öffentlichen Einrichtung an der nördlichen Münchberger Straße
- der, nach der Aufwertung zur durchgängigen Befahrbarkeit der verkehrsberuhigten Zone südliche Münchberger Straße, wieder einsetzende Schleichverkehr zur Umgehung der Ampelanlage Fasangarten-/Balanstraße. wie vor der Widmung als „Spielstraße“. Nach diesem Verkehrsgutachten wird die verkehrsberuhigte Zone zu einer durchgängig befahrbaren Straße aufgewertet, unbeachtet, dass in diesem Straßenabschnitt eine Kinderbetreuungsstätte errichtet wurde.

Somit kann das Gutachten das von einer anderen Straßenführung ausgeht nicht verwendet werden. Es konnte kein der geplanten Bebauung entsprechendes Verkehrs- und Emissionsgutachten vorgelegt werden.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Bürgereinwände zum Bebauungsplanes 2118 bearbeiten.

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Ich beantrage die Genehmigung der Änderung des Bebauungsplanes 2118 durch den Stadtrat bis zur Bearbeitung und Verbescheidung der Bürgereinwände zurück zu stellen.

In der Bürgerversammlung 2017 wurde den Anträgen zur Änderung des Bebauungsplanes zum Neubaugebiet an der Münchberger Strasse zugestimmt und zur Behandlung im Stadtrat eingereicht. Die Empfehlungen der Bürgerversammlungen müssen innerhalb einer Frist von drei Monaten vom Gemeinderat behandelt werden. Wie sieht das Ergebnis dieser Behandlung aus?

Die von der Planung betroffenen Bürger wurden durch dem privaten Bauträger, der am 30. März 2017 als ersten Schritt einer Bürgerbeteiligung, zu einem Informationsabend eingeladen.

In dem ausgehändigten Informationsblatt stand u.a., das der private Grundstückseigentümer und die Landeshauptstadt München im Planungsgebiet beabsichtigen Wohnungen zu bauen. Damit ist auch die Landeshauptstadt München Bauherr.

Es kann nicht sein, dass die Landeshauptstadt als Bauherr dem Bürgerbeteiligungsverfahren nur beiwohnt und die Einladung und Durchführung einem privaten Bauträger überlässt.

In der von der abgehaltenen Informationsveranstaltung wurden ausschließlich die Interessen der , vertreten und Gegendarstellungen mit unglaublichen Behauptungen vom Tisch gewischt. Das müssen die anwesenden Vertreter des Bezirksausschusses bestätigen können. So wurde z.B.

dargelegt, dass die verkehrsberuhigte Zone, bei uns Spielstraße genannt, nur zu 20 % ausgelastet ist und bei 100 % Auslastung den zukünftigen Verkehr für 220 Wohnungen leicht aufnehmen kann.

Die verkehrsberuhigte Zone taugt aber als Zufahrt nicht.

Damit muß der gesamte Zufahrtsverkehr zum Planungsgebiet auf einer Strecke von 200 Metern ausschließlich über die 5 Meter breite Oberzeller Straße abgewickelt werden. Stellen Sie sich bitte den Verkehr bei einer nur einseitigen Beparkung mit Gegenverkehr bei den eingeschränkten Ausweichmöglichkeiten vor. Auch der im Siedlungs- und Baugebiet üblichen Bebauung wird mit den fünfstöckigen Gebäuden in keiner Weise entsprochen.

Die betroffenen Bürger hatten, so wurde es uns dargelegt, ein Monat Zeit zu dieser Änderung des Flächennutzungsplanes Stellung zu nehmen, sonst hätte man weitere Einspruchsmöglichkeiten verwirkt. Diese Möglichkeit wurde von vielen Betroffenen genutzt.

Bislang steht ein Ergebnis der Bearbeitung, auch nach in der vorjährigen Bürgerversammlung verlangten Behandlung durch den Stadtrat, nach über einem Jahr immer noch aus.

Ich will aber über getroffenen Vereinbarungen informiert werden. Nur dann kann ich mich beteiligen.

Es muß wohl schon Zusagen geben, sonst könnten diese Wohnungen nicht bereits im Oktober 2017 auf der expo real bzw. auf der 20. Internationalen Fachmesse für Immobilien vorgestellt worden sein. Erst nach Bearbeitung der Bürgereinwände darf der Stadtrat entscheiden.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Sie oder der von Ihnen bestellte Vertreter als Leiter dieser Bürgerversammlung müssen die Verwaltung beauftragen die Bürgerbeteiligung selbst in die Hand zu nehmen und zeitgerecht informieren und vor einer Verabschiedung des Bebauungsplan Nr.2118 durch den Stadtrat, den Betroffenen ermöglichen, sich auch weiterhin zu beteiligen.

Bitte veranlassen Sie sofort uns Betroffene zeitnah zu informieren.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 28. 06. 2018

219

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Zufahrten für Notdienste im Planungsgebiet Münchberger Straße sichern

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift 

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Zufahrten für Notdienste im Planungsgebiet Münchberger Straße sichern

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) oder Anfrage:

Ich beantrage im Planungsgebiet weitere Zufahrtsstraßen zu schaffen

Das Planungsgebiet ist ausschließlich über die Obernzeller Straße zu erreichen. Die O.-Straße ist eine Siedlungsstraße mit einer Breite von 5 Metern. Bei der üblichen Bepflanzung bleibt eine Reststraßenbreite von 2.50 bis im bestem Fall drei Meter. Über diese Straße müssen auf einer Strecke von über 200 Metern neben der normalen Verkehrsbelastung durch die bisherigen knapp 500 Bewohner auch Liefer- und Werkstattdienste und auch Notdienste für 220 zusätzlichen Wohnungen mit dann um die 1.000 Bewohner Hilfen sicherstellen. Das kann so nicht geleistet werden.

Das mir beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung vorgelegte Verkehrsgutachten ging von Verkehrsflächen auf dem Planungsgebiet und von „nur“ 180 zu erschließenden Wohnungen aus. Die jetzt veröffentlichte Planung sieht aber keine Verkehrsflächen und 220 Wohnung vor.

Für die Bebauung mit 220 Wohnungen, mit dann **keinen** neu geschaffenen Zufahrten und Verkehrsflächen, wurde dieses Gutachten in der mir auch vorgelegten Ergänzung einfach auf eine Verkehrsbelastung für 220 Wohnungen hochgerechnet. Damit liegt für diese Bebauung kein Verkehrsgutachten vor. Die Aussage, daß über die verkehrsberuhigte Zone der Münchberger Straße eine weitere Zufahrt besteht ist aus 2 Gründen unzutreffend, weil auch die Münchberger Straße zum Erreichen des Areal die O.-Straße nutzt/quert und die Münchberger Str. durch die Bepflanzung und durch die beabsichtigten ungeordneten Parkflächen für Notdienstfahrzeuge nicht durchgängig genutzt werden kann.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten

Bürgerversammlung des . Stadtbezirkes am

22 A

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Gründe für eine mögliche Genehmigung des Bebauungsplanes 2118 darlegen

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift /

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Gründe für eine mögliche Genehmigung des Bebauungsplanes 2118 darlegen

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Ich beantrage über die Gründe der Nichtbebaubarkeit durch die Vorbesitzer und die geänderten Gründe der jetzigen absehbaren Genehmigung zur Bebauung des Areales an der Münchberger Straße Auskunft zu geben.

Es ist für die Anwohner an dem Planungsgebiet Münchberger Straße nicht nachvollziehbar warum die Überlegungen bzw. Anfragen des Vorbesitzers nicht genehmigungsfähig waren und nach dem Verkauf des Areales für die in der Stadt München in vielen Projekten beteiligte Investorengruppe eine Baugenehmigung zu erwarten ist.

Soziale Gründe zur Schaffung von Wohnraum für Münchner können es nicht sein, wenn seit Okt. 2017 auf Immobilienmessen die

() in Carnes auch am Stand der Landeshauptstadt München, () das Bauvorhaben bewirbt und dafür finanzkräftige internationale Käufer sucht.

Die Wohnungsnot wird durch vom Stadtrat abgesetzte Maßnahmen wie z.B. der Errichtung eines 30.000 qm Bürokomplexes ohne Wohnungen auf dem ehem. MAHAG-Gelände in der Maxvorstadt ja deutlich angeschürt. Hier werden wohl Neu-Münchner arbeiten und dann in München, vielleicht an der Münchberger Straße, wohnen müssen.

Raum für Vermerke des Direktors – bitte nicht beschriften

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten

ANLAGE 22

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 28. 06. 2018

228

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Beschränkung der Geschoßflächen im Planungsgebiet Münchberger Straße

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Personliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Beschränkung der Geschosflächen im Planungsgebiet Münchberger Straße

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "Ich stimme zu" oder "Ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) oder Anfrage:

Ich beantrage die Geschosflächen im Planungsgebiet Münchberger Straße auf E + 1 + Dachgeschoß zu beschränken.

Die städtebaulich notwendige Erhaltung des Gartenstadtcharakters der Siedlung zwischen Balanstraße-Autobahn A8 und Eisenbahn-Fasangartenstraße steht der Errichtung von fünfstöckigen Häusern und Wohnblocks im Siedlungsgebiet entgegen.

Durch den drei parallel zur Autobahn A8 geplanten fünfgeschossigen „Bauriegeln“, dem Block entlang der Eisenbahn, ebenfalls fünf Stockwerke, und den sieben freistehenden Baukörpern (fünf Stockwerke), wird der Grünzug zur Stadt und die Durchlüftung des Wohngebietes zwischen Balanstraße im Westen, Autobahn A8 im Osten, Eisenbahn im Norden und der Fasangartenstraße im Süden total abgeblockt. Dadurch wird eine nicht hinnehmbare Situation für die bisherigen und evtl. Neubewohner geschaffen.

Die Abblockung des Grünzuges steht auch in deutlichem Gegensatz zur damaligen Ablehnung der Errichtung eines Brauereigeländes an der Fasangartenstraße.

Diese fünfstöckigen Häuser werden bereits seit Okt. 2017 auf Immobilienmessen beworben. Dabei wird aber auch diskret die Belastung durch die Autobahn und die offene Kompostieranlage verschwiegen. Diese Kompostieranlage wird dann bereits in naher Zukunft so nahe an einer Wohnbebauung geschlossen und verlegt werden müssen. Sollten hier von der Landeshauptstadt München bereits Zusagen für Wohnungen im fünften Stock mit unverbauter Fernsicht auf die Alpen bestehen, müssen diese bis zu einer endgültigen Verabschiedung durch den Stadtrat zurückgenommen werden.

Raum für Vermerke des Direktors – bitte nicht beschreiben

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Bürgerversammlung des 17 Stadtbezirkes am 28 06 2017

22c

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Straßen auf dem Planungsareal Münchberger Straße errichten.

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):Straßen auf dem Planungsareal Münchberger Straße errichten**Antrag** (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage**:**Ich beantrage auf dem Planungsareal Verkehrsflächen/Straßen einzuplanen.**

Der mir im Referat für Stadtplanung und Bauordnung vorgelegte Planungsentwurf zur Änderung des Bebauungsplanes sieht keine Verkehrsflächen auf dem für 220 Wohnungen beplantem Areal vor. Im Ausschreibungsverfahren abgelehnte Entwürfe von Mitbewerbern sahen auf dem geplanten Baugebiet auch Straßen vor.

Ohne Straßen auf dem Planungsareal wäre die Verkehrserschließung und damit auch die nötigen Straßenparkflächen ausschließlich von den vorhandenen Siedlungsstraßen zu tragen. Das kann so nicht geleistet werden.

Die Siedlungsstraßen sind fünf Meter breit. Damit bleiben bei dichter, durchgehender Beparkung nur gut 2,50 Meter für den fließenden Verkehr. Das wird sich bei Parkplatznot noch verringern, wenn auf beiden Seiten, dann unter Mitbenutzung der Gehwege, geparkt wird. Die Polizei verfolgt oder ahndet so etwas nicht.

Das Befahren von Notdiensten, Polizei-, Feuerwehr-, Kranken- und sonstigen Hilfs- und Einsatzfahrzeugen wäre hier nur mit großen Behinderungen bei Hilfeinsätzen möglich. Die Sicherheit der Bewohner des gesamten Areals ist damit nicht mehr zu gewährleisten.

Ein Stellplatz pro Wohneinheit (60 qm) und ein Besucherparkplatz für sechs Wohneinheiten sind zu wenig.

Bei der Berechnung der nötigen Parkplätze wird noch mit Zahlen aus der Reichsgaragenordnung vom 1939 gearbeitet. Pro Wohneinheit war bereits damals, wie heute noch verlangt wird, ein Stellplatz bereitzuhalten. Hier, am Stadtrand, müssen Wochen-Einkäufe mit einem Auto erledigt werden, da die nächste Möglichkeit nur nach einem fünfzehn minütigem Fußmarsch erreicht werden kann. Es ist nicht unüblich und sehr realistisch daß von einer Familie zwei Fahrzeuge und gelegentlich auch noch Freizeitmobile abgestellt werden. Dazu kommen noch Dienstfahrzeuge und Werkstattwagen von dann evtl. ansässigen Kleingewerbetreibenden. Das können die vorhandenen Siedlungs-Straßen nicht aufnehmen. Durch die Verknappung von Parkraum die Beschaffung von Fahrzeugen einzudämmen führt, wie in Riem bei den „Autofreien“ Wohnungen zu sehen, zu einem Parkchaos in der Umgebung. Es ist auch ein volkswirtschaftliches Eigentor auf diese Art den Erwerb eines Kraftfahrzeuges zu behindern da in Deutschland die Automobilindustrie ein Wohlstandsschlüssel ist.

Raum für Vermerke des Direktoriums – bitte nicht beschriften

 ohne Gegenstimme angenommen mit Mehrheit angenommen ohne Gegenstimme abgelehnt mit Mehrheit abgelehntTextfeld für Kontaktdaten 

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 28. 06. 2018

220

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

ECHTE KÜBHERTEILIGUNG ZUM JV MÜNCHNERER STA.

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: DEUTSCH Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 - bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

ECHTE BÜRGER BETEILIGUNG ZUM ZUMMENSCHREIBEN

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) oder Anfrage:

ZUSAMMEN FÜR DEN NUR ANFORDERUNGSSTÄNDIGEN
STATT.
ANFORDERUNGEN UND ANFRAGEN WURDEN SEIT
EINEM JAHR NICHT BEARBEITET ?
ICH BEWÜNSCHE EINE ECHTE
BÜRGER BETEILIGUNG Z.B. MIT EINEM
AUSFÜHRLICHEN TERMIN MIT DEN
ZUSTÄNDIGEN MITARBEITERN / FÜR. GEMEINEN
DER BEARBEITENDEN REFERATE.

Raum für Vermerke des Direktörums - bitte nicht beschriften -

- ohne Gegenstimme angenommen
- ohne Gegenstimme abgelehnt
- mit Mehrheit angenommen
- mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten 

Bürgerversammlung des Stadtbezirkes am 2018

22E

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Klärung der Verkehrssituation bei Bauprojekt Münchberger Str.

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigelegter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlicher Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift _____

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen stattdessen als befristeter Antrag an die Bürger-Servicehotline (089 2363-1) oder durch eine andere Behörde/Weniger zeitlich weitausreichendere Anträge eingereicht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zum Wortmeldebogen, sondern lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihre Anfrage mit dem Namen Ihres Namens verlesen?

Anlagen?

Wenn Sie einen Antrag, bitten, Ihren Antrag mit der Anfrage mitbringen haben, legen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitsprache in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich aber nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Klärung der Verkehrssituation bei Bauprojekt Münchberger Str.

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "Ich stimme zu" oder "Ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Ich beantrage die Überprüfung der Verkehrssituation, die sich durch das Neubauprojekt in der Münchberger Straße ergibt. Die Prüfung soll durch eine neutrale Stelle erfolgen.

Die sich abzeichnende Planung der verkehrstechnischen und sonstigen infrastrukturellen Anbindung ausschließlich über die Münchberger Straße und Obemzeller Straße möge zugunsten einer entlang der Autobahn A8 bis zur Fasangartenstraße anzulegenden Zufahrt zu dem Neubaugebiet hin geändert werden. Schließlich ist die Münchberger Straße seit langen Jahren verkehrsberuhigt, nach den bisher bekannten Überlegungen soll dieser Zustand mit einem Federstrich ersatzlos aufgehoben werden. Auch die erst kürzlich eröffneten zwei Städtischen Kindergärten würden von einer Anbindung über die Münchberger Straße erheblichen Beeinträchtigungen ausgesetzt sein

Raum für Vermerk des Direktors (Bitte nicht bestimmen)



ohne Gegenstimme angenommen



mit Mehrheit angenommen



ohne Gegenstimme abgelehnt



mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten 

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 28. 06. 2018

23

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Neubaugebiet an der Münchberger Straße (3)

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen Bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 28. 06. 2018

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Neubaugelbiet an der Münchberger Straße

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) oder Anfrage:

Zum Bauvorhaben Münchberger Straße wurden vor über einem Jahr mehr als 200 Einwendungen von betroffenen Bürgern gemacht. Bis heute ist keine davon beantwortet.

Die Kapazitäten der Infrastruktur sind völlig unzureichend, um weitere 200 bis 300 Wohneinheiten aufzunehmen, was mehr als einer Verdopplung gleichkommt.

Die Breite der Anwohnerstraßen und der Gehwege ist zu gering, die Aufnahmefähigkeit des Kanalnetzes, wie auch der Schulen vor Ort ebenfalls.

Trotzdem werden offenbar Planungen am Rand der Legalität weitergeführt; wie anders soll das Anbieten des Projektes durch die LH München gemeinsam mit den Investoren auf internationalen Immobilienmessen verstanden werden.

Ich beantrage, dass der interessierten Öffentlichkeit zunächst eine Planung zur vollständigen Erschließung des neuen Baugebietes über die Fasangartenstraße im Süden vorgelegt wird. Sollte das nicht möglich sein, bzw. auch bis dahin, muss auf die weitere Fortführung des Projektes verzichtet werden.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten

Bürgerversammlung des 12. Stadtbezirkes am 28. 06. 2018

24

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Abswankerkantale Mündberger Str.

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: *dt* Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?
Bitte klären Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine andere Behörde oder getätigte, z. B. schriftliche und kostengünstigere, Anträge, erledigt werden kann.

Persönliche Wortmeldung?
Wichtig: Sie sind nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages/ Ihrer Anfrage unter Verbleib Ihres Namens erfolgen.

Anlagen?
Wenn Sie einen Antrag zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitbringen, haben Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?
Das Recht auf Mitbestimmung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich durch einen rechtlich Vertretenden lassen.

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Abwasserkanal Mühlberger Str.

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder** Anfrage:

(wurde schriftlich eingereicht)
s. Anlage

Raum für Verträge des Direktors – bitte nicht beschreiben

<input type="checkbox"/> ohne Gegenstimme angenommen	<input checked="" type="checkbox"/> mit Mehrheit angenommen
<input type="checkbox"/> ohne Gegenstimme abgelehnt	<input type="checkbox"/> mit Mehrheit abgelehnt



An den
Bezirksausschuss des 17. Stadtbezirks
der Lh München
Friedenstraße 40

81660 München

Betrifft: Bauvorhaben der Lh München, Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2118
an der Münchberger Straße

Antrag an die Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirks am 28.06.2018

Die Bürgerversammlung möge beschließen:

Die Lh München – Bau- und Planungsreferat wird aufgefordert, vor einer Weiterverfolgung der Planungsarbeiten am o.g. Objekt ein Gutachten von einem neutralen, nicht der Stadtverwaltung angehörenden oder dieser verpflichteten Gutachter erstellen zu lassen, das klärt, ob das vorhandene Abwassernetz im Siedlungsgebiet zwischen S7 - Autobahn A8 – Fasangartenstraße – Balanstraße, ausreicht, um die zu erwartenden Abwassermengen bei einer Verdoppelung der Bewohnerzahl nach vorhandener Planung aufzunehmen.

Begründung: Es muss vor den ersten Baumaßnahmen sichergestellt sein, dass das vorhandene Abwassernetz ausreicht. Sollte dies nicht der Fall sein, müsste die Lh München im Nachhinein alle Straßen aufreißen und neue Leitungen mit größerer Aufnahmekapazität verlegen. Die Ummenge an Kosten für die Stadt und die Beeinträchtigung der Bewohner in diesem Fall brauchen (und können) hier nicht dargestellt werden.

Bürgerversammlung des . Stadtbezirkes am . . **Betreff** (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):**Antrag** (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Die Planung, aus der Obernzeller Str. und Münchberger Str. Zufahrtsstraßen zu machen, ist undiskutabel.

Die Obernzeller Str. wie auch die Kronacher Str. sind reine Anliegerstraßen und nicht für mehr Verkehrsaufkommen geeignet. Die Obernzeller Str. ist jetzt schon nur einspurig befahrbar durch parkende Fahrzeuge der Anwohner. Ab der Münchberger Str. ist die Obernzeller Str. noch schmaler und ohne Gehsteige.

Die Münchberger Straße ist ab der Obernzeller Str. eine reine Spielstraße in der u.a. auch ein Kindergarten ist. Außerdem gibt es dort auch keine Gehsteige, wodurch die Straße noch schmaler würde.

Bei beiden Straßen würden weder Müllfahrzeuge noch Feuerwehr etc. ohne große Probleme durchfahren können.

Ich beantrage daher die Münchberger Str. und die Obernzeller Str. als Zufahrtsstraßen zu dem Bauprojekt komplett aus Ihrer Planung zu streichen.

Es bestehen sicher Möglichkeiten über die Fasangartenstraße oder entlang der Autobahn zu planen.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

 ohne Gegenstimme angenommen mit Mehrheit angenommen ohne Gegenstimme abgelehnt mit Mehrheit abgelehntTextfeld für Kontaktdaten 

ANLAGE 29

Bürgerversammlung des 19. Stadtbezirkes am 28. 06. 2018

20

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag selbst vortragen / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Erneute Stadtratsabstimmung über Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 2118

Als Gewerkschaftsmitglied, ohne Wahlberechtigung

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: deutsch Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlicher Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

bei Bild 1, abfotografiertes Zeitungsausschnitt, bin ich mit nicht sicher, wie die Rechtslage ist

Unterschrift: _____

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages/Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag/Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihre Anlagen

Bürgerversammlung des , Stadtbezirkes am

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) oder Anfrage:

siehe Anhang

Raum für Vermerke des Direktoriums – bitte nicht beschriften

<input type="checkbox"/> ohne Gegenstimme angenommen	<input checked="" type="checkbox"/> mit Mehrheit angenommen
<input type="checkbox"/> ohne Gegenstimme abgelehnt	<input type="checkbox"/> mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten 

Bürgerantrag:

Erneute Abstimmung des Stadtrats über Änderung des Flächennutzungsplans mit integrierter Landschaftsplanung und Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2118 (vom 21.09.2016, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06867)

Bitte als Gewissensentscheidung, ohne Fraktionszwang.

Im letzten Jahr hatte ich den Stadtrat aufgefordert darüber nachzudenken, ob die über 100 m lange, 10m hohe Lärmschutzwand nicht den Luftaustausch mit dem Grünzug Gleißental/Hachinger Tal stört und zu Klimaveränderungen (Stadterwärmung) führt.

Foto 1 Lärmschutzwand Engelschalking,
so ähnlich könnte das aussehen

Da noch keine erneute Abstimmung stattgefunden hat, möchte ich noch ein paar weitere Denkanstöße liefern.

Auf Seite 14 der Beschlußvorlage steht:

„Es soll ein kinder und familiengerechtes Wohnquartier entstehen.“ - Falsch!
Mit der geplanten Wohnbebauung möchte man ein bestehendes familiengerechtes Wohnquartier mit Dorfcharakter, durch den schlagartigen Massenzuzug unsteter Mieter in eine anonyme Schlafstadt verwandeln. Mit all den Problemen, die die Anonymität der Masse so mit sich bringt.

Zitat Beschlußvorlage:

„Im Sinne des Gender Mainstreaming sollte deshalb der Freibereich eine angstfreie Benutzung für Frauen, Kinder, Jugendliche und ältere Mitmenschen in einer hohen Aufenthaltsqualität erreicht werden, insbesondere durch die Schaffung gut einsehbarer und belebter öffentlicher Bereiche und Wege sowie durch Sichtverbindungen dorthin und zu Orientierungspunkten.“

Im Moment muss sich noch niemand fürchten, wenn er alleine durch die Münchberger Straße wandelt. - Das kommt erst mit der geplanten Bebauung.

Zuvor (Seite 4) wird zum Thema Erholung, Grünvernetzung bemängelt:

„Derzeit gibt es außer der Möglichkeit des Spazierengehens keine Freizeitangebote.“

Für die hier teils seit Jahrzehnten ansässigen Eigenheimbesitzer und ihre Kinder gehört genau das zur Lebensqualität, die nun verschwinden soll.

Bürgerantrag

28.06.2018

Hier ein paar Fotos von unserem Naherholungsgebiet: (Fotos im Anhang)

Foto 2 und 3 Trampelpfad

Foto 4 Wäldchen

Foto 5 Weg entlang der Autobahn

Foto 6 Das Industriegebäude ist die überdimensionierte Kita von 2016

Hier wird im kleinen schon vorweggenommen, was im großen Stil 100m weiter droht.

Foto 7 und 8 Kahle Betonwände, mit Guckloch

Foto 9 Warum man die Bewegungsfreiheit der Kinder mit einem breiten Grünstreifen einschränkt, weiss ich nicht.

Foto 10 Der schönere Rasenstreifen liegt eh hinter der Kita

Hinter dem Kitagelände beginnt ein Trampelpfad, für Spaziergänger und freilaufende Kinder. Die gibt es hier nämlich noch und die können sich noch selbst bespaßen und das ist gut so.

Foto 11 und 12

Wer soll denn da noch entlanglaufen, wenn die neue Stadtmauer von Herrn Reiter erst steht.

Herr Oberbürgermeister, möchten Sie für immer mit der „Münchner Mauer“ in Verbindung gebracht werden?

Einer Mauer, die die Frischluft aussperrt, den unkontrollierten Zuzug fördert und von gierigen Anlegern und dem Steuerzahler bezahlt werden soll.

Einer bewohnten Lärmschutzmauer, wie ich am Dienstag erfahren habe. Das werden dann vermutlich die öffentlich geförderten Wohnungen sein. Fenster nur nach Südwest; vermutlich keine Rollos oder sonstiger Sonnenschutz, sind ja nur Sozialwohnungen. Sonne pur und keine Möglichkeit zum Durchlüften.

Das nennt sich dann „Sozialgerechte Bodennutzung“.

Wer von Ihnen möchte so wohnen?

Wissen die armen Menschen, die in die östliche Stadtmauer umgesiedelt werden sollen schon von ihrem Schicksal?

Und woher kommen die Mieter für die vorgelagerten Wohntürme?

Aus der Münchner Innenstadt?

Und wer zieht dann in deren Innenstadtwohnungen?

Der Architekt [REDACTED] wirbt auch noch ganz schamlos mit seiner perfiden Idee, dabei ist sein Büro noch nicht einmal in der Lage maßstabsgetreue Modelle oder Zeichnungen anzufertigen. - Da sind Baufehler dann schon vorprogrammiert.

Herr [REDACTED] das ist keine „markante, differenzierte Raumkante nach Osten“ sondern ein Skandal!

(Wenn man am Greifenberger Schloss, am Ammersee residiert kommt man offenbar auf solche Gedanken.)

Die Anwohner am McGraw-Graben warten seit Jahren vergeblich auf einen Lärmschutz. - Jetzt ist klar, sie sind der Lärmschutz und finanzieren ihn mit ihren Mieten auch noch selber.

Wofür verwendet die Stadt eigentlich die Rekorderlöse aus der Grunderwerbsteuer?

12 Mrd. € Umsatz beim Betongold in München ergibt bei 3,5 % Grunderwerbsteuer ca. 420 Mio. € Einnahmen in 2017, wenn denn alle gezahlt haben.

(Die Daten bzgl. des Umsatzes habe ich aus einer Tabelle des „münchener Immobilien marktbericht“ der Fa. Aigner Immobilien. Dieser Prospekt war als Beilage in einer Zeitung oder Wurfesendung, das weiß ich nicht mehr genau. Die Grunderwerbsteuer ist errechnet.)

Um Anlegern den Kauf von menschenverachtenden, völlig überbewerteten „Sozial“-Wohnung zu versüßen?

Diese Wohnungen kann man doch nur auswärtigen Anlegern andrehen, die die Gegebenheiten hier nicht kennen und sich nicht selber davon überzeugen können. Denen ist dann auch egal wer da ein- und auszieht, hauptsache zum Bestpreis vermietet. -

In den Werbeprospekten werden A8 und S-Bahn gekonnt ausgeblendet. Kombiniert mit der falschen Darstellung der Größenverhältnisse riecht das sehr nach Anlegerbetrug.

Und der Stadtrat ist behilflich.

Für die Geschäftsinteressen der Herren [REDACTED] und für [REDACTED] Immobilien wird der Bebauungsplan geändert und das Fernstraßengesetz großzügig ausgelegt.

Wenn in 1-2 Jahren die Immobilienblase platzt stehen wir da mit dem Rohbau der Schandmauer und einer Baugrube für die Tiefgarage.

Und die Steuerzahler dürfen die Bank retten, die es finanziert hat.

Bürgerantrag

28.06.2018

München wird zugebaut für die Interessen von auswertigen Investoren, die ihr Geld in Betongold parken möchten. - Nicht für günstigere Mieten. - Im Gegenteil. Die Eigentumsquote der Münchner soll weiter sinken. Aber das wissen Sie ja bereits, Sie arbeiten schließlich hart daran.

Nun tun Sie einmal etwas gegen den Flächenfraß und verwandeln Sie geplantes Bauland wieder in wertvolles Brachland.

Übrigens: Die Wohnungen werden nie reichen, denn bei jeder Scheidung entsteht wieder Bedarf für eine 2-Zimmerwohnung für den Ausziehenden. So schnell wie die Leute sich scheiden lassen, kann man gar nicht bauen. Da brauch man gar keinen Zuzug.

ANLAGE 30

Bürgerversammlung des . Stadtbezirkes am . . 2018

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag selbst vortragen / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Neubaugelbiet Münchberger Strasse: "Smart City Quartier"

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen unseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift _____

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Neubaugelbiet Münchberger Strasse: "Smart City Quartier"

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Antrag auf Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung (wirksame Entscheidungsrechte, echte Mitsprache) zum Thema "Smart City München"

Ich beantrage, dass die Stadt München einen echten wie ehrlichen Dialog zwischen Bürgerschaft, Stadtverwaltung und Kommunalpolitik für eine neue Bürgerbeteiligungskultur zum Thema "Smart-City" in Bezug auf das geplante Neubaugelbiet "Münchberger Str." führt, aufhört, uns vor vollendete Tatsachen zu stellen und uns vollständig zu diesem Thema informiert.

Es wird nicht erwähnt, dass das Neubaugelbiet auf den neusten technischen Stand errichtet wird, mit all den damit verbundenen negativen Folgen für den ganzen Fasengarten. Dies stellt m.E. ohne Bürgerinformation einen erheblichen Verfahrensfehler im Rahmen einer Bürgerbeteiligung dar.

Die derzeitige Stadtpolitik der LHM lässt sich am Beispiel des von der EU finanzierten Smart City-Projekts "Smarter Together" deutlich aufzeigen.

Weitere Ausführungen gemäß Anlage

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Anlage zum BA 17-Antrag

Bürgerinformation/-beteiligung zum Thema „Smart City Quartier“ Fasangarten/Münchberger Str.

Auf dem Treffen mit der CSU-Fraktion im Münchner Rathaus am 21. Juni 2018 konfrontierten wir Ex-Stadtrat [REDACTED] damit, dass er und [REDACTED] sowie zwei Vertreter der SPD den Antrag des Stadtrats auf Teilnahme am EU-Projekt „Smarter Together“ 2015 unterzeichnet haben. Komisch nur, dass sich bei diesem brisanten Projekt alle Fraktionen einig sind. Herr [REDACTED] hat sich dazu nicht geäußert.

Was muten Herr [REDACTED] etc uns und zukünftigen Generationen damit zu?

Was bedeutet die in 2016 beschlossene Teilnahme der Stadt München am EU-Projekt „Smarter Together“ für uns ganz konkret?

Das bedeutet, dass anlässlich des (umstrittenen) Bauvorhabens Fasangarten/Münchberger Str auch der Fasangarten alle Vorgaben für ein „Smart City Quartier“ erfüllen muss.

Im Klartext heißt das, dass im Fasangarten bald smarte Technologien eines totalitären Polizei- und Überwachungsstaats a la George Orwell „1984“ und Huxleys „Brave New World“ eingeführt werden. Die Stadt München erhält die mit der Teilnahme verbundenen Mio Zuschüsse der EU nur, wenn sie deren smarte Auflagen erfüllt (einschließlich der 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030), was per Dashboard überwacht wird! „Smarter Together“ wiederum ist ein Teilprojekt des Großprojekts „Horizon 2020“, das größte EU-Projekt aller Zeiten mit einem Budget von 14 Milliarden und einer Laufzeit von 10 Jahren, welches in ganz Europa zeitgleich umgesetzt wird.

Was sind das für smarte Technologien im Rahmen von „Smarter Together“?

- **Intelligente Lichtmasten**, welche mit Sensoren (auch Video-Sensoren, also Überwachungskameras) bestückt sind, die nicht nur das Verkehrsgeschehen erfassen, sondern auch Bürgerverhalten auf Straßenzügen oder vor der Haustüre
- **Mobilitätsstationen** mit E-Bikes, E-Fahrzeugen, Rikschas, Pedelecs, die mit RFID-Chips versehen sind, welche Bewegungsprofile des Benutzers speichern, sprich nachvollziehen, wo der/die Fahrer(in) genau war und wie lange
- **Smarte Quartiers-Card**, über die der Zugang zum Quartier bzw zur eigenen Wohnung im Quartier erst möglich wird. Wie auf dem Werksgelände eines Unternehmens müssen die Bürger(innen) sich authentifizieren, müssen Schranken und Pfortnerroboter passieren. Jederzeit kann ihnen von der Stadt München der Eintritt verwehrt werden
- **Integrationszentren**: Ein Quartiersmanager soll sich um die Belange der Bewohner(Innen) kümmern. erinnert dies nicht an den Blockwart aus längst vergangenen wie überwunden geglaubten Zeiten?
- **Quartiersboxen** oder Anlieferungsstellen, wo der Warenaustausch stattfinden soll, weil die Zusteller nicht mehr mit dem Lieferwagen zum Kunden fahren dürfen. Überhaupt wird ein allgemeines Fahrverbot für Benzin-basierte Fahrzeuge herrschen, der Bürger soll nur noch den ÖPNV nutzen
- **„New Work“**: Wohn- und Arbeitsraum, privater und öffentlicher Raum unterscheiden sich kaum noch, so dass bei den Münchner Arbeitsnomaden ständige Erreichbarkeit

- und Anbindung an den ÖPNV im Vordergrund stehen werden. Das heißt auch Abschaffung von Privatsphäre
- Es gibt einen „Lifeguide“ für eine „nachhaltige“ Lebensweise. Suffizienz statt Besitztum, Dämonisierung des westlichen Lebensstils, Verklärung und Glorifizierung einer spartanischen „von der Hand in den Mund“- Lebensweise a la „Dritte-Welt-Land“
 - „Nachhaltige“ Bauweise: Seit einigen Jahren werden Bestandsimmobilien oder Neubauten nach den Normen der „Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen“ gebaut. Es gibt Kriterienkataloge, die das Referat für Stadtplanung und Bauordnung genau kennt, z.B. werden Klimaanlage/Lüftung/Heizung/Ressourcenverbrauch voreingestellt, minimalistische Räumlichkeiten, Nachverdichtung und Aufstockung sind Pflicht, Vermischung der Kulturen und Schichten gegen Gentrifizierung ein Pluspunkt. Mit anderen Worten wird nicht nach individuellen Wünschen und Vorstellungen von Mieter(innen) gebaut, sondern nach den Agenda 2030 Konzepten und Planungswerten
 - **Tauschbörsen und Mitbenutzentralen** in Stadteilläden, die über Car- und Bikesharing weit hinausgehen. Es soll Privatbesitz zugunsten einer „Sharing Economy“ abgeschafft werden
 - **E-Government:** Jede Interaktion des Bürgers mit der Stadt München soll nur noch online erfolgen. Es gibt eigene Bürgerkonten, die alle Aktivitäten des Bürgers aufzeichnen, ein Dossier über seine Anträge, seine Kommunikation, seine persönlichen Daten, sein Wahlverhalten (Online-Wahlen). Durch das damit einhergehende Benutzertracking kann die Stadt München ermitteln, welche Seiten der Bürger vorher besucht hat, seine Chronologie/Historie feststellen. Bürgerbeschwerden laufen ins Leere, da er es mit standardisierten Service-Softwareprogramme bzw. einer anonymen Bürokratie zu tun hat. Niemand ist mehr zuständig
 - **Smart Metering:** Von der Bundesnetzagentur zwangsverordnete intelligente Messsysteme, die in jedem Haushalt den Wasser-, Erdgas und Stromverbrauch erfassen und an die SWM/Stadt München zurückmelden. Für den Verbrauch wird die EU bald eigene einheitliche Vorgaben machen. Bei Abweichung wird der Bürger bestraft, Stichwort: Ökodiktatur
 - **Smart City App:** Soll den Bürger durch sein smartes Quartier navigieren und ihn mit den smarten Dienstleistungen der Stadt vertraut machen. Es gibt integrierte Bezahlungsfunktionen. Zudem soll er spielerisch zur „nachhaltigen“ Lebensweise erzogen werden, indem er gezwungen wird, an Adventures, Quiz oder Rallyes teilzunehmen, wo er Punkte sammelt, belohnt oder bestraft wird. Beispielsweise soll er alle Standorte von Mobilitätstationen oder Recycling-/Repair-Cafes kennenlernen, oder nichthaltiges Verhalten anderer Bürger(innen) melden (Denunziantentum im Namen von Umweltschutz) sowie seinen CO2-Verbrauch drosseln. Angedacht sind Spielelemente wie bei „Pokemon Go“
 - **Smart Home:** Auf ihrem Portal „muenchen.de“ wirbt die LHM für „Smart Home“, d.h. Alle Haushalts- und Unterhaltungselektronik-Geräte werden miteinander vernetzt und sind selbst mit Sensoren ausgestattet, die das Benutzerverhalten (was wann eingeschaltet, wann ausgeschaltet, wie lange in Betrieb, was wurde konsumiert) detailgenau ermitteln und an die Stadt München weitergeben – ohne Rücksprache mit und Einwilligung der Mitglieder des Haushalts
 - **Zentrale „Open Data Plattform“ der Stadt München** (selbst die Landesregierung Bayern hat sowas) sammelt im Rahmen des Projekts „open data – open society – open government“ alle Daten, die ihr die o.g. smarten Technologien liefern. Auf dieser Plattform werden sie alle zusammengeführt, um ein 360°-Profil eines jeden Bürgers anzufertigen, d.h. den gläsernen Bürger. **Der Erwägungsgrund 150 der Datenschutzgrundverordnung ermächtigt die EU-Mitgliedsstaaten zu bestimmen, ob und inwieweit sie den Behörden/Kommunen Geldbußen bei Nichtcompliance verhängen. Selbstverständlich wird die Bundesregierung die Kommunen ausnehmen, damit diese wie facebook private, heikle, vertrauliche, persönliche Bürgerdaten, Ihre Geodaten mit Millionenprofit zu kommerziellen**

Zwecken ohne Zustimmung oder Wissen an Dritte weiterverkaufen können. Nicht umsonst bekennt sich die Bundesregierung im Vertrag der Groko an 3 Stellen eindeutig zu Agenda 2030, also ihre Politik im Sinne von Agenda 2030 zu machen. Dieses Riesengeschäft lassen sich die Kommunen nicht entgehen, zumal der ehemalige Präsident des „Deutschen Städte- und Gemeindebundes“, Gerd Landsberg, sie in einem Artikel der Rheinischen Post dazu aufgerufen hat! Die „Stiftung Neue Verantwortung“ hat nachgewiesen, **dass die Kommunen überhaupt nicht mit Verschlüsselungs- und Anonymisierungstechniken arbeiten.** Die EU vertritt den Standpunkt, dass Privatsphäre und Datenschutz keine Rolle spielen, wenn Daten im Interesse der Allgemeinheit gesammelt und verwertet werden

Die Stadt München verpflichtet sich mit der Teilnahme am EU-Projekt „Smarter Together“ zum Umwandeln der Isarmetropole in eine „Smart City“ und zum Austesten der smarten Überwachungstechnologien in sog Stadtteillaboren.

In München sind das Freiham, Neuaubing-Westkreuz, Parkstadt Schwabing, Domagk-Park. Der Ko-Gestaltungsprozess, bei dem Bewohner(innen) der Stadtteillabore Fragen mit Experten der Stadt und Partnern der Industrie diskutieren, ist keine echte Bürgerbeteiligung in unserem Sinn (hier geht es um Mitgestaltung, nicht um Mitsprache vor dem Projekt-Anstoss). Wir wurden und werden darüber nicht informiert. Ist es völlig egal, wie die Bürger(innen), die in diesen menscheindlichen vorkonfektionierten standardisierten normierten gleichgeschalteten vereinheitlichten Vierteln leben müssen, dazu stehen?

Wir gewinnen den Eindruck, dass **über unsere Köpfe hinweg** diese gefährlichen High Tech-Überwachungs-Technologien eingeführt werden. Um die smarte Infrastruktur aufzubauen (Breitband, Smart Grids), geht die LHM in Vorleistung, d.h. Sie bedient sich aus der Haushaltskasse (Steuergelder). Erst später kann sie in den Genuss der EU-Förderung gelangen. Dadurch signalisiert sie der EU ihr ernsthaftes Interesse, stellt sie ihre Entschlossenheit was die Umsetzung der Konzepte aus „Smarter Together“ angeht, unter Beweis.

Wir haben herausgefunden, dass die „Smart City Pläne“ nicht erst seit gestern existieren. Fakt ist, 1996 (4 Jahre nach der Rio-Konferenz, auf der Agenda 21 entstand) wurde der damalige Bürgermeister Hep Monatzeder (heutiges Mitglied der „Rosa Liste“) vom Oberbürgermeister beauftragt, den Lokalen Agenda 21-Prozess in der Verwaltung der Stadt München zu verankern. Seitdem arbeitet jeder Bürgermeister der Stadt München an der Umsetzung der Agenda 21, die seit 2015 als „Agenda 2030“ bekannt ist. Die „Smart City Charta“ von Leipzig (2016) spricht von einer „digitalen Transformation der Gesellschaft“.

Wer entscheidet wirklich in der sog Zivilgesellschaft? Wo bleiben da eigentlich die Bürger(innen)?

Unter anderem entscheiden:

- ICLEI (Local Governments for Sustainability)
- Konvent der Bürgermeister (Covenant of Mayors)
- Rat der Gemeinden und Regionen Europas (engl CEMR)
- Stadtratskommission Europa der LHM befasst sich mit Anträgen für EU-Förderprogrammen, Mitglieder mit Stimmrecht: Josef Schmid (2. Bürgermeister und Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft) und Manuel Pretzl
- Bayrische Forschungsallianz (BayFor)
- Deutscher Städte- und Gemeindetag: Dieter Reiter hat 2016 eine Resolution des Deutschen Städtetages „Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet – ein weiteres Bekenntnis zur Smart City München

Wer von den anwesenden Bürger(innen) hat jemals von den laufenden EU-Projekten „Smarter Together“, „City2Share“ und „CIVITAS ECCENTRIC“ sowie „Eurocities“, „GreenCities“ gehört?

Auch auf dem Stadtportal kann der interessierte Bürger nichts finden, wenn er die

Bezeichnungen gar nicht kennt. Werden wir etwa absichtlich im Dunkeln gehalten? Soll alles möglichst hinter unserem Rücken abgewickelt werden?

Die Stadt München sieht sich laut ihrem Antrag auf Teilnahme am EU-Projekt „Smarter Together“ als Enablerin, die die smarte Infrastruktur aufbaut und die ganz neue unethische Geschäftsmodelle für die Partner der LHM, also NGOs oder Stake Holder, ermöglichen wird.

In dieses bedrohliche Gesamtbild passt auch die „Zukunftsschau München 2040+“. Dieses menschenverachtende Dokument stammt aus der Reihe „Perspektive München“, die vom „Referat für Stadtplanung und Bauordnung“ herausgegeben wird. Die Stadt München hat dazu das „Fraunhofer Institut“ beauftragt und ihm für diese Visionen ca 30.000 Euro aus dem Etat bezahlt. Die LHM stellt sich München im Jahr 2040 vor als überregulierter kybernetischer Regelkreis mit Rückkopplungsmechanismen und Stellgliedern, in dem roboterartige optimierte High Tech Menschen ständig an ihrer eigenen und aller Nachhaltigkeit, Effizienz und Effektivität arbeiten – unter Anbindung an smarten Mess-Technologien, die pausenlos die Vitaldaten erfassen. Die Stadt München sammelt private, persönliche Daten der Smart City Bewohner, um diese auszuwerten, mit hohem Profit zu verkaufen, Rassenhygiene, Diskriminierung und Versorgung mit maßgeschneiderten Angeboten zu betreiben. Sie spricht selbst vom „Gläsernen Bürger“. Wir werden extreme US-amerikanische Verhältnisse bekommen, es wird keine sozialen Sicherungssysteme mehr geben, Auflösung demokratischer Strukturen, Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen werden komplett privatisiert und sind für die meisten nicht bezahlbar. Abschaffung von Privatbesitz, Geld, Individualität. Die LHM wird globale Migrationsströme kanalisieren und dieses „Humankapital“ bestmöglich verwerten, der Rest wird zugrunde gehen. Die Immobilienkrise wird verschärft. Die wenigen unbesiedelten Flächen in München werden mit höher Rendite an kapitalstarke Investoren veräußert. Es wird eine 3-Klassen-Gesellschaft geben (Neo-Feudalismus): Die Spitze der Wissensarbeiter, die Schicht der Dienstboten und das Heer der Erwerbslosen/Proletariat. Verschlimmerung der gesellschaftlichen Kluft zwischen arm und reich, Eskalation und Gipfelung in Kriminalität.

Im folgenden liefere ich besorgniserregende, alarmierende Zitate aus dem Machwerk:

- S.25: „Gesundheit und Altenpflege als Ausgangspunkt für soziale Spaltung. Der wachsende Anteil alter und hochbetagter Menschen führt zu ansteigenden Pflege- und Versorgungskosten. Diese Kosten können von immer mehr Menschen privat nicht aufgebracht werden. Ebenso sind viele Menschen aufgrund ihrer Einkommenssituation nicht mehr in der Lage, Gesundheitskosten über die Leistungen der gesetzlichen Krankenkasse hinaus zu tragen.“
- S.26: „Ende des Sparens und der finanziellen Volatilitäten. Im Zuge eines dauerhaften Niedrigzinses verlieren das Sparen und der Aufbau von Kapital an Sinn. Anleger suchen händeringend nach Investitionsmöglichkeiten (‘Flucht ins Betongold, etc’), dabei kommt es nicht selten zu Fehlallokationen von Kapital, was Volatilitäten wiederum befördert.“
- S.26: „Der Abschied von individuellem Eigentum. Persönlicher Besitz und Eigentum verlieren zumindest auf Ebene des Individuums an Bedeutung. Zugänge zu Bildung, Infrastrukturen und Informationsangeboten gewinnen hingegen als Mittel sozialer Differenzierung an Relevanz.“
- S.26: „Automatisierung und Digitalisierung von Arbeit. Die Automatisierung der Arbeit schreitet voran. Die Digitalisierung ermöglicht zukünftig auch Rationalisierung bzw. Automatisierung vieler Dienstleistungstätigkeiten, die bislang als rationalisierungsresistent galten.“
- S.26: „Corporate Urban Responsibility und kommunale Daseinsvorsorge. Aufgrund einer Überforderung des Sozialsystems durch veränderte Rahmenbedingungen können bestimmte gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen der Daseinsvorsorge nicht mehr zentral erbracht werden. Vor allem finanzstarke Kommunen gehen dazu

über, diese Leistungen selber zu organisieren und übernehmen wieder mehr soziale Verantwortung für Bürgerinnen und Bürger.“

- S.27: „Verknappung ökologischer und energetischer Ressourcen. Ressourcenengpässe bestimmen immer mehr das wirtschaftliche und gesellschaftliche Handeln. Energie, seltene Erden, sauberes Wasser und landwirtschaftliche Nutzflächen werden vermehrt zum Ausgangspunkt für politische und ökonomische Konflikte.“
- S.27: „Postdemokratische politische Architekturen. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozesse geht zurück. Es kommt zur Ausdifferenzierung neuer politischer Machtstrukturen, die sich zwar demokratisch nennen, deren Entscheidungsprozesse jedoch nur bedingt den Vorstellungen von offenen Beteiligungsprozessen entsprechen.“
- S.29: „Klimatische Veränderungen, Ressourcenkonflikte und globale Migrationsbewegungen führten dazu, dass im Jahr 2040 vieles effizienter reguliert und gesteuert wird. Dabei ist eine zentralisierte Münchner Stadtgesellschaft entstanden, die ihre Probleme und Herausforderungen buchstäblich im Griff hat. Wenngleich viele regulative Eingriffe gegen Widerstände in der Stadt und der Bevölkerung durchgesetzt wurden, ist München im Jahr 2040 eine Stadt, die in nahezu allen Bereichen perfekt funktioniert: Energie-, Verkehrs- und Produktionsströme sind optimiert. Auch im sozialen Bereich orientiert man sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und des ökologischen Ausgleichs.“
- S.30: „München ist Vorreiter bei der Aktivierung und Integration von Humanressourcen. Weite Teile der öffentlichen Verwaltung sind darauf spezialisiert, die Migrationsströme so zu kanalisieren, dass die städtische Wirtschaft optimal profitiert.“
- S.30: „Die Digitalisierung in der Gesundheitswirtschaft schreitet stark voran. Nahezu sämtliche Vitaldaten werden in Echtzeit erfasst und analysiert. Damit gehen erweiterte Formen der gesundheitlichen Regulierung einher, die zunehmend auf Algorithmen und Datenanalysen beruhen. Präventionsprogramme etc werden verpflichtend.“
- S.30: „Sharing-Konzepte prägen das Bild der Stadt und decken immer mehr Marktsegmente ab. Vor allem im Bereich ökosensibler Marktsegmente wie Mobilität und Energie übernimmt die Stadt eine aktive Rolle beim Aufbau und Betrieb von Sharing-Plattformen.“
- S.30: „Die Produktion vollzieht sich nahezu unsichtbar in digitalen Mikro-Unternehmen, die selten mehr als zehn Mitarbeiter beschäftigen. Die industrielle Wertschöpfungsketten sind im Hinblick auf Energieeffizienz und Ressourceneinsparung radikal transformiert.“
- S.31: „München realisiert das Leitbild der '2000-Watt-Gesellschaft'. Der Verbrauch von Primärenergie ist stark rückläufig. Energiesuffizienz wird maximal umgesetzt. Sämtliche Produkte und Leistungen werden über ihre Energiebilanz bepreist.“
- S.32: „Es gibt wenige Städte, in denen das gesellschaftliche Zusammenleben so reibungslos funktioniert. Dies wurde möglich, weil sich die Verhaltensweisen von Menschen und Unternehmen zum Teil radikal geändert haben, vor allem aber, weil die Stadt 2040 ein neues Rollenbild für sich entwickelt und diese Rolle in den folgenden Jahren konsequent ausgefüllt hat.[...]Schnell war klar, dass dies nicht weniger, sondern mehr Eingriffe, Regulierung und Steuerung erfordert.“
- S.32: „[...] hat München ein urbanes Leitbild einer ökosozialen Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt und in den Folgejahre sukzessive und zum Teil gegen erhebliche Widerstände um- und durchgesetzt.“
- S.32: „Der Gedanke, die regulativen Rahmenbedingungen für ein auf Effizienz und Nachhaltigkeit fokussiertes soziales Zusammenleben zu schaffen, wurde auf den Bereich der sozialpolitischen Stadtentwicklung übertragen.“
- S.32: „Liefen Vermieter anfänglich noch Sturm gegen Eingriffe ins Eigentumsrecht, sind diese Proteste heute verstummt.“
- S.32: „Wer sich für München entscheidet, entscheidet sich deshalb auch für eine

Personalabbau, Zugangsbeschränkungen von sozial Schwachen zu Leistungen der Daseinsvorsorge."

- S.35: "Jeder Bürger und jede Bürgerin besitzt ein individuelles digitales Profil. Die Bezahl- und Verwaltungssysteme sind nahezu vollständig digitalisiert. Dies ermöglicht es, weite Teile der Stadtverwaltung zu automatisieren. Ein wachsender Anteil bürgerbezogener Dienstleistungen ist als Self-Service organisiert."
- S.35: "Die Stadt ist ein Topziel der globalen Migrationsbewegung. Wer es aber nicht schafft, wird schnell nach unten durchgereicht."
- S.35: "Es kommt zu einer starken Verschärfung von Ungleichheiten in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit. Die damit einhergehenden sozialen Spannungen nehmen stark zu. Auf der räumlichen Ebene führt dies zu neuen Formen der Gentrifizierung, Segregation und zu Problemvierteln, inklusive hohen Kriminalitätsraten, schlechte Nahversorgung und defizitären Wohnbedingungen."
- S.35: "Teile der gesundheitlichen Versorgung sind digitalisiert. Ein wachsender Anteil von Menschen ist jedoch mit dem digitalen Selbstmanagement überfordert. Weil nahezu sämtliche Gesundheits- und Pflegeleistungen mit Geld oder mit individuellen Gesundheits- und Vitaldaten bezahlt werden, ist ein riesiger Markt für Gesundheitsdienstleistungen entstanden. Gleichzeitig wird Gesundheit und Pflege für immer mehr Menschen zu einem finanziellen Risiko, das kaum kalkulierbar ist."
- S.35: "Stattdessen ist München führend im Erwerben von Venture-Capital. Sämtliche kommunale Investitionen sind auf Rendite getrimmt."
- S.36: "Kommunale Leistungen und Angebote zur Daseinsvorsorge sind nahezu vollständig outgesourct und werden von privaten Dienstleistern erbracht. Die Leistungen der Stadt beschränken sich auf die Steuerung und das Qualitätsmanagement der Prozess-Auslagerung."
- S.36: "Knappheiten von Ressourcen werden ausschließlich über marktwirtschaftliche Transaktionsprozesse gehandelt. Damit verschärft der Umgang mit ökologischen und energetischen Ressourcen die soziale Polarisierung. Energiearmut oder eine stark eingeschränkte Mobilität betreffen weite Teile der Bevölkerung."
- S.36: "Ein Großteil kommunalpolitischer Entscheidungen wird in 'Hinterzimmern' getroffen. Demokratie und partizipation haben nur mehr legitimatorischen Charakter. Der Einfluss international tätiger Finanzakteure auf kommunale Entscheidungen steigt massiv an."
- S.37: "Beide Effekte, knapper und teuer werdender Wohnraum und hoher Zuzug, haben die Stadt damals vor erheblichen Herausforderungen gestellt. Heute im Jahr 2040 laufen die damit verbundenen Integrationsprozesse routiniert und kalkuliert und wenig emotional ab. München gilt als einer der weltweiten Vorreiter die gezielte Aktivierung und Integration von Humankapital in eine auf Höchstleistung getrimmte digitale Industriegesellschaft."
- S.37: "Natürlich zog die Stadt in den vergangenen Jahrzehnten auch jede Menge Glücksritter an, deren Qualifikationen weit unter dem lagen, was die industrielle Dienstleistungsökonomie verlangte. Diese Menschen wurden in dem leistungsorientierten Umfeld schnell nach unten durchgereicht, so dass sich nicht nur schnell eine Schicht materiell schlechter gestellte Menschen und Problemvierteln herausgebildet haben, sondern auch große informelle Arbeitsmärkte, in denen die Schattenökonomie blüht. Daran konnte die **Abschaffung von Bargeld** und die Umstellung auf digitale Zahlungsmittel nichts ändern."
- S.37: "Eine verschärfte soziale Polarisierung ist praktisch überall zu beobachten. Vielen Bürgerinnen und Bürgern fällt dies allerdings nicht mehr auf – sei es, weil die Menschen sich primär nur in ihren Stadtteilen bewegen oder aber weil man sich über die Jahre an die krassen Unterscheide zwischen Arm und Reich gewöhnt hat."
- S.37: "Stattdessen hat München aus den Herausforderungen eine Tugend gemacht und die globalen Marktkräfte so kanalisiert, dass Arbeit und Kapital in der Stadt beste Verwertungsmöglichkeiten finden."
- S.37: "Nahezu sämtliche Leistungen zur Daseinsvorsorge werden digital unterstützt und zugleich privatisiert, die Stadt selbst übernimmt kaum noch eigene Aufgaben."

Mehr denn je hat Gesundheit buchstäblich ihren Preis. Allerdings hat dies die soziale Polarisierung weiter gefördert. **Viele Menschen können sich Gesundheit kaum noch leisten.** Noch nie waren die Korrelationen zwischen Bildungsarmut, geringem Einkommen und Gesundheitszustand der Münchner Stadtbevölkerung stärker als heute.“

- S.37: „Profiteur und Treiber dieser Entwicklungen sind vor allem große Versicherungskonzerne. Der **gläserne Mensch** ist längst Realität. Mehr noch: Er ist die Voraussetzung für die Implementierung neuer Leistungsangebote und Geschäftsmodelle, die in den letzten Jahren entwickelt wurden.“
- S.37: „Ohnehin wird der Takt im Gesundheitswesen nicht mehr von den Behörden oder kommunalen Stellen, sondern von den Technologieunternehmen vorgegeben. Sie liefern die Datenmuster, **die definieren, was als „gesund“ zu betrachten ist** und was nicht. Dass Menschen mit ihren Gesundheitsdaten bezahlen, ist selbstverständlich. Denn wer kontinuierlich seine Bewegungsdaten und Vitaldaten bereitstellt, kommt in den Genuss erheblicher Bonusleistungen, vorausgesetzt, die Daten liegen in den von den Großkonzernen vordefinierten Skalen. Gesundheitliches Selbstmanagement ist das Gebot der Stunde, aber viele Menschen sind damit überfordert. Sie schaffen es nicht, ihren Alltag so zu organisieren, dass sie ihre gesundheitlichen Daten-Vorgaben erfüllen bzw können sie dies aufgrund von genetischen Prädispositionen nicht leisten. Eine digitale Spaltung ist nicht nur für den Bildungs- sondern auch im Gesundheitsbereich zu beobachten. Gesundheit und Pflege werden für viele Menschen zu einem ernstzunehmenden Risiko, das nur für diejenigen beherrschbar ist, die diszipliniert gesundheitliches Selbstmanagement betreiben.“
- S.37: „Überhaupt dominieren Selbstmanagement-Konzepte, da jeder Bürger über ein individuelles, digitales Profil und somit über eine digitale Identität verfügt. Damit konnten Verwaltungsprozessketten automatisiert und als Selbstbedienungsservice organisiert werden. München war in Europa einer der ersten Städte, die dieses Konzept umgesetzt hat. In diesem Zusammenhang haben sich die Aufgaben der Stadtverwaltung stark verändert. Die Bearbeitung von verwaltungstechnischen Routinen kommt kaum mehr vor. Ein Großteil der kommunalen Aufgaben orientiert sich auf das „Stakeholder Management“, um den wachsenden Zielkonflikt zwischen permanenter Nachverdichtung und Erschließung von Freizeit- und Erholungsflächen zu handhaben. Transparent sind die dabei gefällten Entscheidungen nur in den seltensten Fällen, denn aufgrund des wachsenden Einflusses von Wirtschafts- und Finanzinteressen hat sich eine regelrechte 'Hinterzimmerpolitik' herausgebildet, die demokratische Partizipationsprozesse als lästige und zeitraubende Begleiterscheinung betrachtet.“
- S.38. „Stattdessen hat sich München auf die Segmente konzentriert, in denen die höchsten Investitionsmittel und Renditen erzielt werden konnten.“
- S.38: „Eine wichtige dritte Aufgabe der Kommunen betrifft das Erwerben von Kapital für Investitionen, denn die Gewerbesteuerereinnahmen sind im Zuge des ökonomischen Transformationsprozesses seit den 2020er Jahren rückläufig.“
- S.38: „Die großen Unternehmen begangen, ihre Prozesse in Fraktale aufzuspalten und ihre Produktion extrem kompakt über virtuell vernetzte Mikro-Fabriken zu organisieren, die selten mehr als zehn hochqualifizierte Mitarbeiter beschäftigen. 4D-Drucker und autonom agierende Logistik-Strukturen ermöglichen Mikro-Fertigungsinseln, die nicht mehr auf große Industrie-Areale angewiesen waren, sondern die sich dort ansiedeln, wo entsprechend Humanressourcen zur Verfügung stehen – immer häufiger in attraktiven Wohngebieten.“
- S.38: „Im Zuge der Digitalisierung wurden seit den 2020ern auch der Arbeitsmarkt segregiert. Was während der ersten Industrialisierung als Trennung von Hand- und Kopfarbeit zu beobachten war und zur gesellschaftlichen Schicht des Industrieproletariats geführt hatte, ist heute wieder zu beobachten. Nur dass diesmal ein Dienstbotenproletariat entstanden ist. Längst überkommen geglaubte Klassenkonflikte sind wieder omnipräsent. Schon im Jahr 2020 bot die Industrie kaum

noch Arbeitsplätze für Geringqualifizierte. Selbst Fahrertätigkeiten und Lagerarbeiten wurden automatisiert. Auch der Dienstleistungssektor, in dem viele Menschen Anfang des 21. Jahrhunderts noch Beschäftigung fanden, ist inzwischen durchrationalisiert. Jobs an der Kasse oder leichte Schaltertätigkeiten gibt es nicht mehr. Beschäftigung für Menschen mit geringem Bildungsniveau finden sich fast ausnahmslos bei hochqualifizierten Wissensarbeitern, für die es zum guten Ton gehört, Personal zur Bewältigung haushaltsnaher Dienstleistungsarbeiten wie Kochen, Putzen oder Gartenpflege zu beschäftigen."

- S.38: "Galt bis dahin, dass die Menschen zu den Produktionsstätten strömten, kommen nun die Produktionsstätten zu den Menschen. Ähnlich wie dies in einer vorindustriellen Subsistenzwirtschaft der Fall war, bilden Arbeit und Leben wieder eine untrennbare Einheit. Für die hochqualifizierten Wissensarbeiter ermöglicht dies neue Lebensformen."
- S.38: „[Die Wissensarbeiter] bilden die Speerspitze einer nie dagewesenen Mobilität des Faktors Arbeit, das, ähnlich wie Kapital, dorthin strömt, wo die besten Renditen zu erwarten sind. Die Steuerung der damit verbundenen Migrationsströme erfolgt primär über marktwirtschaftliche Faktoren von Angebot und Nachfrage. Wie alle hochwertigen Ressourcen, von hochwertiger Ernährung, über Gesundheit und Energie, werden Humanressourcen über Preissysteme verteilt und gesteuert. Anders waren die durch den Klimawandel beschleunigten globalen Migrationsbewegungen nicht zu kontrollieren. Heute ist nahezu allen Menschen klar, dass sie in anderen Städten und Ländern wenig zu erwarten haben, wenn sie den jeweiligen Arbeitsmarktanforderungen nicht gerecht werden
- S.40: „Damit die Stadt mehr Kontrolle über den Wohnungsmarkt erhält, werden kommunale Wohn- und Bödenfonds angelegt, über die der von der Stadt kontrollierte Flächenanteil wieder steigt
- S.41: "Die Verteilung von Ressourcen und das Management von Knappheiten erfolgt deutlich stärker über öffentliche Regularien, auch um Energie- und Ressourcenarmut vorzubeugen. Smarte Technologien unterstützen die Steuerung."
- S.42: "Tatsächlich sind wachsende Konflikte zu beobachten, die meist von der Frage bestimmt werden, wem öffentlicher Raum zusteht und für welche Aktivitäten dieser in Anspruch genommen werden kann. Insgesamt ist es der Stadt nicht gelungen, das Problem kontinuierlich steigender Immobilienpreise bei gleichzeitig reduziertem Flächenangebot in den Griff zu bekommen. Fehlende Regularien haben der Immobilienspekulation viel Raum gelassen und treiben in vielen Vierteln die Haus- und Immobilienpreise in schwindelerregende Höhen. Immer weniger Flächen im öffentlichen Raum stehen somit für Erholung und Bewegung zur Verfügung. Im Zuge der Nachverdichtung ist der Druck auf die wenigen Flächen stark gestiegen. Um überhaupt noch Einfluss auf den Immobilienmarkt nehmen zu können, hat die Stadt vor einigen Jahren begonnen, einen Wohnungsfonds anzulegen, mit dem ein langfristig geplantes Rückkaufprogramm initiiert wurde."
- S.43: „Denn im Innenstadtbereich sind noch Routen freigegeben, auf denen selbstgesteuerte Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor betrieben werden dürfen. Zwar werden für diesen Spaß erhebliche Mautkosten fällig. Jedoch ist München die Stadt, in der sich viele diesen Luxus leisten können und wollen."
- S.43: "Begleitet durch Liquid Democracy-Instrumente werden über die sozialen Medien permanent soziale Stimmungen erfasst, die in die Entscheidungsfindung einfließen. Allerdings beschränkt sich der Kreis derjenigen, die diese Stimmung erzeugen, auf wenige Multiplikatoren, die damit einen überproportionalen Einfluss ausüben. Die gesellschaftliche Teilhabe sozialer Randgruppen ist gering."
- S.56: „Stadtteillabore in Quartieren einrichten. Einebeziehung von Bürgerinnen und Bürgern bzw von Nutzerinnen und Nutzern bereits im Entwicklungsprozess. Neue Mobilitätskonzepte, neue Ansätze zum Energiemanagement oder neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements."
- S.56: „So sind Unternehmen vielfach bereit, Produkte und Dienstleistungen kostengünstig oder gar gratis bereitzustellen, wenn sie im Gegenzug an den

Ergebnissen der Erprobung der Lösung beteiligt werden. In Stadteillaboren können aber auch bestimmte Investitionen um öffentliche Forschungszuschüsse ergänzt werden, unter der Bedingung, dass die Wissenschaft an den Entwicklungs- und Umsetzungsprozessen beteiligt wird."

- S.56: "Mit dem Domagk-Park (ehemalige Funkkaserne), dem Kreativquartier an der Dachauer Str oder den Living Lab Ansätzen im Rahmen der Münchner Forschungsprojekte „Smarter Together“, „City2Share-sozial-urban-mobil“ und „Eccentric“ sind bereits Ansätze erkennbar, die jedoch weiterentwickelt und ausgebaut werden können.“ Kommentar: Aha, die Stadt München ist offiziell in mindestens 3 EU-Projekten eingebunden!
- S.57: "Flexible Raumnutzungskonzepte. Im Rahmen von Shared Systems werden Gemeinschaftsflächen ausgewiesen, die von Bewohnerinnen und Bewohnern angemietet und gemeinschaftlich genutzt werden."
- S.57: "Auf Quartiersebene wird eine umfassende Sensor-Infrastruktur eingerichtet. Auf der Basis freiwilliger Kooperationsvereinbarungen stellen die Bewohnerinnen und Bewohner eine Vielzahl unterschiedlicher Nutzungsdaten bereit (z.B, Bewegungsprofile, Energieverhalten, Verhalten im Haushalt, Bedarf an Räumlichkeiten, etc). Die Daten werden aggregiert und anonymisiert sowie zur Entwicklung neuer Dienstleistungskonzepte herangezogen. Datensicherheit und Datenschutz werden von der Stadt gewährleistet."
- S.57: „Wirkung auf das Szenario. Gezielte Veränderung des Bürgerverhaltens in Richtung auf ökologisch-soziale Nachhaltigkeit."

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 28. 06. 2018

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Neubaugebiet Münchberger Straße: Dienen.Wir.Optima?

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise.

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

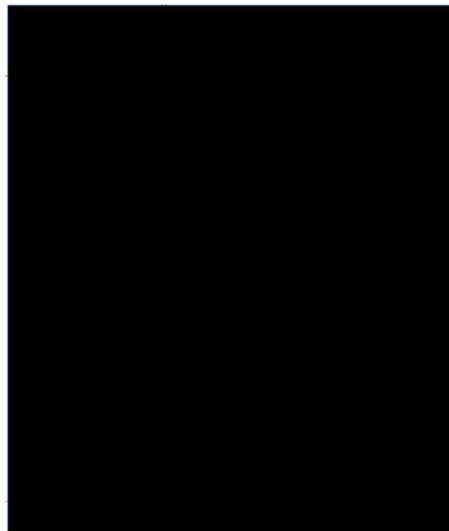
Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Neubaugelbiet Münchberger Straße: Dienen.Wir.Optima?

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**



Dienen.Wir.Optima?

Zu den inhaltlichen Ausführungen siehe beigefügte Anlage.

Ich beantrage, dass das Vorhaben an der Münchberger Strasse sofort gestoppt wird, um zu erwartende Schäden finanzieller als auch gesundheitlicher Art vom Steuerzahler bzw. von den Bürgern abzuwehren.

Ausserdem erwarte ich, dass die Verantwortlichen der Landeshauptstadt München, die Stadtbaurätin Frau Prof. Merk, der Stadtrat und der Oberbürgermeister Reiter sich schriftlich zu dem ungeheuerlichen Vorgehen an der Münchberger Strasse öffentlich erklären (Stichworte: Nicht genehmigungsfähige Aussenbereichsbebauung, unterlassene Aufklärung der Bürger). Vorrangig ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in München, die kompromisslose Wahrung gesunder Wohnverhältnisse für die Bürger und dass der Steuerzahler nicht für misslungene "Projekte" der LHM und ihrer "Partner" haftet.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften

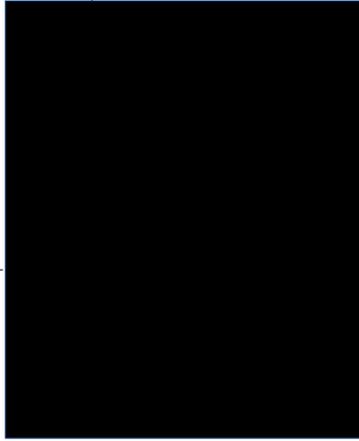
ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten



Dienen.Wir.Optima?

Anlage zum Antrag „Neubaugebiet Münchberger Straße: Dienen.Wir.Optima?“

Hinter dem Bauvorhaben an der Münchberger Strasse steht die **Firmengruppe**. Offiziell tritt sie jedoch nicht in Erscheinung, sondern als GmbH & Co. KG“), die inzwischen in GmbH & Co.KG“) umbenannt wurde. Es handelt sich dabei um eine Kommanditgesellschaft mit einer Komplementär-GmbH, deren Haftung sich auf die Höhe der Stammeinlage von € 25.000 beschränkt. Gegenstand der ist laut Handelsregistereintrag „die Verwaltung eigenen Vermögens und Beteiligung an anderen Unternehmen“. Nach aussen tritt die jedoch als Projektgesellschaft auf. Der Zweck der Errichtung der Gesellschaft korreliert also bereits nicht mit ihrer tatsächlichen Tätigkeit.

Die wird von der Landeshauptstadt München auf der Internetseiten zum Projekt „Münchberger Strasse“ als „**planungsbegünstigte**“ Projektgesellschaft auch für die zu bebauenden Flächen an der Münchberger Strasse bezeichnet, die sich im **Eigentum der Landeshauptstadt München** befinden. Es handelt sich dabei um ca. 32% des Planungsgebietes. Von daher hätte eine öffentliche (europaweite) Ausschreibung für die Vergabe von Planungsleistungen in Bezug auf das Eigentum der LHM durch den öffentlichen Auftraggeber erfolgen müssen, was jedoch offenbar nicht der Fall war.

Die hinter der stehende stellte das Bauvorhaben an der Münchberger Strasse bereits auf ihre Internetseite, um es zu bewerben. Die Landeshauptstadt München wiederum bezeichnet im Internet die als einen ihrer „**Partner**“. Die LHM tritt zusammen mit der auf der MIPIM, eine internationale Immobilienmesse in Cannes, auf, um ihre Objekte internationalem Publikum vorzustellen. Die war auch im Jahr 2018 am Stand der Landeshauptstadt München zu finden und finanzierte offenbar den Stand der LHM mit, ebenso auf der Immobilienmesse Expo Real. Auch dort stellte die das Bauvorhaben an der Münchberger Strasse vor, für das ganz offensichtlich finanzkräftige, internationale Käufer gesucht werden. Es geht also vordergründig nicht um die Errichtung von bezahlbarem Wohnraum, sondern um die Erzielung von maximalem Gewinn.

Die Verantwortlichen der Landeshauptstadt München „begünstigten“ die [REDACTED] jedoch noch auf eine andere Weise:

Der Teil des Planungsgebietes auf dem die Wohngebäude mit ca. 220 Wohnungen errichtet werden sollen ist planungsrechtlich als **Außenbereich** gemäß § 35 BauGB zu beurteilen.

Bauen im **Außenbereich** ist jedoch nur im Ausnahmefall möglich und nur dann, wenn öffentliche Belange hierdurch nicht beeinträchtigt werden (§ 35 Abs. 2 BauGB). Zu dieser Thematik existiert eine umfangreiche verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung. Unter Berücksichtigung dieser Rechtsprechung und den gesetzlichen Grundlagen ist die **Außenbereichsbebauung** an der Münchberger Strasse **nicht genehmigungsfähig**, da öffentliche Belange nach § 35 Abs. 3 Nr. 1 bis 5 und Nr. 7 BauGB beeinträchtigt werden (Details können dem beigefügten Anhang entnommen werden).

Dieser Sachverhalt wurde im Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren jedoch verschwiegen, insbesondere den Anwohnern, die von den Auswirkungen des Bauvorhabens (Verkehrslärm, Luftschadstoffe und Strassenschäden) betroffen wären.

Selbst der Stadtrat hat ausweislich der Sitzungsvorlagen vom 21.09.2016 (Nr. 14-20 / V 06867) Kenntnis von der geplanten, nicht genehmigungsfähigen Bebauung des **Außenbereichs**. Auffällig ist jedoch, dass im Flächennutzungsplanausschnitt (siehe Anhang) der Außenbereich mit KG bezeichnet (die Abkürzung steht vermutlich für Kleingärten) bzw. nicht als landwirtschaftliche Nutzfläche kenntlich gemacht wurde. Es soll offenbar verschleiert werden, dass tatsächlich auf einem Acker im Außenbereich gebaut werden soll.

Sämtliche Beteiligte setzen sich also über bestehendes Recht zugunsten der O [REDACTED] hinweg, indem es einem **nicht genehmigungsfähigen** Wohnungsbauvorhaben im **Außenbereich** zustimmt mit dem der private Investor maximale Rendite erzielen will.

Die **Optima** wird das Vorhaben vermutlich nur bis zum Abschluss des Verfahrens (Änderung des Flächennutzungsplanes) begleiten, also bis die Umwandlung der bisher landwirtschaftlich genutzten Fläche in Bauland vollzogen und ein Bebauungsplan aufgestellt ist, und dann das zu bebauende Areal als Bauland weiterveräußern und sich dann im wahrsten Sinne des Wortes unter Mitnahme von hohen zweistelligen Millionengewinnen „vom Acker machen“. So kann sie auch zu erwartenden Haftungsansprüchen entgehen. Denn das Vorhaben ist auch unter immissionsschutzrechtlichen Aspekten nicht genehmigungsfähig. Vermeintliche Unbedenklichkeit in Bezug auf schädliche Umwelteinwirkungen (Verkehrslärm, Geruchsbelästigungen, Luftschadstoffe) suggerieren lediglich beschönigte, von der O [REDACTED] n Auftrag gegebene Gutachten. In diesem Zusammenhang ist folgendes auszuführen:

Der Abstand der geplanten Wohnbebauungen zu der offenen **Kompostieranlage** östlich der **Autobahn A8** wäre mit nur ca. 80 Meter zu gering, rechtlich gefordert ist ein Mindestabstand von 500 Meter. Ausserdem rücken die Wohnbebauungen zu nahe an die Autobahn im Westen heran, hier würde der Abstand nur ca. 40 Meter betragen.

Für das gesamte Planungsgebiet ergeben sich daher großräumig hohe Verkehrslärmbelastungen durch die von außen auf das Planungsgebiet einwirkenden Emissionen

der Bundesautobahn A8 (München – Salzburg), die **größtenteils Pegel im gesundheitsgefährdenden Bereich** aufweisen. Des Weiteren wird eine hohe Verkehrslärmbelastung im Norden des Planungsgebietes durch die S-Bahnstrecke nach Perlach bzw. zur Kreuzstraße verursacht.

Durch die Autobahn ist zudem eine Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung zu erwarten. Durch die Kompostieranlage und die Abwasserrecyclinganlage auf der Anlage sind erhebliche schädliche Einwirkungen auf das geplante Wohnquartier zu erwarten, wie Staub, Luftschadstoffe, Schwermetalle, Keime und Endotoxine. Ausserdem würden die Bewohner unzumutbaren, anhaltenden Geruchsbelästigungen ausgesetzt sein.

Sollte das gesamte Vorhaben bereits rechtlich scheitern oder sollten Anwohner wegen schädlicher Umwelteinflüsse und/oder eingetretenen Gesundheitsschäden Schadensersatzansprüche geltend machen, haftet entweder niemand oder der Steuerzahler, weil der Landeshauptstadt München zumindest vorgeworfen werden kann, dass sie die rechtlichen Grundlagen kannte und die Einwendungen der Bürger zu den gesundheitlichen Risiken und schädlichen Umwelteinwirkungen überging.

Der Steuerzahler kann dann für sämtliche Schäden aufkommen, die die genannten Beteiligten zu vertreten haben, während die Optima Millionengewinne einstreicht.

Ich beantrage daher, dass das Vorhaben an der Münchberger Strasse sofort gestoppt wird, um zu erwartende Schäden finanzieller als auch gesundheitlicher Art vom Steuerzahler bzw. von den Bürgern abzuwehren.

Ausserdem erwarte ich, dass die Verantwortlichen der Landeshauptstadt München, die Stadtbaurätin Frau Prof. Merk, der Stadtrat und der Oberbürgermeister Reiter sich schriftlich zu dem ungeheuerlichen Vorgehen an der Münchberger Strasse öffentlich erklären (Stichworte: Nicht genehmigungsfähige Aussenbereichsbebauung, unterlassene Aufklärung der Bürger). Vorrangig ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in München, die kompromisslose Wahrung gesunder Wohnverhältnisse für die Bürger und dass der Steuerzahler nicht für misslungene "Projekte" der LHM und ihrer "Partner" haftet.

Anhang

Die Errichtung des Wohnquartiers im Aussenbereich an der Münchberger Strasse ist aus folgenden Gründen nicht genehmigungsfähig:

Wenn es an einer Privilegierung – wie im vorliegenden Fall – gemäß § 35 Abs. 1 BauGB fehlt, beurteilt sich die bauplanrechtliche Zulässigkeit nach § 35 Abs. 2 BauGB. Wenn öffentliche Belange gemäß § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB beeinträchtigt werden, ist das Vorhaben nicht zulässig. Folgende öffentliche Belange stehen nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB der Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens an der Münchberger Strasse entgegen (anzumerken ist, dass diese Auflistung nicht vollständig ist):

Nach § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 5 und 7 liegt eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange aus folgenden Gründen vor:

2. den Darstellungen eines Landschaftsplans oder sonstigen Plans, insbesondere des Wasser-, Abfall- oder Immissionsschutzrechts, widerspricht

Der Abstand der geplanten Wohnbebauungen zu der offenen Kompostieranlage östlich der Autobahn ist zu gering, ausserdem rücken die Wohnbebauungen zu nahe an die Autobahn im Westen heran.

Für das gesamte Planungsgebiet ergeben sich daher großräumig hohe Verkehrslärmbelastungen durch die von außen auf das Planungsgebiet einwirkenden Emissionen der Bundesautobahn A8 München – Salzburg, die grösstenteils Pegel im gesundheitsgefährdenden Bereich aufweisen. Des Weiteren wird eine hohe Verkehrslärmbelastung im Norden des Planungsgebietes durch die S-Bahnstrecke nach Perlach bzw. zur Kreuzstraße verursacht.

Durch die BAB A8 ist zudem eine Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung zu erwarten. Weitere Staub-, Schadstoff- und Keimbelastungen ergeben sich durch die Kompostieranlage, auf der sich ausserdem eine Abwasserrecyclinganlage befindet, die ebenfalls zu relevanten, gesundheitsschädigenden Emissionen und Geruchsbelästigungen führt.

Hinzu kommt folgendes:

Die Flächen der Autobahn wurden planfestgestellt. Für die Flächen am Ostrand des Planungsgebietes gilt grundsätzlich ab dem Fahrbahnrand der BAB A8 innerhalb von 40 m ein Anbauverbot und innerhalb von 100 m die Anbaubeschränkung gemäß § 9 Abs. 1 Fernstraßengesetz. Hochbauten sind in der Regel in der Anbauverbotszone nicht zugelassen. Obwohl dies allen Beteiligten ausweislich der Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 06867 bekannt ist, sollen dennoch 5-stöckige Riegelbauten bis an die Anbauverbotszone, möglicherweise auch in diese hineinragend, errichtet werden, und dahinter bzw. innerhalb der Anbauverbotszone zusätzlich noch Lärmschutzmaßnahmen in Form von Wall- und Wandkonstruktionen errichtet werden, obwohl dies gemäß § 9 Abs. 1 Fernstraßengesetz nicht unzulässig ist, denn in dieser Anbauverbotszone dürfen sich nicht einmal Aufschüttungen befinden.

3. schädliche Umwelteinwirkungen hervorrufen kann oder ihnen ausgesetzt wird

Das in § 35 Abs. 3 Nr. 3 BauGB verankerte Gebot der Rücksichtnahme gilt auch über Gebietsgrenzen hinweg und kommt auch Eigentümern zugute, deren Grundstücke im Geltungsbereich eines Bebauungsplans liegen. Da durch die Verwirklichung des Vorhabens im Außenbereich relevante Immissionsbelastungen, insbesondere durch den motorisierten Verkehr und die Tiefgaragenentlüftungen zu erwarten sind, ist die Grenze der Zumutbarkeit überschritten. Dies gilt

insbesondere dann, wenn Gebiete von unterschiedlicher Qualität aneinander stossen. Das Plangebiet soll als ein Allgemeines Wohngebiet (ggf. mit Läden und Gemeinschaftseinrichtungen) entwickelt werden, die nähere Umgebung entlang der Münchberger Straße entspricht jedoch einem Reinen Wohngebiet. Die Zuwegung zu dem Allgemeinen Wohngebiet im Außenbereich soll über das Reine Wohngebiet mit den damit verbundenen Lärm- und Schadstoffbelastungen des motorisierten Verkehrs (ggf. auch Lieferfahrzeugverkehr für Läden im Aussenbereich) erfolgen. Ein Reines Wohngebiet dient jedoch dem Wohnen und nicht der verkehrlichen Erschliessung des Außenbereichs.

Bei Außenbereichsvorhaben hat das Gebot der Rücksichtnahme in Bezug auf „schädliche Umwelteinwirkungen“ in § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB eine ausdrückliche Regelung erfahren. Im Übrigen ist es, soweit es nicht um (schädliche) Immissionen geht, sondern um sonstige nachteilige Wirkungen eines Außenbereichsvorhabens, ein ungeschriebener öffentlicher Belang im Sinne von § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB.

4. unwirtschaftliche Aufwendungen für Straßen oder andere Verkehrseinrichtungen, für Anlagen der Versorgung oder Entsorgung, für die Sicherheit oder Gesundheit oder für sonstige Aufgaben erfordert

Hohe Kosten für aufwändige Schallschutzmassnahmen und Filteranlagen, die vom Steuerzahler aufzuwenden sind und dennoch nicht suffizient sein werden.

Zudem erstreckt sich der Immissionschutz auch auf die Außenbereiche, die Aufenthalts- und Erholungsfunktion haben sollen, wie die der Autobahn zugewandte Allmende. Hier sieht das Planvorhaben jedoch keine suffizienten Immissionsschutzmaßnahmen weder im Hinblick auf die Lärm- noch auf die Schadstoff- und Geruchsbelastungen vor, die von der Autobahn, der Kompostier- und Abwasserrecyclinganlage ausgehen. Der Aufenthalt in diesem Bereich ist daher gesundheitsgefährdend bzw. gesundheitsschädlich.

1. den Darstellungen des Flächennutzungsplans widerspricht und

5. Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Bodenschutzes, des Denkmalschutzes oder die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet

Das Vorhaben beeinträchtigt den öffentlichen Belang der natürlichen Eigenart der Landschaft, § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB. Die Flächen im Außenbereich wurden bisher ausschliesslich landwirtschaftlich genutzt. Vorhaben mit einer anderen Zweckbestimmung als der bisherigen sind auf solchen Flächen unzulässig, dies gilt insbesondere für neu zu errichtende Wohngebäude.

Eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange liegt nach § 35 Abs. 3 Nr. 5 BauGB auch dann vor, wenn das Orts- und Landschaftsbild mit dem geplanten Vorhaben im Außenbereich verunstaltet wird, wie dies mit dem geplanten Bauvorhaben ebenfalls der Fall wäre.

7. die Entstehung, Verfestigung oder Erweiterung einer Splittersiedlung befürchten lässt

Das Vorhaben würde sich als Splittersiedlung erweisen, weshalb der öffentliche Belang gemäß § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 7 BauGB beeinträchtigt werden würde.

Der Zersiedelung des Außenbereichs wird Vorschub geleistet, wenn tatsächlich ein neuer Siedlungsbereich im Außenbereich entstehen würde, der sich vom bestehenden Ortstrand ersichtlich „absetzt“ wie im Falle des geplanten Wohnquartiers an der Münchberger Strasse – Zitat des Preisgerichts:

„Dem ersten Preisträger gelingt es in seinem Entwurf mit einer Lärmschutzbebauung zur Autobahn und sieben freistehenden Baukörpern mit insgesamt etwa 220 Wohnungen, einen schlüssigen Übergang zur Bestandsbebauung zu finden und gleichzeitig eine markante, differenzierte Raumkante zu formulieren.

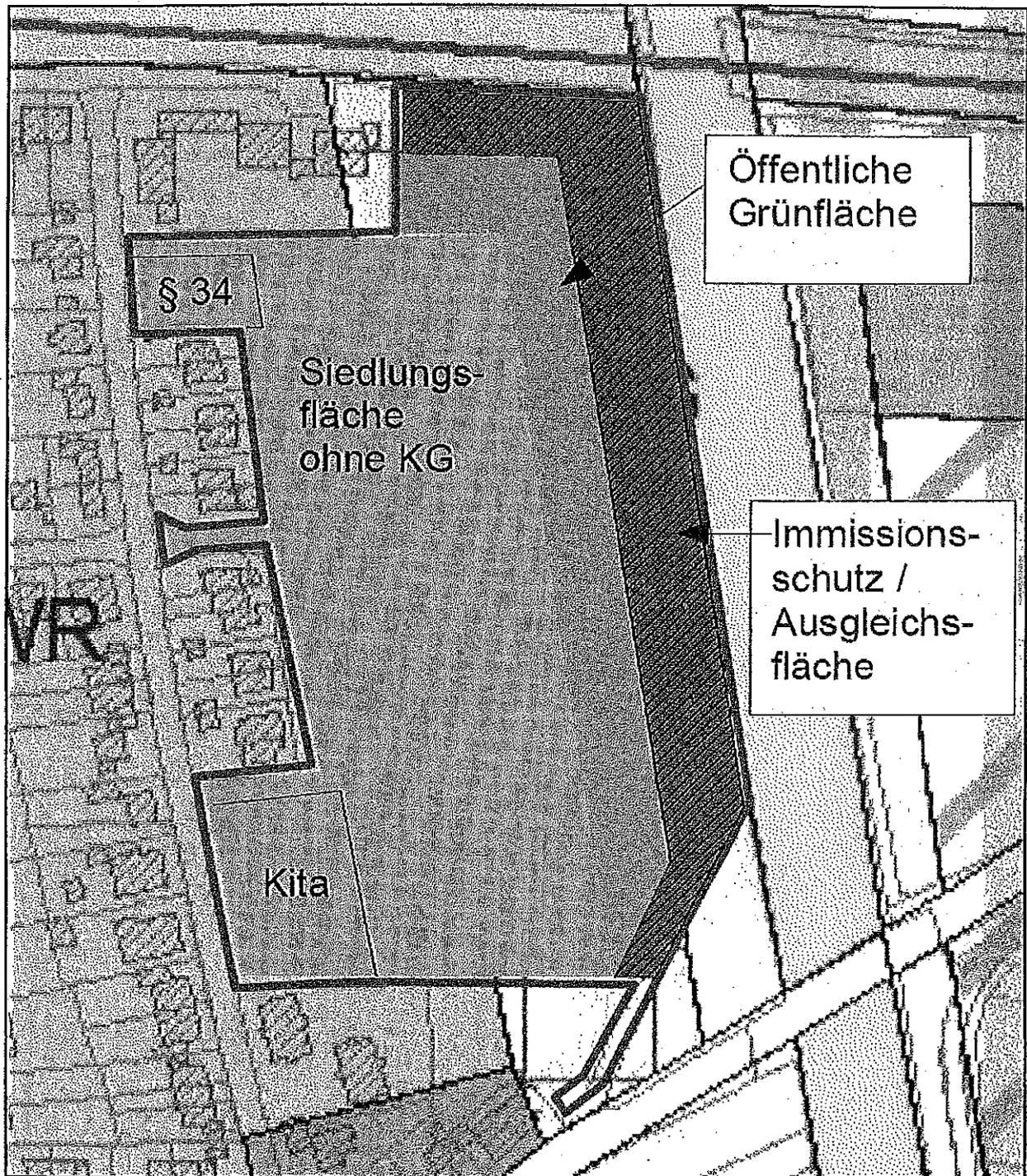
Stadträumlich wird hier eine Lösung vorgeschlagen, die sich bewusst vom Bestand mit einer vier- bis fünfgeschossigen Schallschutzbebauung und punktförmigen Einzelhäusern absetzt.“

Das geplante Wohnquartier würde sich also ersichtlich und geplant vom Bestandsquartier absetzen und somit den Anschluss an die bebauten Ortsteile entfallen lassen.

Denn Flächen, auf denen die Zulässigkeit von Wohnnutzungen begründet wird, schliessen sich dann nicht mehr im Zusammenhang bebauter Ortsteile an, wenn sich das neue Baugebiet derart vom bestehenden Ortsrand in den Außenbereich hinein absetzt, dass im Ergebnis ein neuer selbständiger Siedlungsansatz entsteht. Im Außenbereich des Planungsgebietes an der Münchberger Strasse würde also ein 4- bis 5-stöckiger Riegel entlang der Autobahn in die bislang freie Landschaft zerneidend hineinragen und zudem eine optisch bedrängende Wirkung entfalten. Bei Umsetzung des Vorhabens würde so ein völlig neuer, selbständiger Siedlungsansatz in die Breite und Höhe entstehen. Ein Anschluss im Bereich des Plangebietes im Zusammenhang bebauter Ortsteile wäre mithin i.S. von § 13b Satz 1 BauGB nicht gegeben.

Der Planung fehlt auch die Erforderlichkeit i.S. von § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB, weil noch Baugebiete im gemeindlichen Innenbereich existieren. Weiter ist aufgrund der Ausdehnung der Bebauung in den Außenbereich von einem Verstoß gegen ein landes- bzw. regionalplanerisches Verbot der Nachverdichtung auszugehen.

Ausserdem würde die Bebauung eindeutig eine – vor dem Hintergrund des Gedankens, dass der Außenbereich von nicht privilegierten Bauungen freizuhalten ist – missbilligende Vorbildfunktion entfalten.

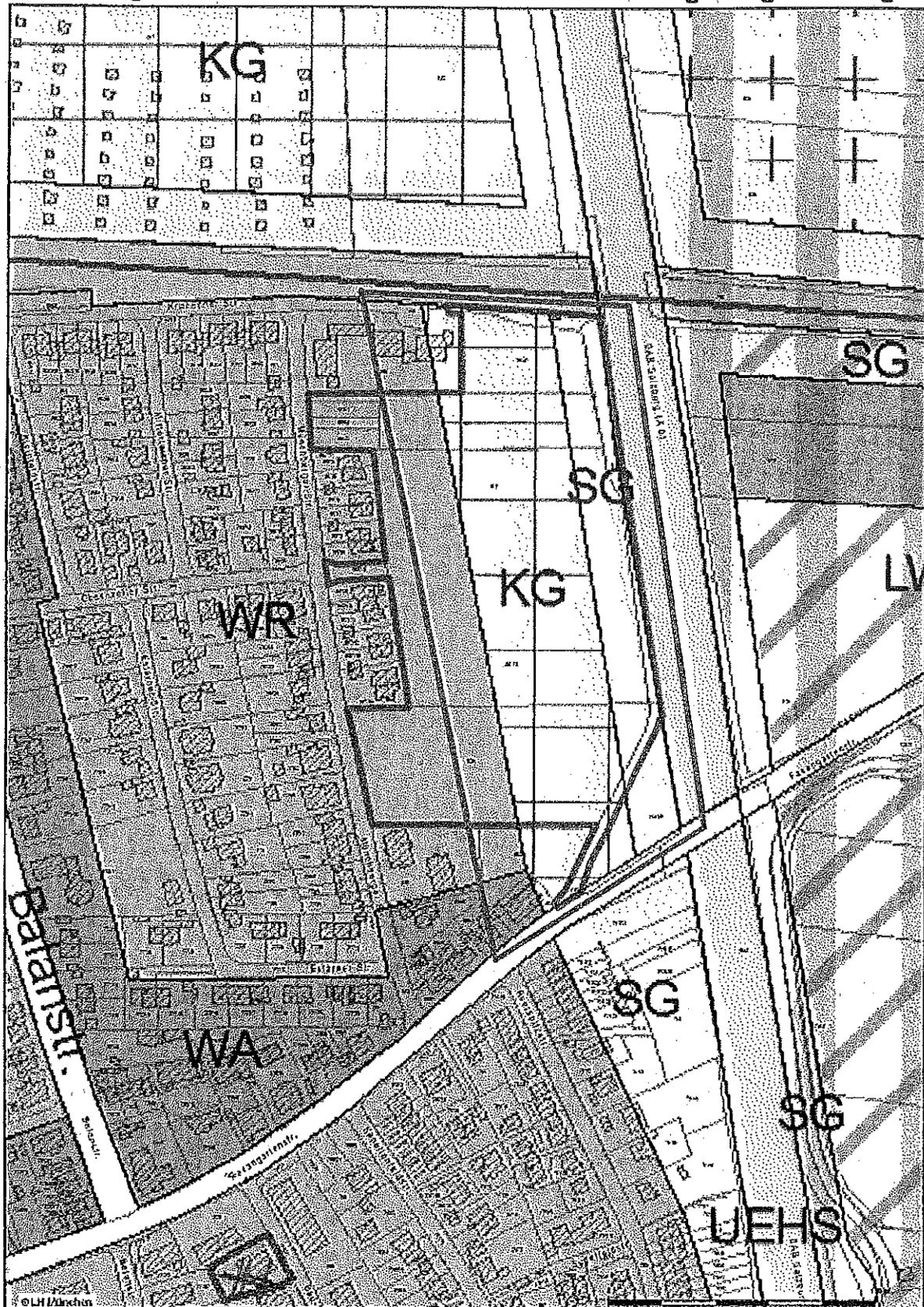


Strukturskizze

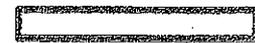
Münchberger Straße

Stadtbezirk 17

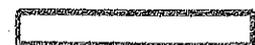
Obergiesing – Fasangarten



Flächennutzungsplanausschnitt mit
Planungsumgriff des Bebauungsplanes



Umgriff der Änderung des Flächennutzungsplanes:



Telefon: 0 233-22036

26058

22671

22830

Telefax: 0 233-24215

**Referat für Stadtplanung
und Bauordnung**

Stadtplanung

PLAN-HA II/33 P

PLAN-HA II/53

PLAN-HA II/31 V

PLAN-HA I/42

- A) **Änderung des Flächennutzungsplanes
mit integrierter Landschaftsplanung und
Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2118
Münchberger Straße (östlich),
Kronacher Straße (südlich),
BAB München-Salzburg (westlich) und
Fasangartenstraße (nördlich)**

- Eckdaten- und Aufstellungsbeschluss -

- B) **Durchführung eines städtebaulichen und
landschaftsplanerischen Wettbewerbes**

Stadtbezirk 17 – Obergiesing – Fasangarten

Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 06867

Anlagen

1. Übersichtsplan M = 1 : 5.000
2. Flächennutzungsplanausschnitt
3. Luftbild mit Bebauungsplanumgriff
4. Ausschnitt - Übersichtskarte mit Stadtbezirksgrenzen
5. Strukturkonzept

**Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung
vom 21.09.2016 (VB)**

Öffentliche Sitzung

2.7. Planerische und planungsrechtliche Ausgangssituation und Beschlusslage

Flächennutzungsplan mit integrierter Landschaftsplanung (FNP)

Bereits mit dem Wirtschaftsplan der Landeshauptstadt München von 1958 wurde eine Wohnentwicklung auf den westlichen Teilflächen des Plangebietes vorgesehen. Im geltenden FNP ist das Planungsgebiet als Reines Wohngebiet (WR), als Fläche für Kleingärten (KG) und Sonstige Grünfläche (SG) dargestellt. Die bestehende Bebauung an der Fasangartenstraße liegt in einem Allgemeinen Wohngebiet (WA).

Östlich der Autobahn BAB Salzburg A8 (Darstellung als überörtliche Hauptverkehrsstraße) sind Flächen für die Landwirtschaft und für Ver- und Entsorgung sowie eine Sonstige Grünfläche dargestellt. Teilweise sind diese Flächen mit Maßnahmen mit Nutzungsbeschränkungen zum Schutz zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft überlagert. Als nachrichtliche Übernahme ist in diesem Bereich der regionale Grünzug „Gleißental / Hachinger Tal“ dargestellt.

Kleingärten

Die östlichen Teilflächen des Planungsgebietes an der Autobahn sind im Flächennutzungsplan mit integrierter Landschaftsplanung als Flächen zur Entwicklung von Kleingärten dargestellt. Gemäß Beschluss „Urbanes Gärtnern in München“ des Stadtrates der Landeshauptstadt München vom Februar 2014 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V. 13752) ist die Realisierung von Kleingärten auf solchen Flächen grundsätzlich vorzusehen. Die bisher im Flächennutzungsplan vorgesehenen Kleingärten können wegen der Lärmschutzproblematik – notwendig wäre hier die Errichtung einer Lärmschutzanlage entlang der Autobahn BAB A8 – jedoch nicht umgesetzt werden.

Planungsrecht

Im Planungsgebiet gelten übergeleitete planungsrechtliche Festsetzungen in Form von Straßenbegrenzungslinien und Baugrenzen nur entlang der Münchberger Straße. Die Zulässigkeit von Bauvorhaben ist für die Grundstücke an der Münchberger Straße - Flurstücke Nr. 806/1, 806/2, 806/3 und 808 (westliche Teilfläche) Gemarkung Perlach, nach § 30 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 34 BauGB zu beurteilen. Der übrige Teil des Planungsgebiets ist planungsrechtlich als Außenbereich gemäß § 35 BauGB zu beurteilen.

Die nähere Umgebung entlang der Münchberger Straße entspricht einem Reinen Wohngebiet (WR) im Sinne des § 3 Baunutzungsverordnung (BauNVO).

Bebauungspläne

Das nordwestlich ans Planungsgebiet angrenzende Grundstück mit der Flurstück Nr. 805, Gemarkung Perlach, liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 603 (rechtsverbindlich seit dem 20.11.1970). Entsprechend den Festsetzungen (WR; GFZ 0,5; GRZ 0,3 und zwei Vollgeschosse mit Satteldach) ist es mit drei zweigeschossigen Wohngebäuden bebaut.

ANLAGE 32

Bürgerversammlung des . Stadtbezirkes am . 2018

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Pflege der Freizeittflächen im Planungsgebiet Münchberger Straße

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere Anfrage eingebracht werden kann.

Personliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Pflege der Freizeittflächen im Planungsgebiet Münchberger Straße

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage**:

Ich beantrage daß mit der Baugenehmigung die Eigentümer der zukünftigen Wohneinheiten im Bebauungsplan 2118 zur Pflege und zum Erhalt der Freizeiteinrichtungen verpflichtet werden.

Bei der Einsichtnahme der Pläne im Referat für Stadtplanung und Bauordnung wurde mir erklärt, dass der nicht überbaute Grund nach der Realisierung des Bauvorhabens der Landeshauptstadt München überlassen wird. Damit müssen die auf dem Areal vorhandenen Freizeittflächen von der Landeshauptstadt München als Eigentümerin gepflegt werden. Die Pflege des vollmundig angepriesenen „Freizeitparks“ muß damit aus Steuermitteln bestritten werden.

Durch die sehr beschränkte Zugänglich- und Erreichbarkeit der Grünanlage, es sind nur Zugänge neben den beiden Tiefgaragenzufahrten vorgesehen, kann diese Anlage vorwiegend nur durch die zukünftigen Neubewohner genutzt werden. Für derzeitige Bewohner des Viertels entsteht kein Vorteil ja sogar für alle Münchner Bürger eine Belastung.

Bei anderen Bauvorhaben wurden Grünanlagen und Spielplätze als Bestandteil der Baugenehmigung vom Bauwerber zur Erstellung und zur dauerhaften Erhaltung verlangt.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 28. 06. 2018

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

GRUNDSCHULVERSORGUNG VOR NEUER WOHNBEBAUUNG

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift _____

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 28. 06. 2018

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

GRUNDSCHULVERSORGUNG VON NEUER WOHNBEBAUUNG

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) oder Anfrage:

SIEHE ANLAGE

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten 

Ich beantrage, weitere Planungen am Neubaugebiet an der Münchbergerstraße im Fasangarten zu unterlassen und von einer Wohnbebauung dort abzusehen. Begründen möchte ich dies wie folgt:

Das Neubaugebiet gehört zum Schulsprengel der Balanschule.

Fakt ist:

Bereits zum heutigen Zeitpunkt ist eine Versorgung der momentan in diesem Sprengel wohnenden Grundschulkinder mit einer ordnungsgemäßen Beschulung und Betreuung nicht mehr gewährleistet.

Die Balanschule verzeichnet bereits ohne ein derart großes Neubaugebiet stark steigende Schülerzahlen. So wurden vor wenigen Jahren noch 3 erste Klassen eingeschult. Im vergangenen Schuljahr waren es erstmals 5 erste Klassen, die Schule wird auch ohne weitere Neubaugebiete dauerhaft fünfzünftig: Zum einen ziehen im Einzugsgebiet ständig Familien mit Kindern in bereits bestehende Strukturen nach, zum anderen wird bereits jetzt überall nachverdichtet.

Schon jetzt kommt die Stadt München ihrer Pflicht, die Kinder angemessen zu betreuen, nicht nach. Der städtische Hort an der Balanschule ist seit Jahren überlastet, ebenso wie die dort ansässige Mittagsbetreuung und auch die angrenzenden Einrichtungen. Im kommenden Schuljahr gibt es schon wieder eine ganze Klasse Schulkinder, die trotz Bedarf keine Nachmittagsbetreuung mehr erhalten konnte.

Die Anzahl der Klassenzimmer ist seit Jahren zu gering – es wurden inzwischen fast alle Fachräume aufgelöst und in Klassenzimmer umgewandelt. Ab dem nächsten Schuljahr werden definitiv nicht mehr genügend Klassenräume zur Verfügung stehen. Eine Vergrößerung der einzelnen Klassen ist auch ausgeschlossen, da an der Balanschule nicht mehr als 25 Kinder pro Klasse zulässig sind.

Der seit 20 Jahren bestehenden Mittagsbetreuung werden deshalb nächstes Schuljahr die Hausaufgabenräume gestrichen, so dass die Kinder während der Betreuungszeiten ihre Schularbeiten nicht mehr ordnungsgemäß erledigen können.

Die Schule soll irgendwann Container bekommen – wann ist jedoch unklar. Und ganz ehrlich: wer von Ihnen arbeitet in einem Container, der im Sommer glüht und wo Sie im Winter über den Hof gehen müssen um auf die Toilette zu kommen?

Noch dazu gibt es kein Konzept zur Vergrößerung oder Aufstockung der Balanschule. Das heißt, wenn die Container erst stehen, werden sie schnell zu einer Dauerlösung. Irgendwann wird von dem schönen Pausenhof und Sportplatz der Schule nichts mehr übrig sein, weil dort eine Containerstadt entstanden ist.

Trotz dieser Zustände plant die Stadt ein Neubaugebiet im Sprengel mit 220 Wohneinheiten. Dies bedeutet mindestens 600 – 700 neue Bewohner und somit mindestens 50 - 100 Kinder im Grundschulalter. Dies entspricht 2 – 4 weiteren Klassen, für die weder Schulräume noch Hortplätze vorhanden sind.

Das Verhalten der Stadt München ist bezüglich der Grundschulversorgung vollkommen intransparent!

Fakt ist:

Die Schulleitung der Balanschule hat bis zum jetzigen Zeitpunkt keinerlei Informationen über die anstehende Vergrößerung ihrer Schülerzahlen, geschweige denn zu den Planungen im Fasangarten von der Stadt München erhalten.

Fakt ist aber auch:

Beim Informationsabend zum Neubaugebiet im Frühjahr 2017 hat die Stadt München uns Anwohnern auf Nachfrage erklärt, dass die Balanschule demnächst ausgebaut werde.

Etwas komplett Gegenteiliges ist im „Eckdaten –und Aufstellungsbeschluss“ der Stadtverwaltung vom 21.09.2016 festgehalten: (Zitat) „die Versorgung der Grundschulkinder in der Sprengel-Grundschule an der Balanstraße ist unter der Maßgabe einer zeitlich gestaffelten Realisierung gesichert.“ (Zitat Ende) Ein Ausbau der Balanschule ist hier NICHT erwähnt.

Des Weiteren erschien am 01.07.2017 ein Artikel im Münchner Merkur über die Schulbauoffensive München. Diese hat ein Volumen von ca. 2,5 Milliarden Euro. Die Balanschule ist keiner der begünstigten Schulstandorte.

Auch auf dem heutigen Programm zur Bürgerversammlung sind beim Programmpunkt „Schulbauprogramm/ Schulbauoffensive“ nur das Asamgymnasium, die Weißenseeschule und die Cincinnatishule aufgeführt.

Aus meiner Sicht betreibt die Stadt München KEINE nachhaltige und angemessene Infrastrukturplanung. Die Probleme der Eltern und Schulkinder werden bei der Planung des Wohngebiets an der Münchbergerstraße nicht berücksichtigt und werden ohne Konzept in die Zukunft verlagert. Die Daseinsvorsorge, zu der auch die Versorgung mit ausreichenden Bildungseinrichtungen gehört, wird unzumutbar vernachlässigt.

Zu beobachten ist dies bereits am Neubaugebiet an der Hochäckerstraße: die im Wettbewerb und im Bebauungsplanentwurf noch vorhandene Grundschule wurde – ich schätze aus finanziellen Interessen – ersatzlos gestrichen. Die Konsequenzen dieser Politik müssen nun durch die Schüler, Eltern und Lehrer der überfüllten Balanschule und der Grundschule am Pfanzeltplatz getragen werden.

Ich beantrage daher, dass die Stadt München jegliche weitere Planungen am Neubaugebiet an der Münchbergerstraße unterlässt, da die bereits jetzt bestehenden Probleme mit der Grundschulversorgung noch in keiner Weise gelöst wurden und dies auch in den nächsten Jahren nicht absehbar ist.

Die Versorgung der bestehenden Bevölkerung mit der notwendigen Infrastruktur muss Vorrang vor der Ausweisung neuer Wohnbebauung haben!

28

Bürgerversammlung des . Stadtbezirkes am . . 2019

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / **vortragen lassen** .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen unseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift

Wohnen Sie im Stadtbezirk?
Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?
Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?
Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?
Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen erst mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung (bitte nicht durch eine in der Behandlung verlaufene telefonische und kostengünstiger) Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?
Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich ein Zusammenfassendes Protokoll/Antrag/Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?
Wenn Sie einen Antrag zu Ihrem Antrag/ Ihrer Anfrage mitgebracht haben, machen Sie dies bitte deutlich.

Rechtliche Vertretung?
Das Recht zur Mitbestimmung der Bürgerversammlung kann nicht persönlich ausgeübt werden. Sie können sich jedoch nicht rechtlich vertreten lassen.



Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Bebauung (B-plan 2118) von der westlichen auf die östliche Seite der BAB A8 verlagern

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Ich bitte die Bürgerversammlung um Zustimmung für folgenden Antrag:

Ich beantrage
anstelle der derzeitigen Planung westlich der BAB A8 eine neue Bebauungsplanung östlich der BAB A8 auf dem Areal der heutigen Kompostieranlage unter Auflassung der Kompostieranlage.
Hilfsweise beantrage ich die Reduzierung der jetzigen Planung auf max. 100 bis 140 WE, vorzugsweise in Doppel- oder Reihenhaus Bebauung.

Begründung:

Die jetzige Planung hat bedeutende Nachteile wie:

- Verkehrsproblematik ist nicht zufriedenstellend lösbar
- hohe Lärmbelastung durch:
 - Autobahn
 - S-Bahntrasse die in Zukunft auch noch auf 2 Gleise ausgebaut wird
 - Kompostieranlage
 - geplanter Groß-Wertstoffhof

Diese ist nicht zufriedenstellend lösbar. Die angedachten Lösungen bedeuten starke Einschränkungen bei Grundrissgestaltungen, Fenster können nicht geöffnet werden, Zwangsentlüftung, etc.

- Bei Ostwind Belastung durch Geruch und Keime von der Kompostieranlage.

Eine Neuplanung östlich der BAB A8 hätte dagegen folgende Vorteile:

- keine Verkehrsproblematik, da direkte Anbindung an Fasangartenstr. möglich
- Lärmbelastung nur mehr durch:
 - Autobahn und S-Bahntrasse

Diese ist leichter lösbar. Das größere Areal bietet bessere Möglichkeiten für Lärmschutz. Die Wohneinheiten könnten weiter von der Autobahn abrücken. Somit weniger Einschränkungen bei den Grundrissgestaltungen

- Keine Belastung mehr durch Geruch und Keime von der Kompostieranlage und dem geplanten Wertstoffhof.
- Auf dem größeren Areal könnten mehr Wohneinheiten und zusätzliche Infrastruktur gebaut werden.

Raum für Vermerke des Direktors - bitte nicht beschriften

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

ANLAGE 35

BAE

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 04. 07. 2019

Bitte Formblatt vollständig und gut leserlich ausfüllen und umseitige Erläuterungen beachten!

Antrag (zur Abstimmung)

Anfrage/Anliegen

Möchten Sie mündlich vortragen?

ja

nein

Name:	Vorname:	Staatsangehörigkeit:
Strasse, Nr.:	PLZ, Ort:	Telefon: (Angabe freiwillig)

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

ja nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

ja nein

Sind Sie mit einer Veröffentlichung - auch im Internet - einverstanden?

ja nein

Diskussionsthemen in Stichworten:

1. Deutliche Reduzierung der geplanten Wohneinheiten für das BV Münchberger Str
- 2.
- 3.

Text des Antrages / der Anfrage / des Anliegens (Bitte formulieren Sie einen Antrag so, dass er mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" beantwortet werden kann):

Ich beantrage den Planungsentwurf für das BV Münchberger Str. von den geplanten 220 Wohneinheiten ~~zu~~ deutlich zu reduzieren, insbesondere die teilweise 5 Geschößige Riegelbebauung deutlich zu verkleinern.

Begründung:

Dies soll erfolgen, um dem Stadtbild einer vorhandenen Gartenstadtsiedlung einigermaßen zu entsprechen.

Eine Riegelbebauung mit 5 Geschößigen Gebäudeblöcken in einer maximal 2 Geschößigen Siedlungsviertel ist absurd und zerstört das Stadtbild des Viertel auf das Gröbste!!

Unterschrift

Raum für Vermerke des Direktoriums – **Bitte nicht beschriften**

- ohne Gegenstimme angenommen
- mit Mehrheit angenommen
- ohne Gegenstimme abgelehnt
- mit Mehrheit abgelehnt

ANLAGE 36

29 A

Bürgerversammlung des Stadtbezirks am

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Anrede _____

Vorname _____

Nachname _____

Straße _____

Hausnummer _____

Postleitzahl _____

Ort _____

Stadtbezirk FASANIGARTEN

E-Mail-Adresse _____

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)		<input type="checkbox"/>
Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)		<input checked="" type="checkbox"/>
Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)	<u>ECHTE ANTWORTEN STATT FAKTEN SCHAFEN</u>	
Wohnen Sie zum Zeitpunkt der Bürgerversammlung im Stadtbezirk?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk (nicht als juristische Person)?	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>
Ich möchte mein Anliegen	selbst vortragen <input checked="" type="checkbox"/> Vortragen lassen <input type="checkbox"/>	

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigelegter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlicher Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Datum _____

Unterschrift _____

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Echte Antworten statt Fakten schaffen

Ich beantrage, alle die in den letzten Jahren vorgebrachten Anliegen und Anträge zum Bauvorhaben Münchbergerstraße fundiert zu beantworten, bevor der Bebauungsplan dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt wird. Eine echte Bürgerbeteiligung hat immer noch nicht stattgefunden, weil die Bürger zwar aufgerufen wurden, sich zu Wort zu melden, aber bis heute keine nachvollziehbare Auseinandersetzung mit ihren Argumenten stattfindet.

Seit dem Beschluss zum Bebauungsplan haben die Bürger der angrenzenden Siedlung zahlreiche Anträge gestellt, die zu einem sehr großen Teil berechnete Themen ansprechen.

Zum Beispiel:

- Beeinträchtigung der Frischluftzufuhr und des Stadtklimas durch die großen geplanten Baumassen
- Übermäßiger Flächenfraß und Versiegelung
- Zweifel an der ausreichenden Dimensionierung des Abwassernetzes
- Keine ausreichende Ausstattung mit Schulen und Hortplätzen
- Überlastung der Infrastruktur, z. B. der öffentlichen Verkehrsmittel

Das einzige Thema, das überarbeitet wurde, ist das Verkehrskonzept für den Autoverkehr. Was vorher verheerend war, ist jetzt bestenfalls unzureichend und kaum praxistauglich.

Ansonsten wurde keiner der Anträge erkennbar bearbeitet und erst recht keiner beantwortet.

Wir befürchten, demnächst einen fertigen, vom Stadtrat genehmigten Bebauungsplan vorgelegt zu bekommen, aus dem wir die Antworten auf unsere Anliegen selbst herauslesen sollen. Bislang ist uns gegenüber noch kein einziges tragfähiges Konzept vorgestellt worden, wie den Problemen im Viertel wirksam begegnet werden soll.

Die Anträge müssen beantwortet werden. Und eine Antwort bedeutet eine sachliche, fundierte und mit Zahlen und Fakten hinterlegte Argumentation, aus der eine Entscheidungsfindung nachvollziehbar hervorgeht.

Es höhlt einen rechtsstaatlichen Prozess aus, wenn die Bürger nur pro forma gehört werden, aber keine inhaltliche Auseinandersetzung mit deren berechtigten Anliegen erfolgt.

Wir wissen alle, was passiert, wenn die Bürger kein Vertrauen mehr in den Rechtsstaat haben. Zeigen Sie uns, dass die Demokratie in München noch nicht am Ende ist.

ANLAGE 37Bürgerversammlung des Stadtbezirks am

293

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Anrede _____

Vorname _____

Nachname _____

Straße _____

Hausnummer _____

Postleitzahl _____

Ort _____

Stadtbezirk _____

E-Mail-Adresse _____

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)		<input type="checkbox"/>
Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)		<input checked="" type="checkbox"/>
Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)	KEINE BAUSTELLENVERKEHR DURCH ANLIEGERSTRASSEN	
Wohnen Sie zum Zeitpunkt der Bürgerversammlung im Stadtbezirk?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk (nicht als juristische Person)?	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>
Ich möchte mein Anliegen	selbst vortragen <input checked="" type="checkbox"/> Vortragen lassen <input type="checkbox"/>	

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Datum _____

Unterschrift _____

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Keine Abwicklung des Bauverkehrs durch die Anliegerstraßen

Sofern sich eine Bebauung des Planungsgebiets nicht verhindern lässt, beantrage ich, dass der komplette Baustellenverkehr nicht über die Anliegerstraßen (Obernzeller-, Kronacher- und Münchberger Straße) erfolgt, sondern über die Fasangartenstraße oder die Autobahn.

Ich habe hierzu eine ganz kleine Rechnung aufgestellt:

Das Baufeld hat eine Größe von ca. 4 ha. Eine niedrige Schätzung der Tiefgaragengröße setze ich mit nur etwa einem Drittel der Fläche angesetzt, das ist das Erdreich auf einer Fläche von ca. 13.000 qm. Bei einer eingeschossigen Tiefgarage fallen hier gut 70.000 m³ Aushubmaterial an. Bei einer geschätzten Lademenge von 12 m³ pro 3-Achser ergeben sich daraus 12000 Fahrten (6000 mal hin, 6000 mal zurück). Bei einer geschätzten Zeit für den Erdaushub von 6 Monaten, das heißt 120 Arbeitstagen ergeben sich 100 Fahrten pro Tag. Ein Arbeitstag wird mit 8,5 Stunden angesetzt. An einem Tag würde demnach alle 5 Minuten ein 3-Achser durch die Anliegerstraßen fahren. Leer hin, voll zurück. Wenn man bedenkt, wie viele teils tödliche Unfälle in München mit abbiegenden LKWs in den letzten Jahren passiert sind, möchte man sich das nicht vorstellen.

Für die Anwohner, ob Autofahrer, Radler oder Fußgänger ist dies nicht zumutbar: wegen der Staubentwicklung und vor allem wegen der erheblichen Unfallgefahr auf den engen Straßen und Gehwegen. Wenn dann noch Postauto und Müllabfuhr unterwegs sind, gibt es bereits jetzt oft schon kein Durchkommen mehr.

Und dies ist nur der Aushub. Fehlen noch Baustelleneinrichtung, Bagger, Kräne, Container, Schalungsmaterial, Betonmischer, Baustoffe etc. etc.

Bitte unterstützen Sie meinen Antrag, damit wir und unsere Kinder wenigstens im direkten Wohnumfeld noch gefahrlos auf die Straße gehen können.

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirks am 04.07.2019

Persönliche Angaben

Anrede

Titel / Akademischer Grad

Vorname

Nachname

Straße

Hausnummer

Postleitzahl

Ort

Stadtbezirk

E-Mail-Adresse

Anliegen	Antrag	
Betreff	1.) Für Gesundheit, Sicherheit und Lebensqualität Lebensqualität Stopp des Bebauungsvorhabens 2.) Falls doch gebaut wird, Baufahrzeuge nicht über Balanstraße, sondern über Fasangartenstraße	
Themengebiet	Bau/ Planung	
Wohnen Sie zum Zeitpunkt der Bürgerversammlung im Stadtbezirk?	ja	
Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk 17 - Obergiesing - Fasangarten (nicht als juristische Person)?	nein	
Ich möchte mein Anliegen	vortragen lassen	

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Datum, Unterschrift

Anlagen: 1

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 04. Juli 2019

Themengebiet:

„Bau / Planung“, „Umwelt und Grünflächen“ sowie „Verkehr“

Betreff:

Für Gesundheit, Sicherheit und ~~Lebensqualität~~ Lebensqualität – Stopp des Bebauungsvorhabens

3
1
2
1.)
2.) Falls doch gebaut wird, Baufahrzeuge nicht über Balanstraße,
Detaillierte Beschreibung des Antrags (1000 Zeichen): sondern über Fasangartenstraße

Trotz umfassender verkehrs- und klimapolitischer Einwände seitens der betroffenen Bürgerinnen und Bürger des Wohnviertels hat die Stadt München die Planung der Bebauung des Grünstreifens westlich der A8 weiter vorangetrieben. In diesem Kontext kann auch die Planungsänderung einer zusätzlichen Ausfahrt für PKWs zur Fasangartenstraße nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verkehrsanbindung zu dem Neubaugebiet sowohl innerhalb als auch außerhalb des Wohnviertels zu massiven Belastungen der Bewohner im Hinblick auf Gesundheit, Sicherheit und ökologische Lebensqualität führen wird. Darüber hinaus tragen die drastischen klima- und verkehrspolitischen Defizite bei der Planung des Bauvorhabens dazu bei, die Ziele der Landeshauptstadt München auf dem Weg zur Klimaneutralität zu verfehlen. Ich beantrage daher den Stopp des Bebauungsvorhabens und stattdessen eine Besiedelung des Grünstreifens mit Kleingärten und frei zugänglichen Gemeinschaftsgärten.

Verkürzte Begründung als mündlich vorzutragender Beitrag auf der Bürgerversammlung

1. Durch die Errichtung von mehr als 300 neuen PKW-Stellplätzen wird sich der Bezirksausschuss in den nächsten Jahren u.a. damit befassen müssen, wie der selbst mitinitiierten Verkehrsinfarkt wieder zu beheben ist, der dann auf der Balanstraße in Stoßzeiten stadteinwärts nicht mehr nur an der Hochäckerstraße beginnen, sondern seinen Ausgangspunkt bereits an den Kreuzungen zur Fasangartenstraße und zur Obernzellerstraße haben wird, verbunden mit all den Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit für Jung und Alt.

2. Durch die Zerstörung der Kalt- und Frischluftschneise werden den Bewohnerinnen und Bewohnern des Viertels weitere unzumutbare Gesundheitsbelastungen aufgebürdet. Dabei verkennen die Planer, dass wir bereits mit den Abgasen des Autobahnverkehrs übermäßig belastet sind und zusätzlich mit den Immissionen, die jenseits der Autobahn von der Kompostierungsanlage herüberwehen und zukünftig im Rahmen des geplanten Großmengenwertstoffhofes durch den damit verbundenen Zuliefererschwerlastverkehr entstehen werden.

3. Die Planung von mehr als 300 PKW-Stellplätzen setzt genau das falsche Signal zu einer erhofften Änderung des Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung, nämlich der Transformation des motorisierten Individualverkehrs auf eine nachhaltige, klimaneutrale Mobilität.

4. Sollte das Bebauungsvorhaben entgegen dem einhellig und vollumfänglich vorhandenen Widerstand der alteingesessenen Wohnbevölkerung umgesetzt werden, wäre dies ein fundamentaler Verstoß gegen die Grundsätze der demokratischen Mitbestimmung und Mitentscheidung der Bevölkerung vor Ort. Wir sind es leid, immer wieder mit den Worten beschwichtigt zu werden, dass unsere Einwände berücksichtigt würden. Das trifft mitnichten zu, da lediglich Details und kleine Änderungen in einigen nicht wesentlichen Teilaspekten behandelt worden sind. Um es hier noch einmal klar zu formulieren: es geht um die Ablehnung des Bauvorhabens als Ganzes. Es ist offensichtlich, dass dieses Vorhaben lediglich den kurzfristigen Interessen einer schnellen Errichtung von Wohnungen dient und keineswegs ernsthaft nachhaltig gedacht ist. Es würde für die kommenden Jahre und Generationen massive ökologische und soziale Probleme nach sich ziehen.

Ich beantrage daher den Stopp des Bebauungsvorhabens und stattdessen eine Besiedelung des Grünstreifens mit Kleingärten sowie mit frei zugänglichen Gemeinschaftsgärten. In diesem Kontext wünsche ich mir einen Bezirksausschuss, der den Mut hat, dem Stadtrat den Einhalt der immer weiter um sich greifenden Flächenversiegelung zu empfehlen. Die Versiegelung der letzten natürlichen Flächen Münchens verbunden mit einer weiteren Zunahme des motorisierten Individualverkehrs hat längst keine Zukunft mehr.

Begründung des Antrags als Anlage in Form eines PDF-Dokuments

Die Informationsveranstaltung des Unterausschusses Bau/Planung/Wohnen am 01.07.2019 hat ergeben, dass trotz der umfassenden verkehrs- und klimapolitischen Einwände seitens der Bürgerinnen und Bürger im Wohnviertel zwischen Balanstraße, Kronacher Straße und Fasangartenstraße die Stadt München die Planung der Bebauung des Grünstreifens westlich der A8 weiter vorangetrieben hat. Dabei hat sich unter anderem gezeigt, dass die Stadt auf ein veraltetes Wohn- und verkehrspolitisches Infrastrukturkonzept gesetzt hat, welches mit den aktuellen Zielsetzungen in Richtung einer nachhaltigen, klimaneutralen Mobilität nicht vereinbar ist und darüber hinaus den jungen und erwachsenen sowie den alten und behinderten Bewohnerinnen und Bewohnern des Viertels unzumutbare Belastungen aufbürdet.

So hat sich die Stadt München nicht gescheut, in unmittelbarer Nähe zur Autobahn auf einem Grünstreifen, dem als Kalt- und Frischluftschneise eine unverzichtbare ökologische Funktion zukommt, die Errichtung einer Wohnanlage mit – sage und schreibe – 220 (!) Wohneinheiten und mehr als 300 (!) PKW-Stellplätzen zu planen. Betrachtet man das als Gartenstadt ausgewiesene Wohnviertel als solches, wurden die sich daraus ergebenden Belastungen im Hinblick auf den Verkehr in einem Maße ausgereizt, das gesetzlich wohl gerade noch erlaubt ist. Das heißt, es wird bewusst in Kauf genommen, dass beispielsweise die Umwandlung von vormaligen Anliegerstraßen in Erschließungsstraßen eine erhebliche Zunahme von Emissionen in Form von Abgasen und Lärm der durchfahrenden PKW zur Folge haben wird.

Dazu kommen jedoch weitere Belastungen, die seitens der Planungsverantwortlichen weitgehend ausgeklammert werden:

1. Die Planungsänderung der zusätzlichen Ausfahrt für PKWs aus der Tiefgarage zur Fasangartenstraße kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verkehrsanbindung zu dem Neubaugebiet nicht nur innerhalb, sondern vor allem auch außerhalb des Wohnviertels zu massiven Belastungen der betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner führen wird. So wird sich der Bezirksausschuss in den nächsten Jahren u.a. damit befassen müssen, wie der selbst mitinitiierten Verkehrsinfarkt wieder zu beheben ist, der dann auf der Balanstraße in Stoßzeiten stadteinwärts nicht mehr nur an der Hochäckerstraße beginnen, sondern seinen Ausgangspunkt bereits an den Kreuzungen zur Fasangartenstraße und zur Obernzellerstraße haben wird, verbunden mit all den Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit für Jung und Alt.

2. Es ist mir völlig unbegreiflich, wie man in Zeiten des bedrohlichen Klimawandels sowie der zunehmenden Belastungen durch Abgase und weitere Emissionen einen Teil der südlich von München noch

vorhandenen Kalt- und Frischluftschneise zerstören will und damit den jungen, den erwachsenen und den älteren Bewohnerinnen und Bewohnern des Viertels weitere unzumutbare Gesundheitsbelastungen aufbürdet. Diese Vernichtung der eigenen natürlichen Lebensgrundlagen halte ich für unverantwortlich und lässt sich in keiner Weise mit der Notwendigkeit rechtfertigen, neue Wohnungen bauen zu müssen. Im Übrigen verkennen die Planer in diesem Kontext, dass unser Wohngebiet bereits mit den Abgasen des Autobahnverkehrs übermäßig belastet sind und zusätzlich mit den Immissionen, die jenseits der Autobahn von der Kompostierungsanlage herüberwehen und zukünftig im Rahmen des geplanten Großmengenwertstoffhofes durch den damit verbundenen Zuliefererschwerlastverkehr unweigerlich entstehen werden. Allein durch diese „nachbarschaftlichen Immissionen“ hat das Wohnviertel zwischen Balanstraße, Kronacher Straße und Fasangartenstraße den Charakter einer „Gartenstadt mit frischer Luft“ weitgehend schon verloren.

3. Das Bauvorhaben in der jetzigen Form ist bereits von seiner Grundanlage her nicht mehr zeitgemäß. Es widerspricht der in den nächsten Jahren unweigerlich anzustrebenden Transformation des motorisierten Individualverkehrs auf nachhaltige, klimaneutrale Mobilität. Im Hinblick auf die Gesundheit, die Sicherheit und die ökologische Lebensqualität ihrer Bewohnerinnen und Bewohner wird sich auch die Landeshauptstadt München der gesamtgesellschaftlich geforderten Klimaneutralität nicht verschließen können. Insofern ist die Planung von mehr als 300 PKW-Stellplätzen eine Maßnahme, die genau diesen Zielen zuwiderläuft und damit genau das falsche Signal zu der erhofften Änderung des Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung setzt.

4. Sollte das Bebauungsvorhaben entgegen dem einhellig und vollumfänglich vorhandenen Widerstand der alteingesessenen Wohnbevölkerung umgesetzt werden, wäre dies ein fundamentaler Verstoß gegen die Grundsätze der demokratischen Mitbestimmung und Mitentscheidung der Bevölkerung vor Ort. Wir sind es leid, an vielen Stellen der schriftlichen und mündlichen Kommunikation mit den Planungsverantwortlichen immer wieder mit den Worten beschwichtigt zu werden, dass unsere Einwände berücksichtigt würden. Das trifft mitnichten zu, da lediglich Details und kleine Änderungen in einigen nicht wesentlichen Teilaspekten behandelt worden sind. Unsere Berücksichtigung hat sich bisher auf „kosmetische Korrekturen“ beschränkt. Es ist daher auch unredlich, wenn in einer pauschalen Aussage behauptet wird, dass hier die Belange der Betroffenen berücksichtigt werden. Um es hier noch einmal klar zu formulieren: es geht um die Ablehnung des Bauvorhabens als Ganzes. Ich habe bisher noch keine/n Mitbürger/in in unserem Wohngebiet getroffen, die/der dieses Bauprojekt als solches befürwortet. Meines Erachtens ist es offensichtlich, dass dieses Vorhaben lediglich den kurzfristigen Interessen einer schnellen Errichtung von Wohnungen dient und keineswegs ernsthaft nachhaltig gedacht ist. Es würde für die kommenden Jahre und Generationen massive ökologische und soziale Probleme nach sich ziehen.

Die hier knapp dargestellten klima- und verkehrspolitischen Defizite bei der Planung des Bauvorhabens tragen dazu bei, die gesamtgesellschaftlichen Zielsetzungen der Landeshauptstadt München auf dem Weg zur Klimaneutralität zu verfehlen. Ich beantrage daher den Stopp des Bebauungsvorhabens und stattdessen eine Besiedelung des Grünstreifens mit Kleingärten sowie mit frei zugänglichen Gemeinschaftsgärten. In diesem Kontext wünsche ich mir einen Bezirksausschuss, der den Mut hat, dem Stadtrat den Einhalt der immer weiter um sich greifenden Flächenversiegelung zu empfehlen. Die Versiegelung der letzten natürlichen Flächen Münchens verbunden mit einer weiteren Zunahme des motorisierten Individualverkehrs hat längst keine Zukunft mehr.

Des Weiteren möchte ich anregen, darüber nachzudenken, wie das bestehende Wohngebiet in eine bessere soziale, ökologische und wirtschaftliche Infrastruktur eingebunden werden kann. Dies könnte u.a. mit dem bewährten demokratischen Instrumentarium eines Bürgerrats erfolgen, der dem Bezirksausschuss in dieser Sache zuarbeitet.

31A

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 04. 07. 2019

Bitte Formblatt vollständig und gut leserlich ausfüllen und umseitige Erläuterungen beachten!

 Antrag (zur Abstimmung) Anfrage/Anliegen

Möchten Sie mündlich vortragen?

 ja nein

Name:	Vorname:	Staatsangehörigkeit: Deutsch
Straße, Nr.:	PLZ, Ort:	Telefon: (Angabe freiwillig)

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

 ja nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

 ja nein

Sind Sie mit einer Veröffentlichung - auch im Internet - einverstanden?

 ja nein

Diskussionsthemen in Stichworten:

1. Keine weitere negative Beeinflussung des Stadtklimas für München
2. Keine Verschlechterung der Frischluftschneise und Kaltluftlieferung für München
- 3.

Text des Antrages / der Anfrage / des Anliegens (Bitte formulieren Sie einen Antrag so, dass er mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" beantwortet werden kann):

Ich beantrage bei dem BV Münchberger Str die absolute Sicherstellung, dass keine negativen Auswirkungen auf das Stadtklima in München, bzw der Kaltluftlieferung nach München eintreten. Hierzu beantrage ich mittels eines Simulationsprogrammes, z.B. vom Zentrum für Stadtnatur und Klimaanpassung der TUM oder der Firma Greenpass für die Umgebung bei Verwirklichung des BV Münchberger Str. eine gesicherte Datenbasis zu schaffen.

Begründung:

Grundlage für die Planungen können nicht Vermutungen sein, sondern nur durch fundierte Untersuchungen belastbare Fakten!

D.h. wie sind die Auswirkungen nach Fertigstellung der geplanten Baumaßnahmen.

Um wieviel Grad wird es wärmer, wo staut sich die Hitze und wo wird die Frischluftzufuhr nach München um wieviel verringert.

Eine weitere deutliche Verschlechterung und Belastung des Schutzgutes Klima für München ist nicht hinzunehmen!

Dies vor allen Dingen auch, da im regionalen Planungsverbund schon eine weitere massive Bebauung südlich entlang der BAB A8 intensiv vorbereitet wird!

Unterschrift

Raum für Vermerke des Direktoriums – Bitte nicht beschriften

- ohne Gegenstimme angenommen
 mit Mehrheit angenommen
 ohne Gegenstimme abgelehnt
 mit Mehrheit abgelehnt

WAS GLEICHMÄSSIG IST
UND AUCH NICHT ZURCH
SCHÖNE BESCHREIBUNG
SCHÖNER.
ES ZEIGT GLEICHMÄSSIG $\delta\delta$

~~FAKTE~~

UND WAS NICHT INS
STÄDTLICH PASST, PASST NICHT
INS STÄDTLICH.

BEI WIR
LÄSSEN ~~SE~~ ENLICH VERHÄLT
WÄRTEN, UND ~~BE~~ VERHÄLT
UND STOPPEN SIE DIE DENKUNG
DIESE ~~AN~~ HOCHHAUSGESCHWINDIGKEIT!

Datum: 19.05.2017

Direktorium
HA II / BA
BA-Geschäftsstelle Ost

Erledigungstermin:

19.08.2017

Bebauungsplan Nr. 2118 Münchberger Straße - Änderung des Bebauungsplanes

BA-Antrags-Nr. 14-20 / B 03613 des Bezirksausschusses
des Stadtbezirkes 17 - Obergiesing vom 09.05.2017

I. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Zur weiteren Bearbeitung übermitteln wird Ihnen den oben benannten Bezirksausschussantrag (§ 12 der BezirksausschussS). Gegebenenfalls sind hierzu weitere Referate/Fachstellen einzuschalten. Der Vorgang wurde in der genannten Sitzung

- einstimmig beschlossen.**
- mit Mehrheit beschlossen.**
- mit folgender Maßgabe beschlossen:**

Referat für Stadtplanung und Bauordnung
der Lh München
Blumenstr. 28 b

80331 München

Betrifft: Bebauungsplan Nr. 2118 Münchberger Straße, 17. Stadtbezirk;

Ä u ß e r u n g zum Bebauungsplan

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird gebeten, den o.g. Bebauungsplan zu ändern und auf dem vorgesehenen Gelände eine Kleingartenanlage zu errichten.

Begründung:

Der Stadtteil Giesing ist seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein Arbeiterviertel. Es erlebte besonders nach dem Ende des 2. Weltkriegs eine starke Verdichtung der Wohnbebauung, für die, auch infolge von Gewerbeansiedlung mit Verschärfung der Raumknappheit, nur wenig Grünflächen vorgesehen waren. Unter der Wohnbevölkerung befinden sich nicht wenige junge Familien mit kleinen Kindern, die gerne einen Kleingarten hätten. Die Wartezeiten bis zur Zuteilung einer Parzelle betragen z.Zt. drei bis fünf Jahre !

Die Lage des Geländes wäre verkehrstechnisch günstig; auch von Untergiesing ist es leicht mit dem Fahrrad erreichbar, der S-Bahn-Haltepunkt der S3 ist ca. 400m entfernt, eine Bushaltestelle des MVV ca. 200m. Da die Bundesautobahn bereits in einem Graben verläuft, wäre durch Errichtung eines Lärmschutzwalls die Lärmbelastung so zu minimieren, dass sie keine nennenswerte Belastung darstellen würde, zumal sich die Menschen im Gegensatz zu Bewohnern von vier- bis fünfstöckigen Häusern (wie geplant) ebenerdig aufhalten würden, wo die Geräusche weniger zu hören sind..

Das Argument, dass München Wohnraum brauche, ist völlig unspezifisch. In München sind bezahlbare Wohnungen für „die Leute“ (von Luxusapartements in den entsprechenden Vierteln ist hier nicht die Rede) seit über 50 Jahren knapp. Außerdem werden Neubauten durch Zeitungsanzeigen und über das Internet in der gesamten Republik inseriert, so dass noch mehr Zuzügler angelockt werden – man beobachte dazu die Kennzeichen von PKWs und Möbelwagen in dem Neubauviertel an der Hochäckerstraße !

Außerdem ist die Planung eines Wohnviertels an dieser Stelle verkehrstechnisch verfehlt. Auf die geplanten 220 Wohnungen kommen mindestens 220 Einwohner-PKW als regelmäßiger Ziel- und Quellverkehr, dazu täglicher LKW-Verkehr (Müllabfuhr, Tankwagen, Möbeltransporter, Handwerker-Fahrzeuge). Dieser kann nur durch die viel zu engen Einfahrten Obernzeller/ Balanstraße und Münchberger-/Fasangartenstraße in das Quartier gelangen; im Fall der Münchberger Straße müsste der Abschnitt, der eine Spielstraße ist, rückgebaut werden.

Wenn das Planungsreferat und der Bezirksausschuss des 17. Stadtbezirks wirklich die Interessen der einheimischen Bevölkerung wahren wollen, dann handeln Sie bitte im Sinn dieser Überlegungen !

ANLAGE 41

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 28. 06. 2018

28A

Bitte diesen Wortmeldebogen vollständig und gut leserlich ausfüllen!

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)

Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)

Ich möchte meinen Beitrag **selbst vortragen** / vortragen lassen .

Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)

Neubaugebiet Münchberger Straße: Wasser-, Abwasser-, Strom-, Breitband-Versorgung ?

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Name: Vorname:

Straße, Nr.: PLZ:

Staatsangehörigkeit: Telefon / E-Mail (freiwillig):

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Unterschrift _____

Wohnen Sie im Stadtbezirk?

Ja Nein

Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk?

Ja Nein

Sind Sie Vertreter/-in einer Einrichtung im Stadtbezirk?

Ja Nein Welche:

Bitte beachten Sie beim Ausfüllen des Wortmeldebogens die nachfolgenden Hinweise:

Antrag oder Anfrage?

Bitte überlegen Sie, ob Ihr Anliegen statt mittels eines formellen Antrags an die Bürgerversammlung nicht auch durch eine - in der Behandlung weniger zeitaufwändige und kostengünstigere - Anfrage eingebracht werden kann.

Persönliche Wortmeldung?

Möchten Sie sich nicht selbst zu Wort melden, wird lediglich eine Zusammenfassung Ihres Antrages / Ihrer Anfrage unter Nennung Ihres Namens verlesen.

Anlagen?

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Rechtliche Vertretung?

Das Recht auf Mitberatung in der Bürgerversammlung kann nur persönlich ausgeübt werden. Sie können sich daher nicht rechtlich vertreten lassen.

Textfeld für Ihr Anliegen 

Betreff (Wiederholung von Seite 1. – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Neubaugelbiet Münchberger Straße: Wasser-, Abwasser-, Strom-, Breitband

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Neubaugelbiet Münchberger Straße:

Welche maximale zusätzliche Kapazität in Wohneinheiten bzw. Personen verträgt die heute im Bestandsviertel zwischen Fasangarten-, Balan-, Kronacher- und Münchbergerstraße vorhandene Versorgungsinfrastruktur für

- Wasser
- Abwasser
- Strom
- Breitband ?

Welche Baumaßnahmen wären für darüberhinausgehende Kapazitäten für die jeweilige Versorgung erforderlich ? Wo ist der jeweils nächste größere Anschluß- bzw. Abzweigpunkt ?

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten

Bezirksausschuss des 17. Stadtbezirkes
Obergiesing - Fasangarten



Landeshauptstadt
München

Landeshauptstadt München, Direktorium
Friedenstraße 40, 81660 München

Per E-Mail

An das
Referat für Stadtplanung und Bauordnung
PLAN – HA II – 33 V

Vorsitzende
Carmen Dullinger-Oßwald

Privat:
Telefon:
E-Mail:

Geschäftsstelle:
Friedenstraße 40, 81660 München
Telefon: 233 – 6 14 90
Telefax: 233 – 6 14 85
E-Mail: bag-ost.dir@muenchen.de

München, 14.08.2019

Ihr Schreiben vom
19.06.2019

Ihr Zeichen
PLAN – HA II – 33 V

Unser Zeichen
6.1.3.1 – 08 / 19

**Änderung des Flächennutzungsplanes mit integrierter Landschaftsplanung
für den Bereich VI/30 und Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2118**

**Münchberger Straße (östlich), Kronacher Straße (südlich),
BAB München-Salzburg (westlich), Fasangartenstraße (nördlich)**

Stellungnahme des Bezirksausschusses 17

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der im Betreff genannten Anhörung teile ich mit, dass sich der Bezirksausschuss 17 – Obergiesing-Fasangarten – nach Vorberatung in einer Sondersitzung seines Unterausschusses Bau, Planung, Wohnen in der Sitzung seines Ferienausschusses am 13.08.2019 mit der Angelegenheit befasst und dabei auf Empfehlung des Unterausschusses einstimmig nachfolgende Stellungnahme beschlossen hat:

1. Der BA 17 fordert die Reduzierung aller Gebäude um ein Stockwerk. Damit soll eine Verringerung der entstehenden Wohneinheiten erzielt werden, was auch zu einer Abmilderung der verkehrlichen Belastung – siehe Ziffer 4 der Beschlussempfehlung – beitragen wird.
2. Der BA 17 fordert die Prüfung einer anteiligen Einrichtung von „autofreiem Wohnen“. Auch auf diesem Wege kann eine Verringerung des Verkehrsaufkommens erreicht werden.
3. Zumindest für die Riegelbebauung sind Dach- und Fassadenbegrünung vorzusehen. Die Tiefgaragen-Deckelung soll eine Höhe von mindestens 1,20 m betragen, um dort Bäume pflanzen zu können. Beide Maßnahmen tragen dazu bei, einen Klimaausgleich zu schaffen.

4. Erhebliche Bedenken werden der Verkehrsführung mit Anfahrt über die Obernzeller Straße und Tiefgaragen-Ausfahrt in der Fasangartenstraße entgegengebracht.

Die Obernzeller Straße erscheint für die Aufnahme des entstehenden Verkehrsaufkommens nicht geeignet.

Insbesondere die geplante Ausfahrt der Tiefgarage zur Fasangartenstraße wirft erhebliche Gefahren für die Verkehrssicherheit auf.

An dieser – zudem für den Fahrverkehr aus Fahrtrichtung West von Perlach kommend durch die vorgelagerte, in einer Kuppe verlaufenden Überführung der BAB A 8 äußerst schwer einsehbar – Stelle werden regelmäßig überhöhte bis stark überhöhte Geschwindigkeiten gefahren. Die von Osten kommende Radwegführung auf dieser nördlichen Straßenseite wird als sehr unübersichtlich eingeschätzt.

Hinzu kommt, dass an dieser Stelle auch oft Querungen der Straße durch Radfahrende von der Südseite der Straße beobachtet werden, deren Radwegführung in Richtung Perlach hier endet.

Die Zusammenschau dieser Punkte führt für den BA 17 zu dem Ergebnis, dass eine Tiefgaragenausfahrt an der geplanten Stelle erhebliche Gefahren für die Verkehrssicherheit mit sich bringt und dringend überplant werden sollte.

Darüber hinaus muss eine für das bestehende Wohnumfeld zumutbare Regelung für den Baustellenverkehr während der Baumaßnahmen gefunden und festgeschrieben werden.

5. Es ist darauf zu achten, dass die Mischung bei den Größen der Wohneinheiten familiengerecht ist.

Der BA 17 bittet um entsprechende Berücksichtigung dieser Stellungnahme und stets aktuelle und umfassende Beteiligung im weiteren Verfahren.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Thomas Krieger
Vorsitzender im Ferienausschuss
BA 17 – Obergiesing – Fasangarten

Bezirksausschuss des 16. Stadtbezirkes
Ramersdorf-Perlach

Landeshauptstadt
München

PLANSTÄDTLEBENSPLAN HAUPTPLAN II					
MÜNCHEN					
30. JULI 2019					
33V					

Vorsitzender
Thomas Kauer

Privat:
E-Mail:
Telefon: (089):

Landeshauptstadt München, Direktorium
Friedenstraße 40, 81660 München

Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Stadtplanung – Verwaltung Bezirk Ost
(Stadtbezirk 17, 18 und 19)
PLAN-HAII-33V

	Planungsreferat HA II					01
1	11	12	13	14		02
2	20V	21P	22P	23P	24B	
29. Juli 2019						
3	30V	31P	32P	33P	34B	
4	40V	41P	42P	43P	44B	
	45	45V	45P			
5	50	52	53	54	56	57
6	60V	61P	62P	63P		

Geschäftsstelle:
Friedenstraße 40, 81660 München
Telefon: (089) 233-614 -87
Telefax: (089) 233-61485
E-Mail: bag-ost.dir@muenchen.de

München, 26.07.2019

Ihr Schreiben vom
18.06.2019

Ihr Zeichen

HA II/33

Unser Zeichen
4.4.2.2 / 24.07.2019
4.4.2.5 / 04.07.2019

Änderung des Flächennutzungsplanes mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich VI/30 und Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2118 Münchberger Straße (östlich), Kronacher Straße (südlich), BAB München-Salzburg (westlich), Fasangartenstraße (nördlich)

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bezirksausschuss 16 Ramersdorf-Perlach hat in seiner Sitzung am 24.07.2019 nach Vorberatung in den zuständigen Unterausschüssen für Bauvorhaben, Stadtplanung und Bürgerbeteiligung sowie Mobilität und Umwelt folgende Stellungnahme einstimmig beschlossen:

„Es dürfte nicht gerade als besonders sinnvoll einzustufen sein, ein neues Wohngebiet direkt und unmittelbar neben der Autobahn zu planen. Die dortige Blockrandbebauung wird sicherlich, wie üblich, wiederum dem geförderten Wohnungsbau zugutekommen, was die Frage aufwirft, ob man einkommensschwachen Mietern so ohne weiteres zwingend einen Wohnstandort direkt neben der Autobahn zuweisen muss.“

Für den Stadtbezirk 16 interessanter ist jedoch die Tatsache, dass man nunmehr auch daran denkt, eine Ausfahrt aus dem Gebiet in Richtung auf die Fasangartenstraße zu eröffnen, vermutlich um das im BPlan enthaltene Ziel, eine möglichst kurze und effektive Anbindung des Einkaufszentrums PEP zu ermöglichen.

Dem ist mit Nachdruck entgegenzutreten.

Die ursprünglich vorgesehene alleinige Erschließung des Gebietes über die Balanstraße ist in jedem Falle beizubehalten. Der Verkehr über die Fasangartenstraße in Richtung Osten, hin zum PEP, würde direkt auf die bereits hoch belastete Unterhachinger Straße zulaufen und sich dann, vermutlich über den Pfanzeltplatz, möglicherweise sogar über die Schmidbauerstraße und die Holzriesenstraße in Richtung PEP abwickeln. Bleibt es bei der vorgesehenen ausschließlichen Anbindung über die Balanstraße, so besteht eine sichere, leistungsfähige und attraktive Wegeverbindung über Balanstraße, Ständlerstraße in Richtung PEP, also auf Hauptverkehrsrouten, die nicht durch Wohngebiete führen und für derartigen Verkehr auch vorgesehen und durchaus noch

aufnahmefähig sind.

Bei dem in der Vorlage enthaltenen Satz, dass die Grundschulversorgung über die Balanstraße „*voraussichtlich ausreichend*“ sei, fragt man sich als Leser schon, ob hier eine sorgfältige Ermittlung der Kapazitäten und des Bedarfs erfolgt ist, oder ob man hier, im Vertrauen darauf, dass das „schon klappen“ wird, wieder, wie schon so oft, Planungen ins Blaue hinein unternimmt mit der Folge, dass möglicherweise später dann auch wieder auf **(nicht vorhandene !!)** Schulkapazitäten im 16. Stadtbezirk zurückgegriffen werden muss. Hier wäre die Formulierung und die insoweit erfolgte Planung nochmals kritisch zu prüfen.“

Der Bezirksausschuss weist weiterhin deutlich auf kommende verkehrliche Probleme hin. So gibt es, zum Beispiel, bereits jetzt sehr große Probleme beim Umsteigen zwischen Buslinien von der Hochäckerstraße zur Balanstraße. Hier ist eine richtige Abstimmung der Buslinien durch die MVG notwendig.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Kauer
Vorsitzender des BÄ 16
– Ramersdorf-Perlach –

Bezirksausschuss des 17. Stadtbezirkes
Obergiesing - Fasangarten



Landeshauptstadt
München

Landeshauptstadt München, Direktorium
Friedenstraße 40, 81660 München

An das
Referat für Stadtplanung und Bauordnung
HA II/33V
z. Hd. Frau Kruse-Jäger

II	Planung					IA
1	11	12	13	14		01
2	20V	21P	22P	23P		02
17. Feb. 2020						
5	30V	31P	32P	33P	34B	
			42P	43P	44B	
	45	46V	46P			
5	50	52	53	54	56	57
6	60V	61P	62P	63P		

Vorsitzende
Carmen Dullinger-Oßwald

Privat:
Telefon:
E-Mail:
1

Geschäftsstelle:
Friedenstraße 40, 81660 München
Telefon: 233 - 6 14 82
Telefax: 233 - 6 14 85
E-Mail: bag-ost.dir@muenchen.de

vorab per Mail: plan.ha2-33v@muenchen.de

München, 12.02.2020

Ihr Schreiben vom
14.01.2020

Ihr Zeichen
HA II/33V

Unser Zeichen
6.1.3.1/02-20

a) Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2118
Münchberger Straße (östlich)
Kronacher Straße (südlich)
BAB München-Salzburg (westlich) und
Fasangartenstraße (nördlich)

- Billigungsbeschluss (ohne Darstellung § 4 Ab. 1 und Abs. 2 BauGB-Verfahren und ohne vollständige Zusammenfassung der Äußerungen im § 3 Abs. 1 BauGB)

b) Bürgerversammlungsempfehlungen

Stadtbezirk 17 Obergiesing-Fasangarten

- Anhörung der Bezirksausschüsse 16 und 17 durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung zum Beschlussentwurf -

Sehr geehrte Frau Kruse-Jäger,

der Bezirksausschuss 17 Obergiesing-Fasangarten hat sich - nach Vorberatung durch seinen Unterausschuss Bau, Planung, Wohnen - in seiner Sitzung am 11.02.2020 mit dem Entwurf befasst und einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Es wird bedauert, dass auf die Forderungen des BA 17 nicht eingegangen wurde.
Der BA 17 hält an seinen bisherigen Forderungen und Begründungen aus dem Juli 2019 fest und fordert die Verwaltung auf, diese zu berücksichtigen.

* gemäß Schrb. v. 14.08.19

Mit freundlichen Grüßen

* mit BA-Geschäftsstelle am
24.02.20 so besprochen.

Carmen Dullinger-Oßwald
Vorsitzende im BA 17
Obergiesing-Fasangarten

